



2018

JAHRESBERICHT
ANNUAL REPORT

2019

PERSPEKTIVEN
PERSPECTIVES

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Zahlen und Fakten

Facts and Figures



595

Mitarbeiter_innen
employees



2.750

Veranstaltungen in Deutschland
events in Germany



55.000^{lfm}

Archivbestand
running metres documents

140.000

Teilnehmer_innen
participants

1.000.000

Publikationen im
Bibliotheksbestand
volumes in the library



107

Auslandsbüros
foreign offices



2.876

Studierende und
Promovierende
*graduate, undergraduate,
and PhD students*



250

Veröffentlichungen
in Deutschland
publications in Germany

16

Standorte in Deutschland
offices in Germany

286

davon aus dem Ausland
come from abroad



194.600.000 €

Etat (2018)
budget (2018)

2018 JAHRESBERICHT | PERSPEKTIVEN 2019
ANNUAL REPORT | PERSPECTIVES

Inhalt

Content

VORWORT

06 Vorwort
Preface

12 2018 in Bildern
2018 in Pictures

PRESSESPIEGEL

36 Die Friedrich-Ebert-Stiftung
im Spiegel der Presse

ARBEITSBEREICHE

50 Politische Bildung und Beratung

51 Die Friedrich-Ebert-Stiftung
in Deutschland

54 Internationale Arbeit

56 Die Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung

58 Wissenschaftliche Arbeit, Beratung
und Begabtenförderung

61 Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung

62 Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

04 Für Soziale Demokratie
Committed to Social Democracy

PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

- 17 Karl Marx: das Jubiläumsjahr
- 19 Starke Demokratie,
fares Miteinander
- 23 Vom Weggehen und Ankommen
- 25 Leben und Arbeiten
im digitalen Kapitalismus
- 28 Werben für Europa
- 31 Globale Entwicklung
- 35 Blick nach vorn:
Für ein besseres Morgen

ANHANG

- | | |
|-----------------------------------|-------------------------------|
| 64 Organisationsplan | 74 Mitglieder des Kuratoriums |
| 66 Jahresabschluss zum 31.12.2017 | 74 Mitglieder des Auswahl- |
| 72 Zum Selbstverständnis | ausschusses |
| der Politischen Stiftungen | 75 Vertrauensdozentinnen und |
| 73 Mitglieder des Vorstands | Vertrauensdozenten |
| 73 Mitglieder des Vereins | 83 Anschriften |
-

- 86 Impressum
- 

Für Soziale Demokratie

Committed to Social Democracy

Wer wir sind

Die 1925 gegründete Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist die traditionsreichste politische Stiftung in Deutschland. Reichspräsident Friedrich Ebert gab ihr den Namen; seinem politischen Vermächtnis verdankt die Stiftung ihre Entstehung und Aufgabenstellung.

Als eine parteinahe politische Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das verbindet uns ideell mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Als gemeinnützige Einrichtung gestalten wir unsere Arbeit eigenständig und unabhängig.

Was wir anstreben

- Eine freie und solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion;
- eine lebendige und starke Demokratie; eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit Guter Arbeit für alle;
- einen Sozialstaat, der vorsorgend mehr Bildung und bessere Gesundheit ermöglicht, aber auch Armut bekämpft und die großen Lebensrisiken absichert;
- ein Land, das in Europa und in der Welt Verantwortung für Frieden und sozialen Fortschritt übernimmt.

Was wir tun

Wir fördern und stärken die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Unsere Informations-, Orientierungs- und Qualifizierungsangebote motivieren und befähigen zu einem erfolgreichen politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagement. Wir verbessern die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen;
- Politikberatung: Wir entwickeln Strategien zu zentralen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik sowie zu Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. An den Schnittstellen von Wissenschaft und politischer Praxis gestalten wir den öffentlichen Diskurs für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;
- internationale Zusammenarbeit: Mit Auslandsbüros in über 100 Ländern unterstützen wir eine Politik für friedliche Zusammenarbeit und Menschenrechte, fördern den Aufbau und die Konsolidierung demokratischer, sozialer und rechtsstaatlicher Strukturen und sind Wegbereiter für freie Gewerkschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Im europäischen Einigungsprozess engagieren wir uns intensiv für ein soziales, demokratisches und wettbewerbsfähiges Europa;
- Begabtenförderung unter besonderer Berücksichtigung von Studierenden und Promovierenden aus einkommensschwachen Familien und solchen mit Migrationshintergrund. Dadurch tragen wir zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie: Mit dem Archiv, unserer Bibliothek und zeitgeschichtlichen Projekten halten wir die historischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften lebendig und unterstützen die gesellschaftspolitische und historische Forschung.

About us

The Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is the oldest political foundation in Germany with a rich tradition in social democracy dating back to its foundation in 1925. The foundation owes its formation and its mission to the political legacy of its namesake Friedrich Ebert, the first democratically elected German President.

The work of our political foundation focuses on the core ideas and values of social democracy – freedom, justice and solidarity. This connects us to social democracy and free trade unions. As a non-profit institution, we organise our work autonomously and independently.

Our goals

We promote

- a free society, based on the values of solidarity, which offers all its citizens the same opportunities to participate on political, economic, social and cultural levels, regardless of their origin, sex or religion;
- a lively and strong democracy; sustainable economic growth with decent work for all;
- a welfare state that provides more education and improved healthcare, but at the same time combats poverty and provides protection against the challenges that life throws at citizens;
- a country that is responsible for peace and social progress in Europe and in the world.

What we do

We support and strengthen social democracy in particular by means of:

- political educational work to strengthen the civil society. Our political education programs in Germany motivate, enable, inform and qualify citizens to successfully engage in political, trade union and civil spheres. We improve citizens' participation in social discussions and decision-making processes;
- Think Tanks: We develop strategies on the core issues of economic, social and educational policies as well as on key issues that advance democracy. At the crossroad where think tanks, academia and political practitioners meet, we create a public discourse for a just and sustainable economic and social order on a national, European and worldwide level;
- international cooperation: With our international network of offices in more than 100 countries, we support a policy for peaceful cooperation and human rights, promote the establishment and consolidation of democratic, social and constitutional structures and are pioneers for free trade unions and a strong civil society. We are actively involved in promoting a social, democratic and competitive Europe in the European integration process;
- support for talented young people with scholarship programs, in particular for students and doctoral candidates from low-income families or with a migrant background. This is our contribution to increasing educational democracy;
- the collective memory of Social Democracy: Our archive, library and contemporary history projects keep the historical roots of social democracy and the trade unions alive and provide support for sociopolitical and historical research.

Liebe Leserin, lieber Leser,

es liegt ein schwieriges Jahr hinter der Sozialdemokratie. Umso mehr gibt es zu tun, um unsere Werte hochzuhalten. Freiheit, Frieden, soziale Gerechtigkeit, internationale Solidarität: Der sozialdemokratische Kompass bleibt unverändert, auch wenn der Gegenwind rauer weht. Denn Nationalismus und Abschottung, Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit nehmen zu. Dagegen ist die Stimme der Sozialen Demokratie gefragt und das bedeutet auch: die Stimme der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Wir entwickeln Lösungsansätze für wichtige Zukunftsfragen und diskutieren diese mit einflussreichen Akteuren_innen aus Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Gleichzeitig bieten wir Menschen die Möglichkeit, sich über Themen zu informieren, die ihnen unter den Nägeln brennen, sich mitzuteilen und auszutauschen – nicht nur mit Gleichgesinnten.

Wir versuchen, auch diejenigen zu erreichen, die sich enttäuscht von der Politik abgewendet haben. Politische Bildung und Politikberatung sind in der FES eng miteinander verzahnt. So können wir politische Entscheidungsträger_innen auf Basis der Alltagserfahrungen der Menschen beraten, Impulse geben und ein Forum für Streitgespräche über den richtigen Weg bieten. Hierzu haben wir das neue stiftungsweite Projekt »Für ein besseres Morgen« aufgelegt.

Unsere Arbeit gibt ermutigende Hinweise darauf, dass sozialdemokratische Werte breite gesellschaftliche Zustimmung finden, etwa wenn es um die Solidarität in Europa geht. Anfang Dezember veröffentlichte die Stiftung die Ergebnisse einer Europa-Umfrage – das erste Resultat des neuen Projekts »Für ein besseres Morgen«. Vier von fünf Deutschen stimmten darin der Aussage zu: »Wenn es den anderen EU-Ländern wirtschaftlich schlecht geht, dann ist das langfristig auch schlecht für Deutschland.« In der Europäischen Union nehmen die Befragten ein deutliches Gerechtigkeitsdefizit wahr und wünschen sich, dass europaweit mehr für gleichwertige Lebensverhältnisse getan wird. Rund drei Viertel der Befragten befürworten etwa einen EU-weiten Mindestlohn, gemeinsame soziale Mindeststandards und eine einheitliche Besteuerung von internationalen Unternehmen. Die hierin zum Ausdruck kommenden Wünsche und Veränderungen sind klassische Aufgaben-

felder der Sozialdemokratie, mit denen sie die Menschen erreichen und ihr Leben konkret verbessern kann.

Wie kaum ein anderer Trend durchzieht die Digitalisierung alle Bereiche der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Arbeit – und somit auch alle Arbeitseinheiten der Stiftung. Im November veranstaltete die FES mit zahlreichen Partnerorganisationen in Berlin erneut den Kongress »Digitaler Kapitalismus« mit mehr als 60 deutschen und internationalen Referent_innen sowie rund 800 Teilnehmer_innen. Im Mittelpunkt stand die Frage: Wie kann man den Monopolisierungstendenzen der großen Digitalkonzerne entgegenwirken? Ziel der zwei Kongresstage war, die immer schnelleren Entwicklungen in der digitalen Welt greifbarer zu machen und Zukunftstrends zu beleuchten. Dabei wurde klar: Bürger_innen, Politiker_innen und Unternehmer_innen müssen den digitalen Wandel gemeinsam gestalten.

Wie fundamental sich Wirtschaft und Gesellschaft durch die Digitalisierung verändern, hat der Physiker Timo Daum in seinem Buch »Das Kapital sind wir. Zur Kritik der digitalen Ökonomie« dargelegt. Dafür wurde er in diesem Jahr mit dem Preis »Das politische Buch der Friedrich-Ebert-Stiftung« ausgezeichnet. Die Jury würdigte das Werk als herausragende Analyse und eindrucksvollen Appell an die Politik, den demokratischen Gestaltungsanspruch zu verteidigen.

Ein nicht minder bedeutsames Anliegen, für das die FES sich seit Langem einsetzt, ist die nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft. Diese Arbeit fand 2018 durch die Europäische Kommission eine besondere Anerkennung: Sie berief die FES als zivilgesellschaftliche Organisation in zwei Beratungsgruppen, die die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards in den Handelsabkommen mit Korea sowie mit Kolumbien, Peru und Ecuador überwachen.

Unterdessen wird das Recht auf menschenwürdige Arbeit in immer mehr Ländern untergraben, wie der jüngste Globale Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbunds belegt. Umso dringlicher ist es, Gewerkschaften zu stärken und demokratische Rechte am Arbeitsplatz zu verteidigen und zu erweitern. Wie dies möglich ist, zeigt das Projekt »Trade Unions in Transformation« mit 26 Erfolgsbeispielen aus der ganzen Welt. Die Ergebnisse präsentierte die FES beim Weltkongress des Internationalen Gewerkschafts-

Unsere Arbeit gibt ermutigende Hinweise darauf, dass sozial-demokratische Werte breite gesellschaftliche Zustimmung finden, etwa wenn es um die Solidarität in Europa geht.

In the course of our work, there have been heartening indications that there is wide public support for social democratic values, for instance when it comes to European solidarity.

Dear reader,

it has been a tough year for social democracy – which means that we have to work more than ever to promote our values. Freedom, peace, social justice, international solidarity: Social democracy stays on course, even in the face of rough winds in the form of rising nationalism and isolationism, right-wing populism and xenophobia. To counteract these developments, social democracy needs to make its voice heard loud and clear, and with it our organisation: the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

We develop possible solutions for core questions for the future and initiate discussions on these questions with key actors from the political, trade union, business, scientific and civil society communities. At the same time, we give people the opportunity to educate themselves on pressing issues, to have a say and to exchange ideas with other – not necessarily like-minded – people.

We are also trying to reach those who have become disillusioned and turned their backs on politics. At the FES, political education and political consulting go hand in hand. In this way, we can provide advice to policy makers that is grounded on people's everyday experiences, offer new stimuli and provide a forum for debates on what constitutes the right way forward. For this purpose, we have launched the new FES-wide project »For a better tomorrow«.

In the course of our work, there have been heartening indications that there is wide public support for social democratic values, for instance when it comes to European solidarity. At the beginning of December, the foundation published the findings from a survey on Europe – the first result of the new project »For a better tomorrow«. In it, four out of five Germans agreed with the statement »If other EU member states are suffering under a bad economy, then this will negatively affect Germany in the long run«. The survey participants saw a clear justice deficit within the European Union and are in favour of increasing efforts to make living conditions across Europe more equal. For example, around three-quarters of the



Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung
President of the Friedrich-Ebert-Stiftung



Dr. Roland Schmidt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Secretary General of the Friedrich-
Ebert-Stiftung

respondents are for a EU-wide minimum wage, common minimum social standards and unitary tax rates for transnational companies. The wishes and changes expressed in this survey are within the traditional spheres of social democracy, through which it can reach people and improve their life in a tangible way.

Unlike almost any other trend, digitalization is spreading through all areas of society, economy and work – and therefore, all areas of the foundations' work units. In November, the FES – together with many partner organizations – staged the »Digital Capitalism« congress in Berlin, with more than 60 German and international speakers as well as around 800 participants attending. Front and centre was the question: How can we forestall the major digital corporations' trend towards monopolization? The goal of the two-day-long congress was to make the ever more rapid developments in the digital world more tangible and to shine a light on future trends. The clear result: Citizens, politicians and entrepreneurs need to shape the digital transformation together.

In his book »Das Kapital sind wir. Zur Kritik der digitalen Ökonomie« (We are the capital. On the critique of the digital economy), physicist Timo Daum discusses the fundamental way economy and society are changing through digitalization. For this, he was awarded this year's FES political book award. The jury praised Daum's book for being an outstanding analysis and urgent appeal to politicians to defend democracy's policy-shaping claim.

bundes im Dezember in Kopenhagen, an dem über 750 Delegierte teilnahmen.

Auch für die aktuellen Migrationsbewegungen bedarf es globaler Lösungen. Weltweit sind 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht, mehr als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. Mit welcher Einwanderungspolitik können Flucht und Arbeitsmigration gesteuert werden? Und wie kann die Politik wachsender sozialer Ungleichheit entgegenwirken? Diese Fragen behandelte die FES bei zahlreichen Veranstaltungen im In- und Ausland, die Raum für die Diskussion neuer Konzepte und unterschiedlicher Positionen boten.

Um die internationale Diskussion über Migration voranzubringen, unterstützte die FES die Foundation for European Progressive Studies (FEPS) bei ihrer Konferenz »United for a Different Migration« im September in New York. Ein in Brüssel präsentiertes Strategiepapier liefert zehn Punkte für ein progressives Narrativ über Migration, die europaweit mit Politiker_innen diskutiert werden sollen. Auch vor der Verabschiedung des Globalen Migrationspakts der Vereinten Nationen im Dezember entwickelte die FES Vorschläge und brachte wichtige Akteur_innen zusammen.

Mit dem Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft.Weiter.Denken.« der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der FES wurde in diesem Jahr Branko Milanović ausgezeichnet. In seinem Buch »Die ungleiche Welt – Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht« analysiert der serbisch-US-amerikanische Ökonom den Zusammenhang zwischen globaler Ungleichheit und Migration. Er legt die Grundlage dafür, zielgenaue Instrumente zu entwickeln, um die Ungleichheit in und zwischen Ländern zu reduzieren. Die Festrede bei der Preisverleihung im März hielt die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles.

Auch 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts sind Frauen in der Politik nach wie vor unterrepräsentiert; für die FES ein Anlass, intensiv für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu werben. Eingeleitet von einer Social-Media-Kampagne markierte ein Festakt in Berlin zum Internationalen Frauentag den Auftakt. Es folgten zahlreiche Aktivitäten der Landesbüros, in denen es um das Empowerment von Frauen, politische Kultur und Teilhabe ging. Zum Jubiläum startete die FES den Facebook-Kanal

»Gender Matters« und das entsprechende Themenportal auf der Webseite.

1918 war die Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland. Doch auch 100 Jahre nach Ausrufung der ersten deutschen Republik ist die Demokratie keine Selbstverständlichkeit – und in den Augen vieler Menschen nicht einmal mehr die beste Staatsform. Vor allem von rechts werden das parlamentarische System, der Rechtsstaat und die offene Gesellschaft gezielt diskreditiert. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hält gemeinsam mit vielen Partnerorganisationen aus der Zivilgesellschaft kraftvoll dagegen.

Rechtspopulist_innen nehmen gerne für sich in Anspruch, für »das Volk« zu sprechen. Doch was steckt eigentlich hinter dem Begriff? Dieser Frage ging ein Kooperationskolleg der Studienförderung der FES mit dem muslimischen Begabtenförderwerk Avicenna und dem jüdischen Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk im Sommer in Berlin nach. Stipendiat_innen aller drei Werke diskutierten unter anderen mit dem Europaabgeordneten Arne Lietz darüber, wie der Einfluss rechtspopulistischer Strömungen durch eine mutige politische Haltung begrenzt werden kann. In Seminaren der Akademie Management und Politik wurden gesellschaftspolitisch Aktive im Umgang mit Parolen geschult und erarbeiteten Strategien gegen Hass und Hetze.

Das Erstarken rechtsgerichteter Strömungen ist ein weltweites Phänomen. In einigen europäischen Ländern sind rechtspopulistische Parteien an der Regierung und höhlen zunehmend Demokratie und Rechtsstaat aus. Zu diesen Entwicklungen veröffentlichte eine von der FES eingesetzte Expertengruppe im April einen Bericht zum Schutz und zur Förderung der Demokratie. Die Empfehlungen trafen in Fachgesprächen für Entscheidungsträger_innen in Berlin, Brüssel und weiteren europäischen Hauptstädten auf großes Interesse.

Um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft positiv zu gestalten, ist oftmals ein Blick in die Vergangenheit hilfreich. Dafür bot das Jahr 2018 mehrere markante Anlässe: neben dem 100. Jahrestag der Novemberrevolution und der Einführung des Frauenwahlrechts besonders auch den 200. Geburtstag von Karl Marx. Seit der Finanzkrise von 2007/2008 erlebt sein Werk eine Renaissance. Der Ökonom

Auch 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts sind Frauen in der Politik nach wie vor unterrepräsentiert; für die FES ein Anlass, intensiv für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu werben.

100 years after women's suffrage was introduced, women still remain underrepresented in the sphere of politics. The FES has used this anniversary as a starting point for an intensive promotion of equal participation for women.

The FES has also been a long-time advocate for another issue that is just as important: The sustainable development of the global economy. In 2018, these efforts received special recognition from the European Commission: It appointed the FES, as civil society organization, to two advisory groups that monitor the compliance with sustainability standards laid down in two trade agreements with both Korea and Colombia, Peru and Ecuador.

At the same time, the right to decent work is being undermined in more and more countries, according to the most recent International Trade Union Confederations' (ITUC) Global Rights Index from 2018. Therefore, strengthening trade unions and defending and extending democratic rights at the workplace are more urgent than ever. Via 26 success stories from all over the world, the project »Trade Unions in Transformation« shows how this can be done. In December, the FES presented the results at the ITUC World Congress in Copenhagen. This congress was attended by over 750 delegates.

Global solutions are also needed to address the current migratory movements. Worldwide, 68.5 million people have been forcibly displaced from their home, more than ever since the end of the Second World War. What kind of migration policy can manage forced displacement and labour migration? And how can politics counteract growing social inequality? The FES addressed these issues in numerous events, both in Germany and abroad, that provided a discussion space for new concepts and varying standpoints.

In order to forward the international debate on migration, the FES supported the Foundation for European Progressive Studies (FEPS) at their »UNited for a different migration« conference that took place in September in New York. A strategy paper that was presented in Brussels outlines ten points for a progressive narrative of migration that are to be discussed with policy makers all over Europe. Even before the UN Global Compact on Migration was adopted in December, the FES developed proposals and brought together key actors.

This year, Branko Milanović won the Hans Matthöfer Prize for economic journalism, awarded by the Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung, which is a dependent foundation under the FES umbrella. In his book »Global Inequality. A New Approach for the Age of Globalization« the Serbian-American

economist analyses the interrelation between global inequality and migration. Milanović establishes a foundation for developing accurate tools to combat inequality within and between countries. SPD-chair Andrea Nahles spoke at the prize-awarding ceremony in March.

100 years after women's suffrage was introduced, women still remain underrepresented in the sphere of politics. The FES has used this anniversary as a starting point for an intensive promotion of equal participation for women. Preceded by a social media campaign, a ceremony for the International Women's Day formed the prelude. This was followed by a multitude of activities from the regional offices regarding empowerment of women, political culture and participation. In time for the anniversary, the FES also launched the Facebook channel »Gender Matters« and the corresponding topic portal on the website.

1918 was the birth of German democracy. But even 100 years after the proclamation of the First German Republic democracy is by no means a given, or, according to many people, not even the best form of government. The parliamentary system, the rule of law and the open society are being purposefully discredited, mainly from the right side of the political spectrum. The Friedrich-Ebert-Stiftung and its civil society partner organizations are strongly resisting these developments.

Right-wing populists like to claim that they are speaking for »the people«. But what does this term actually mean? This question was explored this summer in Berlin through a cooperative course of lectures between three scholarship programmes: Our own FES, the Muslim Avicenna and the Jewish Ernst Ludwig Ehrlich scholarship programmes. Scholarship recipients from all three programmes debated with – amongst others – MEP Arne Lietz on how right-wing populist tendencies can be curbed through a bold political stance. Seminars held at the FES's Academy for management and politics taught civil society actors how to deal with slogans and developed strategies against hate and propaganda.

The resurgence of right-wing tendencies is a global phenomenon. In some European states, right-wing populist parties have formed governments and are gradually hollowing out democracy and the rule of law. In April, an expert panel appointed by the FES published a report on these develop-

und Philosoph aus Trier wird als Impulsgeber für eine aktualisierte Analyse und Kritik der kapitalistischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts wahrgenommen. Zum 200. Marx-Geburtstag im Mai wurde die neue Dauerausstellung im Karl-Marx-Haus »Von Trier in die Welt – Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute« eröffnet. Von Mai bis Dezember 2018 haben 60.000 Besucher_innen aus mehr als 95 Ländern die Ausstellung gesehen. Die Auslandsbüros der Stiftung luden zu Diskussionsveranstaltungen unter anderem in Budapest, Caracas, Paris, Ulan Bator, Washington und Wrocław ein.

Mehrere FES-Büros begingen 2018 runde Geburtstage. Das Büro in London nahm sein 30-jähriges Bestehen zum Anlass für eine Konferenz über die Frage »Was hält uns nach dem Brexit zusammen?« Auf der Feier zum 30. Geburtstag der FES Tunis würdigte der ehemalige tunesische Parlamentspräsident Mustapha Ben Jaafar die deutsch-tunesische Gewerkschaftskooperation. Das FES-Büro in Tel Aviv beging im Oktober sein 40-jähriges Bestehen mit einer Vorführung des Dokumentarfilms »Von der Versöhnung zur Partnerschaft«.

Hoch motivierte und hervorragend qualifizierte Mitarbeiter_innen sowie die Verbindungen zu unseren Partnern in Deutschland und weltweit machen uns zuversichtlich, unseren Beitrag für die Erneuerung und Erhaltung der Sozialen Demokratie weiter leisten zu können. Unser Dank gilt allen, die uns unterstützen und hieran teilhaben.

Ihre

Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.

Vorsitzender

Dr. Roland Schmidt

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Zum 200. Marx-Geburtstag im Mai wurde die neue Dauer-
ausstellung im Karl-Marx-Haus eröffnet. Von Mai bis Dezember
2018 haben 60.000 Besucher_innen aus mehr als 95 Ländern
die Ausstellung gesehen.

*For the bicentenary of Marx's birthday in May, a new
permanent exhibit in the Karl Marx House in Trier was opened.
Between May and December 2018, 60,000 visitors from
more than 95 countries have seen the exhibit.*

ments, in which the protection and promotion of democracy
was discussed. The panel's recommendations were met with
great interest during expert discussions for policy makers in
Berlin, Brussels and other European capitals.

In order to understand the present and shape the future in
a positive way, looking back into the past can often be helpful.
For this, the year 2018 offered several notable occasions:
Next to the centenary of both the November Revolution and the
introduction of voting rights for women, the 200th birthday
of Karl Marx was another noteworthy anniversary. Ever since
the 2007/2008 financial crisis his oeuvre has been going
through a renaissance. The economist and philosopher from
Trier is seen as providing impulses for an updated analysis and
critique of the capitalist society of the 21st century.

For the bicentenary of Marx's birthday in May, a new per-
manent exhibit in the Karl Marx House in Trier entitled »From
Trier into the World – Karl Marx, his Ideas and their Impact
Until Today« was opened. Between May and December 2018,
60,000 visitors from more than 95 countries have seen the
exhibit. In addition, FES offices in Budapest, Caracas, Paris,
Ulan Bator, Washington and Wrocław among others held pan-
el discussions.

Several FES offices celebrated milestone birthdays in 2018.
The London office has taken its 30th anniversary as an occa-
sion to host a conference on the topic: »In spite of Brexit – How
to stay closely aligned?« At the ceremony marking the 30-year
jubilee of the FES Tunis, former Tunisian parliamentary presi-
dent Mustapha Ben Jaafar honoured the trade union coopera-
tion between Tunisia and Germany. The FES office in Tel Aviv
celebrated its 40th year with a screening of the documentary
»From Reconciliation to Partnership«.

Thanks to our highly motivated and qualified employees
and our connections to partners in Germany and across the
globe, we are confident that we will be able to continue con-
tributing to the renewal and preservation of social democracy.
We are grateful to all those who have supported us and par-
ticipate with this work.

Yours,

Kurt Beck, Minister President, Retired
President

Dr. Roland Schmidt
Secretary General

2018 in Bildern 2018 in Pictures

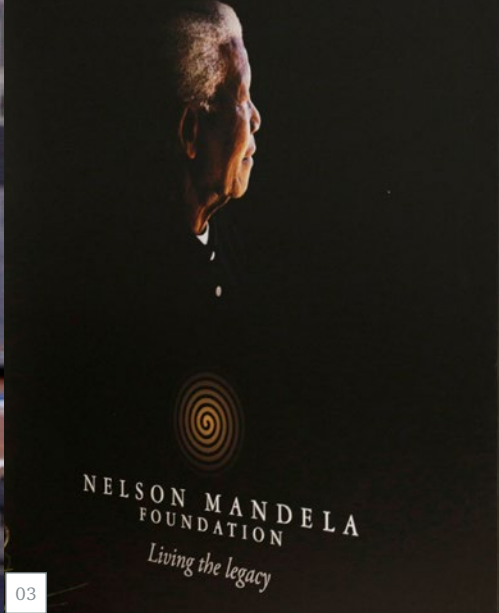


01 02
04





03



05 06
08





09



10

11



12

13



14

15



01 Teilnehmerinnen der »Summer School on Social (In)Justice in the MENA Region«, vom 7. bis 11. August 2018 in Tunis, Tunesien, abgebildet sind die Teilnehmerinnen Francesca Fabbri (l.) und Aya Toutoungi. (Foto: Nacer Talel)

02 Mitglieder des Nationalen Jugendforums – der größten repräsentativen Jugenddachorganisation Bulgariens – anlässlich der internationalen Konferenz »Qualitätsstandards für die Jugendpolitik auf dem Westbalkan«, 13. bis 15. September 2018 in Sofia. (Foto: Temenuzhka Kostova)

03 Dr. Roland Schmidt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der begleitenden Ausstellung anlässlich der Veranstaltung »Nelson Mandela's 100th Birthday: Be the Legacy!«, 16. Oktober 2018, Berlin. (Foto: Jens Schicke)

04 Michael Sommer, stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, und Francisco Figueroa, Journalist, Mitglied des Kollektivs Izquierda Autónoma und ehemaliger Vorsitzender des Studierendenverbandes der Universidad de Chile, im Gespräch, moderiert von Dr. Clara Ruvituso, Lateinamerika-Institut der FU Berlin während der Veranstaltung »Ende Allende?! Protest und Demokratie von Santiago bis Berlin«, 18. Mai 2018, Berlin. (Foto: Jens Schicke)

05 Politische Bildung unterwegs – das Regionalbüro Hamburg mit eigenem Lastenfahrrad. (Foto: Stefanie Olbertz / FES Hamburg)

06 Jacinda Ardern, Premierministerin von Neuseeland zu Gast in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, 17. April 2018. (Foto: Reiner Zensen)

07 Gruppenfoto der »FES Afrika Gewerkschaftskonferenz 2018«, die vom 29. Oktober bis 2. November 2018 in Daressalam, Tansania, stattgefunden hat. Ausrichter war das »FES Trade Union Competence Center (TUCC)« mit Unterstützung der FES Tansania. (Foto: Raymond Kasoga)

08 Was haben Alabama und Baden-Württemberg gemeinsam? Mehr, als man denkt, wie sich im Gespräch zwischen Nils Schmid, MdB, (Mitte) und Randall Woodfin, dem Bürgermeister von Birmingham (Alabama), (links daneben) in Stuttgart zeigte. Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, bezahlbarem Wohnraum und dem gleichberechtigten Zugang zu Bildung sind Themen, die beide Politiker bewegen und die bei dem Besuch der US-Delegation aus Birmingham im Fritz-Erler-Forum der FES in Stuttgart am 29. September 2018 diskutiert wurden. (Foto: FES Stuttgart)

09 Die Politikwissenschaftlerin Prof. Dr. Gesine Schwan mit Annika Klose, Juso-Vorsitzende von Berlin, sowie Knut Nevermann, Jurist und ehemaliger Staatssekretär, im Gespräch mit Thomas Meyer, Chefredakteur Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, für die Ausgabe 6/2018 »1968: Was bleibt von der Revolte?«. (Foto: Gerngross Glowinski Fotografen)

10 Preisträger »Das politische Buch 2028« Timo Daum bei seiner Rede anlässlich der Preisverleihung in Berlin am 16. Mai 2018. (Foto: Reiner Zensen)

11 Am ersten Tag der UN-Klimakonferenz COP24 in Katowice/Polen organisierte die FES ein Planspiel zum Thema »Just Transition«, an dem 15 Mitglieder der FES-Delegation teilnahmen. (Foto: Matthias Poralla)

12 V.l.n.r.: Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender a. D. der Konrad-Adenauer-Stiftung, Andrea Nahles, MdB, SPD-Vorsitzende, Volker Kauder, MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Kurt Beck, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung anlässlich der Buchvorstellung »DIE FRAKTION – Machtzentrum und Fegefeuer« am 24. Januar 2018 in Berlin. (Foto: Gerngross Glowinski Fotografen)

13 Afghanistans Regierungsvorsitzender Abdullah Abdullah im Gespräch mit Asien-Referatsleiter Marc Saxer zur strategischen Kooperation seit 17 Jahren und der FES-Arbeit in Kabul, 6. Dezember 2018. (Foto: FES Kabul)

14 Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner im Gespräch mit Jagmeet Singh, Vorsitzender der sozialdemokratischen New Democratic Party (NDP), 16. Oktober 2018, Ottawa, Kanada. (Foto: Raoul Gebert / FES Kanada)

15 Büste von Friedrich Ebert in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin. (Foto: Mark Bollhorst)

16 FES Prag organisiert am 7. Dezember 2018 in Prag das »Brexit Café«: Studierende debattieren die Gründe und Konsequenzen des Brexits. (Foto: Leonie Liemich)



PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

Karl Marx: das Jubiläumsjahr

Ehrengäste der Festveranstaltung im Karl-Marx-Haus, Trier, am 5. Mai 2018 (vordere Reihe: Prof. Dr. Peter Brandt, Dr. Anja Kruke, Kurt Beck, Dr. Barbara Hendricks, Malu Dreyer, Frédérique Longuet-Marx, Andrea Nahles, Dr. Katharina Barley; hintere Reihe: Prof. Dr. Konrad Wolf, Dr. Salvatore Barbaro, Dr. Ann-Katrin Thomm, Wolfram Leibe).
(Foto: Anne Nickels)

Immer wenn das kapitalistische System in eine Krise gerät, wird dem Werk Karl Marx' besondere Aufmerksamkeit zuteil. Das zeigt, dass die Auseinandersetzung mit seinen Gedanken nach wie vor lohnt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung beteiligte sich an der Diskussion über Marx' Ideen und Wirken aus Anlass seines 200. Geburtstags auf vielfältiger Weise.

Von Trier in die Welt

Zum 200. Marx-Geburtstag am 5. Mai 2018 öffnete das Karl-Marx-Haus ein halbes Jahr nach einer umbaubedingten Schließung wieder seine Türen. In Anwesenheit zahlreicher nationaler wie internationaler Kooperationspartner_innen eröffneten der FES-Vorsitzende Kurt Beck und die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer die neue Dauerausstellung »Von Trier in die Welt – Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute«.

Die Ausstellung widmet sich Karl Marx als Gesellschafts- und Kapitalismuskritiker des 19. Jahrhunderts und der Wirkung seiner Ideen bis heute. Die Schau ist in drei Teile gegliedert: Der Fokus des ersten Teils liegt auf der Biografie von Karl Marx und auf seiner Familie. Der zweite Teil nähert

sich dem marxischen Werk über seine wichtigsten Arbeitsfelder Philosophie, Gesellschaftswissenschaft, Ökonomie und Journalismus. Der Schwerpunkt der Ausstellung liegt im dritten Teil auf der Wirkungsgeschichte der marxischen Ideen, die in seinem Geburtshaus erstmals bis in die unmittelbare Gegenwart dargestellt wird.

Das Geburtshaus und ein alter Sessel

Das größte Exponat der Ausstellung ist das umgestaltete Geburtshaus selbst: In einer hellen Gestaltung werden außergewöhnliche Originale gezeigt: Neben einer deutschen Erstausgabe von »Das Kapital« sticht vor allem Marx' Lesesessel aus seiner Londoner Privatwohnung hervor. Darin hat der Gelehrte nicht nur viel Zeit lesend verbracht, er ist 1883 sehr wahrscheinlich auch in diesem Sessel gestorben.



Bereits einen Tag vor der Neueröffnung des Karl-Marx-Hauses am 5. Mai war das Jubiläumsjahr mit einem Festakt in der Trierer Konstantin-Basilika eingeläutet worden. Das Jubiläum wurde vom Land Rheinland-Pfalz, der Stadt Trier, dem Bistum Trier und der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam ausgerichtet. Im Mittelpunkt standen neben der Ausstellung im Karl-Marx-Haus die kunsthistorisch orientierten Sonderausstellungen über Leben und Wirken von Marx im Landesmuseum und im Stadtmuseum sowie die Ausstellung »Lebens-Wert: Arbeit« mit aktueller Kunst im Museum am Dom.

Besucherrekord im Karl-Marx-Haus

Dass sich viele Menschen auch heute noch für Marx interessieren, zeigen die Besuchszahlen im Karl-Marx-Haus: Seit der Eröffnung haben mehr als 60.000 Menschen die neue Dauerausstellung gesehen. Das Markenzeichen bleibt die Internationalität: Es kamen Besucher_innen aus mehr als 95 Herkunftsländern aus allen Kontinenten der Erde.

Besonderen Anklang fanden die eigens konzipierten Themenführungen zu Schwerpunkten der neuen Dauerausstellung sowie ein- und mehrtägige Marx-Seminare für Schulen, Hochschulen und andere Bildungsträger. In Kooperation mit dem »Verband der Geschichtslehrer Deutschlands« hat das Projektteam »Marx 2018« des Archivs der sozialen Demo-

kratie zudem Schulmaterial für den Geschichtsunterricht entwickelt, das bundesweit kostenlos genutzt werden kann.

Veranstaltungen von Caracas bis Ulan Bator

Die Auslandsbüros veranstalteten Tagungen in Budapest, Caracas, Paris und Wrocław. Bei einem gemeinsamen Symposium mit dem Deutschen Historischen Institut in Washington hielt der renommierte Historiker Jürgen Kocka die Keynote. In Caracas und Ulan Bator zeigte die FES den Film »Der junge Karl Marx« von Raoul Peck (2017) mit anschließender Diskussion. Die von der FES herausgegebene Zeitschrift Nueva Sociedad mit Sitz in Buenos Aires widmete eine gesamte Ausgabe der Rezeption von Karl Marx in Lateinamerika: Sein Werk monopolisiert heute zwar nicht mehr das kritische Denken in der Region; trotzdem, so zeigen die Artikel, beschäftigen sich verschiedene Emanzipationsbewegungen nach wie vor mit seinen Ideen.

Die große Resonanz auf das Karl-Marx-Jahr der FES hat die Erwartungen weit übertroffen: Sehr viele Menschen haben sich jenseits der geläufigen Vorurteile wieder oder erstmals mit dem Universalgelehrten beschäftigt. Das Trierer Karl-Marx-Haus wird seine Arbeit im nächsten Jahr fortführen, um den analytischen Blick auf die Macht des Kapitals in unserer Welt weiter zu schärfen.



Starke Demokratie, fares Miteinander

Auch 100 Jahre nach Ende des Kaiserreichs ist die deutsche Demokratie keine Selbstverständlichkeit – und in den Augen vieler Menschen nicht einmal mehr die beste Staatsform. Vor allem von rechts werden unsere parlamentarische Demokratie und offene Gesellschaft gezielt diskreditiert. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hält gemeinsam mit vielen Partnerorganisationen aus der Zivilgesellschaft kraftvoll dagegen.

Werte leben: Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat stärken

Soziale Demokratie bedeutet, sich an Werte zu binden, für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einzustehen. Zum einen greifen wir Fragen der Wertorientierung der Sozialen Demokratie sowie Entwicklungen des demokratischen Systems und des Rechtsstaats auf. Dazu gehört insbesondere die Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Dies geschieht über Politikberatung, politische Bildung und die Organisation von gesellschaftlichen Diskursen. Aber Demokratie muss nicht nur normativ begründet, sondern auch praktisch organisiert werden. Dem trägt die Stiftung mit ihrer vielfältigen Arbeit zu Kommunalpolitik und bürgerhaftlichem Engagement Rechnung.

Auch der Rechtsstaat wird derzeit immer wieder infrage gestellt und teils bewusst diskreditiert. Wie die Bundesregierung diesem Vertrauensverlust entgegenzuwirken gedenkt, legte Bundesjustizministerin Katarina Barley auf der 10. Rechtspolitischen Fachtagung im Juni in Berlin vor hochrangigen Richter_innen und Staatsanwält_innen dar.

Besonders stark ist der Vertrauensverlust in das politische System in Ostdeutschland. Wie dem zu begegnen ist, erörterten die Politologin Gesine Schwan und die Bundestagsabgeordnete Daniela Kolbe im Juni in Leipzig. Schwan forderte, Ungerechtigkeiten zu korrigieren, die Lebensleistung der Menschen zu würdigen und den Sozialstaat zu stärken.

Wer ist das Volk? Strategien gegen Hass und Hetze

Rechtspopulist_innen nehmen gerne für sich in Anspruch, für »das Volk« zu sprechen. Doch wer ist dieses »Volk« tatsächlich, was steckt hinter dem Begriff? Dieser Frage ging ein Kooperationskolleg der FES mit dem muslimischen

Begabtenförderwerk Avicenna und dem jüdischen Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk im Sommer in Berlin nach. Stipendiat_innen aller drei Werke diskutierten unter anderem mit dem Europaabgeordneten Arne Lietz darüber, wie der Einfluss rechtspopulistischer Strömungen durch eine mutige politische Haltung begrenzt werden kann.

Menschen, die sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen, sind oft Beschimpfungen und Bedrohungen ausgesetzt. Mittels Online- und Präsenzangeboten der Akademie Management und Politik übten sich gesellschaftspolitisch Aktive im Umgang mit Parolen, erarbeiteten Strategien gegen Hass im Netz und beschäftigten sich mit politischem Framing und mit Storytelling.

Die mangelhafte Aufklärung der Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hat der Glaubwürdigkeit des Rechtsstaats geschadet. Mit den Folgen beschäftigt sich das Thüringer FES-Büro in seiner Publikation »Der Nationalsozialistische Untergrund, das Ringen um Aufklärung und die Folgen für die demokratische und politische Kultur in Thüringen«.

Einsatz für die Soziale Demokratie – in Deutschland und weltweit

Der Rechtspopulismus gewinnt an Boden und in vielen europäischen Staaten sind Parteien der Sozialen Demokratie in der Defensive – nicht jedoch in Großbritannien und Portugal. Im Juni analysierte man auf einem Forum der Akademie für Soziale Demokratie in Berlin, was man daraus lernen kann.

Mit politischen Bildungsangeboten für ehemalige internationale FES-Stipendiat_innen leisten wir einen kontinuierlichen Beitrag zur Stärkung und Weiterentwicklung der Sozialen Demokratie weltweit. Im Oktober thematisierte ein Dialogprogramm mit Multiplikator_innen aus Südosteuropa in Zagreb die Herausforderung der Verwirklichung europäischer Werte in Kroatien und den Nachbarländern.

Demokratie braucht Demokraten, wie Friedrich Ebert zu sagen pflegte. Aber in Zeiten schwindender Bindungen an Parteien wird es immer schwieriger, Menschen für kommunalpolitisches Engagement zu motivieren. Mit ihren KommunalAkademien befähigte die FES im Jahr 2018 über 100 Engagierte in Bayern, Baden-Württemberg und NRW für politische Ämter oder Mandate.

Sicherheit verbessern: Ideen für Stadt und Land

Ein ganz anderes Thema rückt in Berlin zunehmend ins Blickfeld: die Sicherheit der Bevölkerung. Daher hat das Forum Berlin seine Arbeit zu innen- und sicherheitspolitischen Fragen verstärkt. Die »Werkstatt Innere Sicherheit« erörtert Strategien in einem Expert_innenkreis aus Politik, Justiz und Sicherheitsbehörden. Ein dabei entwickeltes Thesenpapier mit Reformvorschlägen für die deutsche Sicherheitsarchitektur debattierten auf einer Fachtagung im November unter anderen die Bundestagsabgeordnete Eva Högl und die Präsidenten des Bundeskriminalamts und des Deutschen Richterbunds.

Die Konferenz »Urbane Sicherheit. Sicher leben in Berlin« mit rund 180 Gästen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft im Mai befasste sich mit Ansätzen der Gewaltprävention. Mit dieser Thematik beschäftigen sich auch

FES-Landesbüros zunehmend. Gemeinsam mit Landtagsabgeordneten, Kommunalvertreter_innen und Einwohnerinitiativen thematisierte beispielsweise das Potsdamer Büro in sieben Regionalveranstaltungen die wachsende Zahl an Einbrüchen.

Die FES greift nicht nur relevante Gegenwartsfragen auf; manchmal ist auch ein Blick zurück spannend. 20 Jahre nach der Wahl Gerhard Schröders zum Bundeskanzler zog die Berliner Festveranstaltung »Das Rot-Grüne Projekt« im November politische Bilanz der Regierung Schröders und fragte nach der heutigen Bedeutung des rot-grünen Gesellschaftsentwurfs. Die Diskussionsrunde mit dem Altbundeskanzler, dem damaligen Bundesumweltminister Jürgen Trittin sowie den aktuellen Vorsitzenden von SPD und Grünen, Andrea Nahles und Annalena Baerbock, brachte hochrangige Vertreter_innen und Weggefährten aus Politik, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft zusammen.

Ein Jahrhundert Frauenwahlrecht: Gender matters!

100 Jahre Frauenwahlrecht: Dieses Jubiläum nahm die FES unter Schirmherrschaft der ehemaligen Bundestagsvizepräsidentin Edelgard Bulmahn zum Anlass, um nachdrücklich für eine gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen zu werben. Eingeleitet von einer Social-Media-Kampagne, mar-

kierte ein Festakt am 7. März in Berlin den Auftakt zum Internationalen Frauentag am 8. März, gefolgt von zahlreichen Aktivitäten der Landesbüros, in denen es um das Empowerment von Frauen, politische Kultur und Teilhabe ging.

Im Oktober fand das erste »Barcamp Gender« in Köln statt. Hier ging es um Feminismus, Vernetzung und Vielfalt. Junge Frauen von »Feminismus im Pott«, »Mädelsabende« und »Missy Magazine« formulierten ihre Forderungen an die Politik.

Zum Jubiläum startete die Stiftung auch den Facebook-Kanal »Gender Matters« sowie das Themenportal »Gender Matters – Geschlechtergerechtigkeit zählt!« auf der FES-Webseite. Damit sind aktuelle Informationen zur Gender-Arbeit im In- und Ausland noch besser zugänglich.



Mitmachen: innovative Formate für junge Menschen

Auch jungen Menschen bereiten der Rechtsruck in Politik und Gesellschaft, der fortschreitende Klimawandel und die steigende soziale Ungleichheit weltweit Sorge. Jugendaktivitäten der FES boten ihnen Information, Orientierung und Beteiligungsmöglichkeiten. So beteiligten sich Schulbands, Filmgruppen und einzelne Jugendliche in Musik-, Film- und Poetry-Slam-Workshops am ersten JugendDemokratie-FESTival des Forums Jugend und Politik im November.

Ein Zeitzeugengespräch zum Nationalsozialismus war für junge Menschen besonders eindrucksvoll: Die französische Gemeinde Maillé war am 25. August 1944 Schauplatz eines Massakers der Wehrmacht und der Waffen-SS an der Zivilbevölkerung. Serge Martin überlebte das Verbrechen als Zehnjähriger. Wie wichtig die Erinnerung für die Zukunft ist, verdeutlichte er in Gesprächen mit über 400 Schüler_innen in Bonn und Berlin. Unter der Mitwirkung der FES wurde Serge Martin im Juni das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Gefährliche Entwicklung: die Medien unter Druck

Trotz des Siegeszugs der sozialen Netzwerke vor allem bei jungen Leuten kann die Bedeutung der klassischen Medien für die Demokratie gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Traditionelle wie neue Massenmedien sind wichtige Kanäle für den gesellschaftlichen Austausch. Die FES sieht die herausragende Bedeutung von Journalist_innen für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Demokratie.

So lud der Leipziger »Mitteldeutsche MedienDialog« zu einer Diskussion über die Frage »Deutschland ohne Tagesschau? Wozu brauchen wir öffentlich-rechtlichen Rundfunk?«. RBB-Intendantin Patricia Schlesinger nutzte die Gelegenheit, den unverzichtbaren Beitrag von ARD und ZDF für das demokratische Gemeinwesen herauszustellen.

Mit dem Blick auf die schwierige Situation der Presse in einigen europäischen Staaten widmete sich eine Fachveranstaltung im März in Köln der Frage, inwieweit die Unabhängigkeit von Journalist_innen bedroht ist. Die Europa-



politikerin Petra Kammerevert und der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbands, Frank Überall, konstatierten eine zunehmende Gefährdung der Pressefreiheit durch staatliche Übergriffe wie Zensur, Strafverfahren, Zwangsübernahmen oder veränderte Gesetzgebung. Bedrohliche Tendenzen sahen sie auch in gewalttätigen Übergriffen und in wirtschaftlichem Druck etwa durch Medienkonzentration.

In vielen Ländern sind Medien nicht nur direkter Repression ausgesetzt, sondern sie betreiben auch Selbstzensur. Dieses Phänomen des »Media Capture« und seine schädlichen Folgen für die Pressefreiheit erörterten 100 internationale Expert_innen auf dem Symposium des Forums Medien und Entwicklung, zu dem die FES im November nach Berlin mit eingeladen hatte.

Lehren ziehen: die Vergangenheit im Fokus

Das Jahr 2018 war geprägt vom 100. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der Weimarer Republik. Das Archiv der sozialen Demokratie widmete den historischen Grundlagen der Demokratie das ganze Jahr über Tagungen, Gesprächskreise, Online-Angebote und Wanderausstellungen, die auch auf die aktuellen Gefährdungen der Demokratie hinwiesen.

So luden in München die FES und die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam zu einer Veranstaltung über »100 Jahre Revolution – 100 Jahre Demokratie in Bayern« ein. Über 100 Teilnehmer_innen kamen, um mit Exper-



t_innen das politische Vermächtnis des ersten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner und seine Bedeutung für die heutige Zeit zu analysieren.

Der Zweite Weltkrieg mit seinem Vernichtungsfeldzug gegen die europäischen Juden liegt jetzt mehr als 70 Jahre zurück. Doch der Antisemitismus lebt fort – auch hierzulande. Über neue Dimensionen des Antisemitismus in Deutschland sprach Samuel Salzborn von der Technischen Universität Berlin auf einer Veranstaltung in Düsseldorf. Er differenzierte zwischen drei Momenten einer neuen Qualität des Antisemitismus: dem Moment der Entgrenzung, der Trivialisierung und der Bagatellisierung.

Vielfalt sichern: die Kultur im Umbruch

Vergangenheit wie Gegenwart werden in der Kunst vielfältig interpretiert und gespiegelt. Literatur, Musik, bildende Kunst, Theater und Film weiten den Blick und bedürfen in besonderem Maße eines freiheitlich-demokratischen Fundaments. Die 6. Kulturpolitische Jahrestagung führte im April in Berlin über 200 Expert_innen aus Kultur und Politik zusammen, um ihre Aufgabe in einer Zeit dramatischer kultureller Umbrüche zu erörtern. Begleitend zur Jahrestagung wurde die Fotoausstellung »You will not see a border« der ehemaligen FES-Stipendiatin Yevgenia Belorusets aus der Ukraine eröffnet. Sie zeigt Arbeits- und Lebensbedingungen insbesondere der Frauen, die in den postsowjetischen Industrielandschaften der (Ost-)Ukraine leben.

Vom Weggehen und Ankommen

V.l.n.r.: Günther Oettinger, EU-Kommissar, Dr. Gerald Knaus, Politologe, und Prof. Dr. Gesine Schwan, Politologin, bei der Diskussion »Unlocking the refugee relocation impasse: EU funding for local authorities in the next Multi-annual Financial Framework (MFF)?« am 15. Mai 2018 in Brüssel. (Foto: Beate Beller)

Weltweit sind 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht, mehr als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg. In Deutschland polarisiert die Flüchtlingspolitik nach wie vor die Gesellschaft. Mehr denn je ist auch die Friedrich-Ebert-Stiftung gefordert, mit ihrer Arbeit die pluralistische Demokratie und die offene Gesellschaft gegen Angriffe von rechts zu verteidigen. Mit ihrem weltweiten Netzwerk verbindet die FES die deutsche, europäische und globale Perspektive und entwickelt Politikvorschläge für das gesamte Aufgabenfeld.

Die Debatte versachlichen, Vorurteile abbauen

Das gesellschaftliche Klima war 2018 geprägt von einer starken Polarisierung, von Ängsten vor realen oder befürchteten Konflikten und einer grundsätzlichen Skepsis in Teilen der Bevölkerung gegenüber Migration. Eine erfolgreiche Integrationspolitik nimmt immer die gesamte Gesellschaft in den Blick. Die FES leistete zahlreiche Beiträge, um den Diskurs zu versachlichen und eine demokratische Streitkultur zu fördern. So erörterte die Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel im Gespräch mit dem ehemaligen Münchener Oberbürgermeister Christian Ude die Herausforderungen einer ehrlichen Debatte über Migration und Integration.

Auch die Parlamentswahlen in Italien, Ungarn, Slowenien und Schweden sowie der EU-Gipfel im Juni waren maßgeblich vom Thema Migration geprägt. Die Studie »Looking Behind the Culture of Fear« des Budapest Regionalprojekts »Flucht, Migration, Integration in Europa« arbeitete heraus, dass die Angst vor Fremden besonders in jenen Gesellschaften wächst, in denen das Vertrauen in staatliche Institutionen schwach und Korruption stark verbreitet ist. Mehrere überregionale Zeitungen, darunter der britische Guardian, stellten die Studienergebnisse vor.

Integration unterstützen, Begegnung schaffen

Auf Einladung des Brüsseler Büros präsentierten im Mai in Anwesenheit von EU-Kommissar Günther Oettinger die Politolog_innen Gesine Schwan und Gerald Knaus Vorschläge zur Integration von Flüchtlingen auf kommunaler

Ebene. Dem Konzept zufolge sollten sich europäische Kommunen künftig um die Aufnahme von Flüchtlingen bewerben können und im Gegenzug aus einem EU-Fonds Zuschüsse für die Stadtentwicklung erhalten. Die Diskussion »Neue Wege gehen – Welches Einwanderungsgesetz braucht Deutschland?« im Januar in Bremen beleuchtete unterschiedliche Positionen zu einem Einwanderungsgesetz und zog Vergleiche mit anderen Staaten. Ein Leipziger Podiumsgespräch »Muslime in Sachsen – zwischen Integration und Abgrenzung« mit der Bundestagsabgeordneten Daniela Kolbe und Migrant_innen thematisierte im April den Lebensalltag von Muslim_innen in Sachsen und den gesellschaftlichen Umgang mit ihnen.

Bildungsbarrieren abbauen, Vielfalt fördern

Infolge der starken Zuwanderung der vergangenen Jahre stehen Schulleitungen und vor allem Lehrer_innen



bundesweit vor der Aufgabe, neu eingewanderte Kinder und Jugendliche in das Schulsystem aufzunehmen. Gemeinsam mit der Studienförderung boten Landes- und Regionalbüros Fachtagungen zu »Integration durch Bildung« an. Um Begabte unter den Geflüchteten besser zu fördern, erarbeitete die Studienförderung Leitlinien für deren dauerhafte Inklusion in das stipendiatische Netzwerk. Rund 100 von ihnen, vor allem aus Syrien, Afghanistan, Iran und Irak, bekamen bisher ein Stipendium. Wie kann Integration junger Geflüchteter in berufliche Ausbildung gelingen? Um diese Frage ging es bei einem Expert_innen-Workshop in Berlin und bei einer Fishbowl-Diskussion im Juni während der FES-Gerechtigkeitswoche. In beiden Veranstaltungen trat wieder zutage, wie essenziell gute Sprachkenntnisse für den Berufsabschluss und das Finden eines Ausbildungsplatzes sind.

Den Helfer_innen helfen, Geflüchtete beteiligen

Im Vergleich zu 2015 und 2016 kommen inzwischen sehr viel weniger Geflüchtete nach Deutschland. Das gesellschaftliche Klima ist jedoch seit dem Herbst der Willkommenskultur deutlich rauer geworden. Die Zahl ehrenamtlicher Helfer_innen sinkt und ihre Kräfte lassen nach. Umso mehr Unterstützung benötigen jene, die in der Flüchtlingshilfe aktiv bleiben – zumal sich die staatlichen Hilfsstrukturen oft als unzureichend erweisen.

Etliche Landes- und Regionalbüros qualifizierten auch im Jahr 2018 ehrenamtliche Helfer_innen. Die Angebote vermitteln Wissen und stärken Kompetenzen im Umgang mit Geflüchteten aus anderen Kulturkreisen. Besonderer Wert wird darauf gelegt, Helfer_innen mit Migrationshintergrund auszubilden und Geflüchtete selbst zu Wort kommen zu lassen. Für geflüchtete Menschen boten arabisch-, persisch- und englischsprachige Trainer_innen bundesweit Seminare zur Demokratie in Deutschland an, allein in Brandenburg mit rund 150 Teilnehmenden.

Migration gestalten – global und gerecht

Mehr als zwei Drittel aller Flüchtlinge stammt aus nur fünf Ländern: aus Syrien, Afghanistan, Myanmar, Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo. Entgegen einer ver-

breiteten Wahrnehmung nimmt Europa nur einen geringen Bruchteil auf: 85 Prozent der Geflüchteten leben in Entwicklungsländern.

Vor der Verabschiedung des Globalen Paktes für Migration der Vereinten Nationen im Dezember 2018 entwickelte die FES Politikvorschläge und brachte dazu wichtige Akteur_innen zusammen. Während der Verhandlungen im Mai unterstützte die Stiftung eine Koalition aus Gewerkschaften, Migrant_innennetzwerken und Menschenrechtsorganisationen, um menschenrechtsbasierte Ansätze einzubringen. Ein in Brüssel präsentiertes Strategiepapier liefert zehn Punkte für ein progressives Narrativ über Migration, das europaweit mit Politiker_innen diskutiert werden soll.

Im Nahen Osten bringt die Stiftung Gewerkschaften aus Nord- und Westafrika sowie Südeuropa zusammen, um über Migration zu diskutieren. Gemeinsam mit afrikanischen und europäischen Expert_innen erarbeitete die FES Szenarien für die Migration zwischen Westafrika und Europa, die in mehreren europäischen und afrikanischen Städten diskutiert wurden.

Die Lage in Herkunfts- und Transitländern beleuchten

Die deutlich gesunkenen Flüchtlingszahlen in Europa boten Anlass, migrationspolitische Maßnahmen wie das EU-Türkei-Abkommen zu bewerten. Auf der hochrangigen Brüsseler Konferenz »The EU-Turkey Statement Two Years On – Lessons Learned« im März bekräftigten die neue Generaldirektorin für Migration und Inneres der Europäischen Kommission, Paraskevi Michou, und der türkische Botschafter in Brüssel, Faruk Kaymakcı, die anhaltende Notwendigkeit des Abkommens. Die Lage in der Türkei, Afghanistan, Nordkorea und Italien thematisierten FES-Referent_innen, aber auch Expert_innen der Stiftung Wissenschaft und Politik und zivilgesellschaftlicher Organisationen wie etwa der Seenotrettung vor großem Publikum.

Ein besonders gelungenes Beispiel für die Verzahnung der internationalen Expertise der FES mit der Bildungsarbeit im Inland ist der vom FES-Büro Kabul produzierte Film »Return to Afghanistan«. Er wurde bei mehr als 50 Veranstaltungen und Filmfestivals in zwölf Bundesländern gezeigt.

Leben und Arbeiten im digitalen Kapitalismus

Auszug aus dem Flyer für die Veranstaltungsreihe »WOHN|UTOPIA – München, wie wohnst du morgen?« des BayernForum München.
(Bild / Grafik: Joseph&Sebastian)

Wirtschaft und Sozialstaat müssen ökonomisch, ökologisch und sozial gestaltet werden. Die Digitalisierung verändert unsere Arbeits- und Wirtschaftswelt grundlegend. Für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität für alle muss der Staat den politischen Rahmen schaffen, indem er Märkte reguliert, den Strukturwandel gestaltet und Zukunftsbranchen fördert.

Neue Mobilität: Ökonomie und Ökologie im Einklang

Dieselskandal, Fahrverbote in Städten, Kohlendioxid-Grenzwerte: Verkehrsthemen prägten das Jahr 2018. Anfang des Jahres veröffentlichte die FES zum dritten Mal seit 2010 eine Studie zur Zukunft der deutschen Automobilindustrie. Kernaussage ist, dass die Branche aus drei Gründen am Scheideweg steht: wegen disruptiver Technologien (Digitalisierung), neuer Wettbewerber (China) und gestiegener ökologischer Anforderungen (Feinstaub und Stickstoffdioxide). Doch die notwendige Erneuerung kann nur im Rahmen einer neuen Mobilitätspolitik gelingen. Die Studie wurde mit großem Erfolg bei Veranstaltungen in Mannheim, Prag, Bukarest, Budapest, Shanghai und Tokio vorgestellt.

Nicht nur unsere Mobilität muss umweltfreundlicher werden, wenn wir den Planeten erhalten wollen. »Alle Jahre früher. Wie retten wir die erschöpfte Erde?« hieß eine Veranstaltung anlässlich des sogenannten Welterschöpfungstags im August in Hamburg. In Norddeutschland ist die Landwirtschaft einer der wichtigsten Wirtschaftszweige. Mit fast 150 Gästen hat sich die Agrarpolitische Tagung in Mecklenburg-Vorpommern zu einer der größten landwirtschaftspolitischen Veranstaltungen entwickelt. Im Januar diskutierte Agrarminister Till Backhaus dort mit Vertreter_innen aus Verbänden, Wirtschaft und Landwirtschaft.

Strategien für bezahlbaren Wohnraum

Wohnen ist das große soziale Thema unserer Zeit. Wie Kommunen bezahlbaren Wohnraum bereitstellen und sozialer Segregation entgegenwirken können, war Schwerpunkt des Thementeam's Kommunalpolitik. Dazu gab es neben Seminaren, Webinaren und Dialogveranstaltungen in Dortmund, Frankfurt am Main und Stuttgart eine Wanderausstellung



für Bayern, eine Kurzstudie für Hessen, eine deutsch-polnische Konferenz sowie ein Internetportal mit multimedialen Informationsangeboten.

Wohnungsnot ist kein rein deutsches Problem: In Großbritannien muss die Labour Party ebenfalls Vorschläge entwickeln, wie bezahlbarer Wohnraum in Ballungsgebieten geschaffen werden kann. Gemeinsam mit dem

Auf dem Kongress »Digitaler Kapitalismus« am 6./7. November 2018 in Berlin (v.l.n.r.: Joachim Schonowski, Head of Innovation Smart Sustainable Cities, Telekom AG, Saskia Esken, MdB, stellv. Sprecherin des Ausschusses Digitale Agenda, Sandra Schulz, Redakteurin und Moderatorin beim Deutschlandfunk, Lothar Schröder, Mitglied des Bundesvorstands von ver.di und Leiter des Fachbereichs Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung, Francesca Bria, Beauftragte für digitale Technologie und Innovation der Stadt Barcelona). (Foto:Gerngross Glowinski Fotografen)

Smith Institute organisierte die FES London daher einen Ideenaustausch zwischen dem deutschen Justizministerium und deutschen wie britischen Abgeordneten und Expert_innen in Berlin.

Reformen für die alternde Gesellschaft

Der demografische Wandel stellt die Sozialpolitik vor Herausforderungen. In den kommenden Jahren gehen die geburtenstarken Jahrgänge in Rente. Unterdessen sinkt das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV), unterbrochene Erwerbsverläufe werden häufiger und die privaten Rentenversicherungen erzielen nicht die erhoffte Wirkung. Vor diesem Hintergrund hat die Koalition die Einrichtung einer Rentenkommission beschlossen. Die FES hat im Jahr 2018 drei Fragen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zur Alterssicherung gestellt: Wie kann die GRV gesichert werden? Wie lässt sich Altersarmut verhindern? Und wie kann die private Rentenversicherung besser gestaltet werden?

Die Autor_innen der Publikation »Beschäftigungspotenziale nutzen: Die beste Antwort auf die Alterung der Gesellschaft« weisen darauf hin, dass es nicht nur auf das demografische Verhältnis ankommt, also das Verhältnis zwischen Älteren und Jüngeren, sondern vor allem auf das Verhältnis zwischen wirtschaftlich aktiven und den von ihnen abhängigen Personen – die sogenannte ökonomische Relation. Im Kern geht es also darum, mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen und damit die gesetzliche Rentenversicherung dauerhaft zu finanzieren. Die Publikation »Grundrente & Co. – Konzepte für eine bessere Alterssicherung bei Niedriglohn« untersucht, wie vermieden werden kann, dass Personen auf Grundsicherungsniveau fallen, die wenig verdient haben oder ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen mussten.

Konzepte für mehr Solidarität

Auch in anderen sozialpolitischen Feldern herrscht Reformbedarf. Unter der Überschrift »Den Sozialstaat neu denken« stellte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, im Oktober in Leipzig zusammen mit der Bundestags-



abgeordneten Daniela Kolbe sein Konzept eines solidarischen Grundeinkommens vor. Ziel ist es, Erwerbslosen ein angemessenes Arbeitsangebot zu machen mit einer Vergütung über dem Hartz-IV-Niveau.

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist eine wesentliche Voraussetzung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Strategien für die schrumpfenden Regionen im ländlichen Raum entwickelten kommunale Mandatsträger_innen aus ganz Deutschland mit Wissenschaftler_innen auf einer Konferenz der KommunalAkademie im Mai in Erfurt.

Um die Zukunft speziell der strukturschwachen Region Mitteldeutschland ging es in Hintergrundgesprächen des Managerkreises mit dem sächsischen Wirtschaftsminister Martin Dulig. Zum Abschluss der Gesprächsreihe, die bereits 2017 startete, diskutierten im Oktober in Leipzig die Wirtschaftsminister Thüringens, Sachsen-Anhalts und Sachsens gemeinsam über Herausforderungen in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Digitalisierung.

Entwürfe für ein gerechteres Europa

Agrar-, Wirtschafts- und Sozialpolitik lassen sich in einer globalisierten Welt nicht rein national gestalten, sondern müssen mindestens die europäische Ebene einbeziehen. Eine von der FES in Auftrag gegebene Studie plädiert für eine zukunftsgerichtete Wirtschafts- und Währungsunion, die starke Sozialsysteme und gute Arbeitsstandards unterstützt.

Die Wirtschaft in der Europäischen Währungsunion (EWU) wächst wieder, die Arbeitslosenzahlen gehen zurück. Für viele Verantwortliche beweist das, dass der politische Kurs in der Eurokrise richtig war: Die Strukturreformen seien zwar schmerzhaft, aber letztlich erfolgreich gewesen. Andere Beobachter glauben, dass die Krise nicht wegen, sondern trotz des Sparkurses und auf Grundlage einer extrem expansiven Geldpolitik überwunden wurde. Die korrekte Analyse der Krise und der Gegenstrategien ist essenziell, denn nur auf dieser Grundlage können die richtigen Schlüsse für eine dauerhafte Stabilisierung der Eurozone gezogen werden.

Vor diesem Hintergrund wurden im Juni auf der zweiten Makroökonomischen Konferenz »Europa nach der Euro-Krise: Wohin steuert die Wirtschafts- und Währungsunion?« des DGB, des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung und der FES Vorschläge zur weiteren Stabilisierung der EWU und zum Abbau der Ungleichgewichte innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten mit Expert_innen aus dem In- und Ausland diskutiert.

Politisch gestalten: die Wirtschaft im digitalen Kapitalismus

Die Digitalisierung verändert unsere Arbeits- und Wirtschaftswelt grundlegend. Geschäftsmodelle, Branchen und Unternehmen geraten unter Druck, Berufe und Arbeitsplätze verändern sich oder werden ersetzt. Mit diesem Strukturwandel stehen Fragen nach der Zukunft der Arbeit, der Ausbildung und der sozialen Sicherungssysteme auf der Tagesordnung.

Im November veranstaltete die FES in Berlin erneut den Kongress »Digitaler Kapitalismus«. Mehr als 60 deutsche und internationale Referent_innen sowie rund 800 Teilnehmer_innen aus Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutierten darüber, wie die Digitalisierung das Wirtschaftssystem verändert. Ein Schwerpunkt lag auf der Frage, wie man den Monopolisierungstendenzen der großen Digitalkonzerne entgegenwirken kann. Darüber sprachen etwa Achim Wambach, Vorsitzender der Monopolkommission, die Digitalpolitikerin Christina Kampmann und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

Arbeiten heute: Robotik, Crowdfunding & Co.

In einem Webinar ging die OnlineAkademie der Frage nach, ob Crowdfunding Tarif- und Sozialleistungssysteme unterläuft und damit eine neue »digitale Arbeiterklasse«

hervorbringt. Nicht alle Crowdfunding-Jobs bedeuteten prekäre Arbeitsbedingungen, so die These, denn soziale und arbeitsrechtliche Mindeststandards könnten für viele Beschäftigte vereinbart werden.

Angesichts der grundsätzlichen Wandlungsprozesse in der Arbeitswelt ist der Blick in die Geschichte interessant. So thematisiert das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) die Entwicklung der Humanisierung von Arbeit. Die Erkenntnisse fließen in die aktuellen Debatten um Gute Arbeit und Arbeit 4.0 ein.

Lernen für morgen: Schulen und Hochschulen im digitalen Zeitalter

Wenn sich die Arbeitswelt wandelt, bleibt das nicht ohne Auswirkungen auf den Lernort Schule. Mit den Veränderungen bei der Wissensvermittlung im digitalen Zeitalter beschäftigte sich die FES bei mehreren Veranstaltungen, etwa auf einer Fachkonferenz im Oktober mit dem Hamburger Bildungs-senator Ties Rabe in Neumünster. Im neu gegründeten »Bildungsforum NRW« wurden die Ergebnisse bildungspolitischer Studien der FES mit einem breiten Publikum erörtert.

Fast zehn Prozent der Schüler_innen in Deutschland besuchen eine Schule in freier Trägerschaft. Das Netzwerk Bildung diskutierte im Mai über soziale Selektion, Kompetenzentwicklung und Finanzierung von Privatschulen. Grundlage war die im März veröffentlichte Studie über Privatschulen in Deutschland. Das große öffentliche Interesse spiegelte sich in einem breiten Presseecho.

»Wir geben allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen, damit Leistung und Talent über die persönliche Zukunft entscheiden.« So steht es im Koalitionsvertrag. Doch Studien belegen immer wieder, wie stark der Bildungserfolg von Schüler_innen in Deutschland von der sozialen Herkunft abhängt. Bei der sehr gut besuchten Konferenz im September 2018 »Das Ende der Kreidezeit – Wie sich Bildung in Zukunft ändern muss« des Netzwerks Bildung wurden Ansätze zur Unterrichtsgestaltung in heterogenen Klassen, zum Ganztagsunterricht und zur digitalen Bildung vorgestellt.

Die Digitalisierung prägt auch die Hochschulen: Forschung und Lehre werden durch Formate wie Open Access oder Open Science transparenter und besser zugänglich. Bei der Fachkonferenz des Netzwerks Wissenschaft im März in Berlin zeigte sich der Wandel im gesamten Forschungswesen. Wissenschaftler_innen präsentierten elektronische Laborbücher sowie die Ergänzung klassischer Bibliotheksangebote durch digitale Dienste.

Für viele Menschen steht die Europäische Union nach wie vor für Frieden, Demokratie und Wohlstand. Doch immer mehr Bürger_innen wenden sich enttäuscht ab, weil die EU einige ihrer Versprechen nicht mehr einlöst. Wie fragil die europäische Integration ist, zeigten im Jahr 2018 Wahlerfolge europaskeptischer Parteien in Italien, Schweden, Tschechien und Ungarn. Die Friedrich-Ebert-Stiftung geht in ihrer Europaarbeit den Gründen hierfür nach und setzt gezielt Kontrapunkte.

In einigen europäischen Ländern sind rechtspopulistische Parteien an der Regierung und höhnen zunehmend Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aus. Zu diesem Problem veröffentlichte eine von der FES eingesetzte Expertengruppe, der Bundesjustizministerin a.D. Herta Däubler-Gmelin und der ehemalige EU-Kommissar Péter Balázs angehören, im April einen Bericht. Darin werden Instrumente zum Schutz und zur Förderung der Demokratie vorgestellt. Diese Empfehlungen trafen in Fachgesprächen für Entscheidungsträger_innen in Berlin, Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten auf großes Interesse.

Gleichzeitig ist es der Stiftung ein Anliegen, das Gespräch mit populistisch regierten Ländern in Gang zu halten. So organisierte die FES im Oktober ein mehrtägiges deutsch-polnisches Dialogprogramm in Danzig und Warschau.

Strategien sozialdemokratischer Parteien: voneinander lernen

Wie kann man dem Trend zum Rechtspopulismus entgegen-treten? Ein internationales Forschungsprojekt der FES Nord mit einem renommierten wissenschaftlichen Beirat, dem unter anderen Wolfgang Merkel, Colin Crouch und Frank Decker angehören, verglich Strategien sozialdemokratischer Parteien in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden. Daraus wurden zehn konkrete Politikempfehlungen abgeleitet, die in Berlin mit Politik und Zivilgesellschaft diskutiert und von politischen Entscheidungsträger_innen aufgegriffen wurden.

Durch den Aufstieg antieuropäischer Parteien ist auch das Interesse an Wahlergebnissen und Regierungskoalitionen gestiegen. Das Projekt »Monitor soziale Demokratie« trägt diesem Interesse Rechnung. Es zeigt sozialdemokratische Regierungsbeteiligungen auf einer Landkarte mit kurzen Texten. Sie wurde 2018 mehr als 10.000 Mal aufgerufen.

Mit innovativen Formaten arbeiten fast alle Auslandsprojekte, um die aktive Bürgerschaft der Europäischen Union besser zu erreichen. Beispielsweise verbindet das Projekt »Reclaim Europe!« Aktivist_innen aus Portugal mit der Zivilgesellschaft in Berlin und Brüssel. Es hat mit der Stadtentwicklung ein Thema aufgegriffen, das Bürger_innen überall in der EU unter den Nägeln brennt.

Möglicherweise ist die politische Landschaft in Europa grundsätzlich im Umbruch: Manches weist darauf hin,



dass nicht mehr Gerechtigkeits- und Verteilungsthemen wahlentscheidend sind, sondern vielmehr die Auseinandersetzung um Öffnung versus Abschottung der Gesellschaften. Eine Fachtagung der FES Rom in Zusammenarbeit mit dem European University Institute im September in Florenz ging den Gründen für diese Verschiebung nach.

Die Europäische Union reformieren und stärken

Gemeinsam mit dem Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Udo Bullmann, diskutierten Europaparlamentarier_innen die Lage der Sozialen Demokratie und den Reformbedarf der EU. Hierbei bezogen sie sich maßgeblich auf die FES-Landkarten zu den EU-Reformoptionen, die für die Studie »Relaunch Europe« im Laufe des Jahres erstellt wurden. Die Studie dokumentiert die politische Positionierung von Regierungen und sozialdemokratischen Parteien der EU zu zwölf Reformprojekten in drei Politikfeldern in Form von übersichtlichen Landkarten.

Einer, der sich eine starke EU auf die Fahnen geschrieben hat, ist der französische Staatspräsident Emmanuel Macron. 2018 unterbreitete er wichtige Reformvorschläge. Die deutschen Reaktionen waren allerdings schwach, wie die dürftigen Ergebnisse des deutsch-französischen Gipfels im Juni zeigten. In den Folgemonaten diskutierte eine deutsch-französische Strategiegruppe zur Zukunft Europas in Berlin und Paris Macrons Konzept eines »L'Europe qui protège« (eines Europas, das beschützt) und entwickelte konkrete Politikempfehlungen.

Differenzen ansprechen und überwinden

Der »deutsch-französische Motor« allein kann die notwendigen EU-Reformen nicht in Gang bringen. Zu groß sind die Differenzen zwischen West- und Osteuropa einerseits sowie Nord- und Südeuropa andererseits. Die FES versucht mit vielerlei bi- und multilateralen Formaten, die Lagerbildung aufzubrechen. Der Nord-Süd-Spaltung wirkten Dialog-Foren von Madrid bis Athen entgegen. So sprachen sich in Lissabon Expert_innen aus Madrid, Athen, Paris, Rom und Zypern im September für eine Europäische Arbeitslosen(rück)-versicherung aus.

Besonders wichtig sind vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Griechenland und Deutschland. Im Rahmen des deutsch-griechischen Dialogs debattierte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann im Mai in Athen mit Gästen aus

Start-up-Unternehmen, Politik und Gesellschaft die Stärkung der Arbeitnehmerrechte und die Perspektiven junger Menschen.

Die Entfremdung zwischen dem westlichen und dem mitteleuropäischen Teil der EU wird in der Migrationsfrage überdeutlich. Ein Treffen tschechischer und slowakischer sozialdemokratischer Entscheidungsträger_innen mit Vertreter_innen der SPD-Bundestagsfraktion und dem Staatsminister für Europa Michael Roth im Oktober in Berlin gab Raum für die Diskussion unterschiedlicher Positionen und trug zur Verständigung bei.

Südosteuropa eine Perspektive bieten

Das Regionalprojekt »Dialog Südosteuropa« hat mit einer Studie zur Ungleichheit die Aufmerksamkeit auf Verteilungsfragen in Südosteuropa gerichtet. Die Ergebnisse wurden am Rande des Westbalkan-Gipfels in Sofia im Mai diskutiert. In Mazedonien unterstützte die FES den proeuropäischen Kurs der neuen Regierung durch Gesprächsrunden mit deutschen Parlamentarier_innen und Regierungsvertreter_innen unter Einbeziehung junger Menschen.

Die FES ist wie die Europäische Kommission für ein stärkeres Engagement zur EU-Erweiterung auf dem Westbalkan. Das Europabüro in Brüssel begleitet den Erweiterungsprozess mit Hintergrundgesprächen mit Europaabgeordneten und Vertreter_innen der Kommission sowie wichtigen Thinktanks und NGOs.

Zugleich unterstützt das Brüsseler FES-Büro in Zusammenarbeit mit den Büros auf dem Balkan Europaabgeordnete dabei, Länderberichte für die dortigen Erweiterungskandidaten zu erstellen.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik voranbringen

Die Bürger_innen erwarten von Europa vor allem Geschlossenheit in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dem trägt der Sammelband »Handlungsfähigkeit stärken – Stabilität schaffen« des Magdeburger FES-Büros mit Beiträgen zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion Rechnung. Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, würdigt in seinem Grußwort den Beitrag der FES.

Die schwierigen Beziehungen zu Russland, China und den USA sind eine Herausforderung. Denn in der Außen- und Sicherheitspolitik ist es unerlässlich, europäische und globale Interessen zusammenzubringen. Darüber sprach Bundes-

»In spite of Brexit – How to stay closely aligned?« – über die Zukunft der deutsch-britischen Beziehungen diskutierten am 30. Oktober 2018 v. l. n. r. Metin Hakverdi, MdB, Brexit-Berichterstatler der SPD-Bundestagsfraktion, Hilary Benn, MP, Vorsitzender des Brexit-Ausschusses im britischen Unterhaus, Michèle Auga, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika, FES Berlin, Anand Menon, Leiter der Initiative »UK in a Changing Europe«, und Jana Puglierin, Programmleiterin Europa der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). (Foto: Andre Weissner)

außenminister Heiko Maas in seiner Grundsatzrede zur Zukunft der nuklearen Ordnung auf der Berliner Tiergartenkonferenz im Juni. An der anschließenden Diskussionsrunde beteiligten sich der Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Brunner, Leo Hoffmann-Axthelm von der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen und Kelsey Davenport von der Arms Control Association.

Den Zusammenhalt nach dem Brexit sichern

Das FES-Büro London nahm sein 30-jähriges Bestehen zum Anlass für eine Konferenz unter der Fragestellung »Was hält uns nach dem Brexit zusammen?«. Im Oktober diskutierten der renommierte Historiker Timothy Garton Ash, der Bundestagsabgeordnete Jens Zimmermann und FES-Geschäftsführer Roland Schmidt die Perspektiven deutsch-britischer Kooperation. Am Folgetag fand der jährliche Parlamentarierdialog zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich statt. In diesem Rahmen tauschen sich Abgeordnete und Expert_innen seit vielen Jahren über die wichtigsten Herausforderungen für progressive Kräfte aus.

Auch bei den 31. deutsch-französischen Strategiegesprächen im November mit 18 Abgeordneten des Bundestags und der Assemblée nationale ging es um die strategischen Herausforderungen der EU nach dem Brexit. Zeitgleich diskutierten junge Sicherheitspolitik-Expert_innen aus Polen,

Frankreich und Deutschland zusammen mit dem Europaabgeordneten Thomas Hitschler bei den »Weimar Young Perspectives« die Frage, wie die Länder des Weimarer Dreiecks zu mehr strategischer Stabilität beitragen können.

Politisch bilden für Europa

Während die europäische Integration voranschreitet, verstehen nur wenige Bürger_innen wirklich, wie die EU funktioniert und ihr Leben beeinflusst. Um diese anhaltende Ferne zu verringern, betreut die FES regelmäßig Besuchergruppen in Straßburg. Mehr als 5.400 Bürger_innen profitierten in diesem Jahr davon – angesichts der anstehenden Europawahlen ein wichtiger Beitrag gegen die wachsende Europaskepsis.

Einen weiteren Schwerpunkt setzten Teilnehmer_innen des Workshops »Europa 2025 – Junge Menschen gestalten Europa« im Juni auf dem Hambacher Schloss: Sie plädierten für eine gemeinsame Bildungspolitik in der EU als Schlüssel zu einer europäischen Identität.

Dass es Menschen braucht, die sich gerade jetzt für den Zusammenhalt einsetzen, betonte die Jugendbegegnung »BrexitCaféBonn« mit der britischen Jugendinitiative »MyLifeMySay«. Zehn Teilnehmende reisten abschließend am 18. November zum europaweiten »Common Futures Forum« nach London.



Im 21. Jahrhundert steht die Welt vor riesigen Herausforderungen: Soziale Ungleichheit nimmt zu, Bodenschätze werden rücksichtslos ausgebeutet, Korruption, Gewalt und Kriege prägen viele Gesellschaften. Um diese Probleme zu bewältigen, bedarf es eines tief greifenden ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Strukturwandels, der unter anderem demokratische Beteiligung und zivile Konfliktlösung in den Mittelpunkt rückt.

Weltweit für Frieden und Demokratie eintreten

Demokratie, Frieden und Menschenrechte sind weltweit in Gefahr. Die Annahme, nichtdemokratische Länder würden sich von selbst zu Demokratien entwickeln, hat sich als falsch erwiesen, wie der US-amerikanische Demokratieforscher Thomas Carothers auf einer Tagung in Berlin feststellte. Die Erfahrungen der FES bestätigen diese Einschätzung in Teilen. In Brasilien beispielsweise ist das Vertrauen in die Demokratie spätestens seit dem Ausschluss des ehemaligen Präsidenten Lula da Silva von den Präsidentschaftswahlen 2018 tief erschüttert. Die Wahl des rechtsextremen Jair Bolsonaro im Oktober bestätigte die schlimmsten Befürchtungen.

Gleichzeitig gibt es auch positive Entwicklungen, zum Beispiel in Kolumbien: Der jahrzehntelange Bürgerkrieg wurde vergangenes Jahr beigelegt. Doch der Erfolg des Friedensprozesses ist damit nicht garantiert. Daher reisten der FES-Vorsitzende Kurt Beck und Geschäftsführer Roland Schmidt im Mai nach Bogotá, um das andauernde Engagement der FES für den Frieden zu bekräftigen.

Einen Austausch zwischen den Ländern der asiatisch-pazifischen Region zum Thema Demokratie bietet das »Bali Democracy Forum«. Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und dem indonesischen Außenministerium richtete die FES im September in Berlin die Konferenz »Bali Democracy Forum – Berlin Chapter« aus. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Thema »Migration und Demokratie«.

In Asien bringt der wirtschaftliche und politische Aufstieg Chinas zahlreiche Herausforderungen mit sich. Mit dem außenpolitischen Kernprojekt, der Neuen Seidenstraße, verfolgt Peking vordergründig wirtschaftliche Ziele. Gleichzeitig hat das Projekt auch das Potenzial, Einflussphären in Asien oder auch Europa zu ändern. Zusammen mit dem Friedensforschungsinstitut SIPRI hat die FES die friedens- und sicherheitspolitischen Auswirkungen der Initiative untersucht.

Partner auf dem Weg zu Freiheit und Gerechtigkeit begleiten

Jahrestage eignen sich besonders gut, um auf Errungenschaften hinzuweisen. Das 70-jährige Bestehen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nahm die FES gemeinsam mit Partnerorganisationen zum Anlass, um über die heutige Bedeutung der Erklärung zu diskutieren. Die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte, Bärbel Kofler, betonte, wie wichtig die Menschenrechtserklärung für die deutsche Außenpolitik sei.

Das FES-Büro in Tel Aviv feierte im Oktober sein 40-jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass entstanden ein Dokumentarfilm und eine Broschüre über das deutsch-israelische Verhältnis.

Auf der Feier zum 30-jährigen Bestehen der FES Tunis würdigte der ehemalige tunesische Parlamentspräsident Mustapha Ben Jaafar die deutsch-tunesische Gewerkschaftskooperation sowie die Rolle von Zivilgesellschaft und politischen Parteien im demokratischen Transformationsprozess des Landes.

Jugend beteiligen, feministische Politik fördern

Überall auf der Welt verschafft sich die Jugend Gehör. Doch bleibt der Eindruck, dass Politik vor allem von Älteren für Ältere gemacht wird. Unter dem Titel #JugendMacht stellte die FES bei der Internationalen Gerechtigkeitswoche dieses Jahr die Vorstellungen junger Menschen von progressiver Politik und politischer Teilhabe in den Mittelpunkt.

Um junge Menschen in Afrika an das Potenzial multilateralen Handelns heranzuführen, richtete die FES gemeinsam mit der Afrikanischen Union (AU) erneut das Planspiel »Model African Union« aus. Über 50 engagierte junge Afrikaner_innen lernten im Oktober in Addis Abeba die AU von innen kennen.

Frauen haben es in internationalen Organisationen vielfach schwerer als Männer: »Bei den Vereinten Nationen bin ich das erste Mal auf eine gläserne Decke gestoßen, die ich nicht durchbrechen konnte«, sagte Helen Clark, die ehemalige Premierministerin Neuseelands, über ihre 2016 gescheiterte Kandidatur als UN-Generalsekretärin auf einer Veranstaltung der FES im Juni in Berlin. Wie kaum eine andere Politikerin setzt sich Clark für die Gleichberechtigung von Frauen ein. Ein beeindruckendes Porträt dieses Engagements zeigt der Film »My year with Helen«, zu dessen Deutschlandpremiere die FES eingeladen hatte. In der anschließenden Podiumsdiskussion betonte Staatsminister Niels Annen, dass die deutsche Außenpolitik feministischer werden solle. Nicht nur wolle man Bewerbungen von Frauen für internationale Führungspositionen unterstützen, sondern Frauen auch konsequent an Friedensprozessen beteiligen.



Die Rechte der Arbeitnehmer_innen schützen

Wirtschaftskrisen und wachsende soziale Ungleichheit machen den Ausbau sozialer Grundsicherungssysteme, wie sie die Internationale Arbeitsorganisation fordert, notwendiger denn je. 2018 begann der Internationale Währungsfonds seine Arbeit zu sozialer Sicherung strategisch neu auszurichten. Die von der FES unterstützte »Global Coalition for Social Protection Floors«, ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen, war in diesen Beratungsprozess eingebunden. Wichtige Argumentationshilfen lieferten dabei zwei FES-Publikationen: der jährlich erscheinende »Social Protection Floor Index« und ein Praxis-Handbuch.

Unterdessen wird das Recht auf menschenwürdige Arbeit in immer mehr Ländern untergraben, wie der jüngste Globale Rechtsindex des Internationalen Gewerkschaftsbunds belegt. Umso dringlicher ist es, Gewerkschaften zu stärken und Grundrechte am Arbeitsplatz zu verteidigen und zu erweitern. Wie dies möglich ist, zeigt das Projekt »Trade Unions in Transformation« mit 26 Erfolgsbeispielen aus der ganzen Welt. Die Ergebnisse präsentierte die FES beim Weltkongress des Internationalen Gewerkschaftsbunds Anfang Dezember in Kopenhagen, an dem über 750 Delegierte teilnahmen.

In den Philippinen bildet die Stiftung junge gewerkschaftliche Führungskräfte zu Rechtsassistent_innen aus, damit sie sich gegen arbeitsrechtliche Verstöße zur Wehr setzen können. In Namibia, Ghana und Kenia organisierten afrikanische Gewerkschaftsmitglieder etwa 50.000 Arbeiter_innen, um die Bedingungen auf den Baustellen chinesischer Infrastrukturprojekte zu verbessern.

In den Golf-Staaten sind Gastarbeiter_innen aus so vielen Ländern tätig, dass Sprachgrenzen den gemeinsamen Kampf für bessere Arbeitsbedingungen erschweren. Die FES macht sich dort insbesondere für Hausangestellte stark. In Kuwait etwa übersetzte sie ein Gesetz für Bedienstete in verschiedene Sprachen, um die Betroffenen über ihre Rechte aufzuklären. In Katar arbeitet die FES seit Neuestem ebenfalls zur Situation der Hausangestellten.

Standards im Welthandel verankern

Das Jahr 2018 war geprägt von Handelskonflikten zwischen den USA und China sowie zwischen Europa und den USA. Unter der Leitung von Thorsten Schäfer-Gümbel entwickelte die FES ein Grundsatzpapier zur Neuorientierung in der Handelspolitik, das große Beachtung im Bundestag und in den Länderparlamenten fand. Es sieht unter anderem die Auf-

wertung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards in Handelsverträgen vor.

Die FES beschäftigte sich besonders mit zwei in Planung befindlichen Handelsabkommen, dem EVFTA-Abkommen zwischen der EU und Vietnam, das 2019 verabschiedet werden soll, und dem nach 20 Jahren in greifbare Nähe gerückten EU-Mercosur-Freihandelsabkommen. Die FES brachte sich durch ein Dialogprogramm mit Abgeordneten und Gewerkschaftsvertreter_innen aus dem Mercosur zur Ausgestaltung von Sozial- und Umweltstandards ein. Die kontinuierliche Arbeit der Stiftung zu internationalen Handelsfragen wurde 2018 durch die Europäische Kommission gewürdigt: Sie berief die FES als zivilgesellschaftliche Organisation in zwei Beratergruppen, die die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards in den Handelsabkommen mit Korea sowie mit Kolumbien, Peru und Ecuador überwachen.

Globale Lösungen entwickeln

Globale Herausforderungen verlangen nach globalen Lösungen. Darum ging es bei der »Global Solutions«-Konferenz, die im Mai über 1.000 Teilnehmer_innen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Berlin zusammenbrachte. Themen waren die Zukunft des Multilateralismus, globale Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels sowie Migration und Handel.

Maßgebliche Grundlage für die weltweite Entwicklung sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen. Damit diese konsequent umgesetzt werden, ist eine grundsätzlich andere Politik erforderlich. Das besagt der »Spotlight Report 2018«, die wohl umfassendste zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzung mit der Agenda 2030. Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz äußerte sich im September in New York besorgt über die Austeritätspolitik in der Eurozone und die zunehmende globale Ungleichheit. Stiglitz, Mitglied der von der FES mitgegründeten Internationalen Kommission zur Reform der Unternehmenssteuer, plädierte dafür, dass Unternehmen ihre Gewinne dort versteuern, wo sie sie erwirtschaften.



Das Klima retten

Auf der Weltklimakonferenz (COP24) im Dezember in Polen verhandelten die Diplomaten über Regeln zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Als Organisation mit Beobachterstatus verfolgte die FES die Verhandlungen und ermöglichte über 40 Projektpartner_innen aus Gewerkschaften, Politik und Zivilgesellschaft aus dem globalen Süden die Teilnahme an der Konferenz.

Das Weltklima wird nicht zu retten sein, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern. Wachstumskritische Diskurse und alternative Wohlstandsmodelle standen im Mittelpunkt der ersten Nord-Süd-Konferenz zu »Degrowth«, die im September in Mexiko stattfand. In den Philippinen legt die FES einen Schwerpunkt auf eine Energiewende, da das Land seinen Energiebedarf größtenteils durch Kohle-Importe deckt. In Manila veranstaltete die Stiftung zum zweiten Mal das »Bootcamp für Erneuerbare Energien« mit dem Ziel, neue Energietechnologien auf kommunaler Ebene mit sozialer und wirtschaftlicher Transformation zu verbinden.

In der Region Naher/Mittlerer Osten lag ein klimapolitischer Schwerpunkt auf der Verkehrspolitik. Einen alltags-tauglichen Beitrag leistete die FES in Amman: In Kooperation mit einer zivilgesellschaftlichen Initiative wurde eine App entwickelt, die erstmalig Nahverkehrsoptionen auf einer digitalen Karte verfügbar macht.

Politisch bilden für die »Eine Welt«

Je stärker sich die Konflikte der Welt auf Deutschland auswirken, desto größer wird das Bedürfnis der Menschen, die Zusammenhänge zu verstehen, wie die gute Resonanz auf FES-Angebote zu internationalen Themen deutlich macht. Bei einer Diskussion im Februar in Freiburg zeigte der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, die großen Linien auf und betonte angesichts einer zunehmend fragmentierten Welt die Bedeutung internationaler Regeln und Institutionen.

Das Verhältnis des Westens zu Russland ist dauerhaft angespannt. Dabei treffen die Sanktionen der EU nicht nur die russische, sondern auch die deutsche Wirtschaft, nicht

zuletzt die vielfältigen Kooperationen mit ostdeutschen Firmen. In Moritzburg bei Dresden diskutierten der Vorsitzende des Deutsch-Russischen Forums, Matthias Platzeck, und der Sächsische Wirtschaftsminister Martin Dulig im November mit der mittelständischen Wirtschaft über Wege aus dieser Sackgasse.

Im Rahmen der »Bonner Zukunftsdiskurse« wurden im Juni die Spannungen mit Russland, Syrien, der Türkei und Ungarn analysiert. Dabei diskutierten Karsten Voigt, ehemaliger Staatsminister im Auswärtigen Amt, und der Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber mit den Teilnehmer_innen, wie eine kohärente außenpolitische Strategie der EU aussehen könnte.

Afrika rückt als Krisenherd, aber auch aufgrund seines Potenzials stärker in den europäischen Fokus. Im September ging es in der Georg-von-Vollmar-Akademie um »Die offenen Wunden Afrikas: Historisch-politische Erklärungs- und Lösungsversuche«. In Heidelberg thematisierte der angolanische Unternehmer Maurillio im Juni die Rolle von Start-up-Unternehmen in der Entwicklung afrikanischer Länder.



Blick nach vorn: FÜR EIN BESSERES MORGEN

Die Welt befindet sich im rasanten Wandel. Ungleichheit, Polarisierung, Digitalisierung und Globalisierung der Arbeitswelt, Flucht, Klimawandel, die Europäische Union und der Multilateralismus in der Krise: Es ist Aufgabe der Sozialen Demokratie, darauf überzeugende, fortschrittliche und positive Antworten zu geben. Es gilt, Zukunftskonzepte für alle Ebenen zu entwickeln, von der kommunalen bis zur globalen Ebene.

Es gilt, die Zukunft als etwas zu begreifen, was sich »zu etwas Besserem gestalten« lässt (Barack Obama), und zukunftsweisende Ideen und Strategien zu entwickeln. Um diese zu vermitteln und begreifbar zu machen, will die FES langfristig angelegte Erzählungen formulieren, die deutlich machen, wie die Soziale Demokratie die Welt sieht, für was sie steht und kämpft und wie genau sie die Zukunft des Landes, Europas und der Welt gestalten will – für ein besseres Morgen!

Heute wird politischen Entscheidungsträger_innen häufig vorgeworfen, sie hätten keine Visionen. In einer zunehmend unübersichtlichen Welt wollen die Bürger_innen und Wähler_innen von ihren politischen Repräsentant_innen jedoch wissen, wohin die Reise geht.

Klare Botschaften und eine kohärente Erzählung haben der Sozialen Demokratie in den vergangenen Jahren gefehlt. Dies hat mit zu der gegenwärtigen schwierigen Situation beigetragen.

Über das Herz den Verstand erreichen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung will bis Ende 2019 im Rahmen eines stiftungsweiten Projekts solche Erzählungen für folgende große Zukunftsthemen entwickeln: Europa, technologischer Wandel, Nachhaltigkeit, Migration und Integration, Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung, Demokratie

und sozialer Zusammenhalt. Die Erzählungen sollen über das Herz den Verstand erreichen, Emotionen wecken und für sozialdemokratische Ideen und Antworten begeistern.

Dafür sehen wir folgende Leitfragen: Wie nehmen Bürger_innen die Europäische Union wahr? Empfinden sie den technologischen Wandel als Chance oder als Bedrohung? Wie kann Ungleichheit abgebaut werden? Wie gelingt eine bessere Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte? Wie kann das Vertrauen in demokratische Prozesse und Institutionen zurückgewonnen und gestärkt werden?

Bereits im Herbst erschienen die Ergebnisse einer Befragung zum Thema »Europa«. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie Bürger_innen die EU wahrnehmen. In welchen Politikbereichen wünschen sie sich eine größere Rolle der EU, wo einen stärkeren Nationalstaat? Deutlich wurde, dass die Deutschen sich von der EU einen stärkeren Einsatz für gleichwertige Lebensverhältnisse und soziale Gerechtigkeit wünschen.

Die großen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht und die viele Menschen in Deutschland beschäftigen, sind die klassischen Fragen der Sozialen Demokratie. Der Stiftung liegt daran, dabei mitzuwirken, neue, glaubhafte und zukunftsweisende Antworten zu geben und Lösungen zu entwickeln, die sich auch umsetzen lassen. Diesem Ziel dient das Projekt »Für ein besseres Morgen«.



DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IM SPIEGEL DER PRESSE

01

ZDF_HEUTE
1. JANUAR 2018

Doch trotz aller Gemeinsamkeiten, haben sich Tschechen und Slowaken in einigen Fragen auch voneinander entfernt. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich mit der Situation in Europa nach dem Brexit beschäftigt, bestätigt einen schon länger zu beobachtenden Trend: Die Slowaken zählen in der EU zu den Enthusiasten, die Tschechen hingegen zu den größten Skeptikern.

TAGESSPIEGEL
3. JANUAR 2018

Obwohl sich die Arabische Welt in einer fundamentalen Krise und Umbruchsituation befindet, blickt die Mehrzahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Nahen Osten und Nordafrika zuversichtlich in die Zukunft. Trotz wirtschaftlicher Benachteiligung, fehlender politischer Beteiligung und einem allgegenwärtigen Gefühl von Unsicherheit sehen rund 65 Prozent der jungen Generation die Zukunft optimistisch, wie es in einer groß angelegten Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung heißt.

ÄRZTEBLATT
4. JANUAR 2018

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist in Großunternehmen die Regel, kleinere und mittlere Unternehmen sind dagegen häufig auf kommunale und überregionale Angebote angewiesen. Das berichten die Autoren eines neuen »Wiso-Diskurses« der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema »Betriebliche Sozialpolitik«.

TAGESSPIEGEL
15. JANUAR 2018

Peking schenkt der Stadt auch deshalb eine Statue, weil die Chinesen Trier kennen und lieben. Auf Europa-Rundreisen gilt die Stadt schon länger als Höhepunkt. Da kann es schon mal passieren, dass man morgens vor dem inzwischen von der Friedrich-Ebert-Stiftung betriebenen Museum im Geburtshaus über eine Reisegruppe stolpert, die sich die Zeit mit dem Schmettern von Propagandaliedern vertreibt [...].

TAZ.DE
23. JANUAR 2018

Und der Rechtsstaatsdialog, den Deutschland seit fast zehn Jahren mit Vietnam führt? Wäre es angesichts rechtsstaatlicher Defizite in Vietnam nicht töricht, den auszusetzen? Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung ist in einige dieser Dialogforen involviert. Sie organisiert Austauschprogramme zwischen deutschen und vietnamesischen Studenten sowie zwischen Lehrkräften der Rechtswissenschaften zu Menschenrechten, Zivil- und Strafrecht.

DEUTSCHLANDFUNK KULTUR
25. JANUAR 2018

Die Situation der Bürger ist dramatisch, auch für Ausländer ist das Leben in Afghanistan nicht ungefährlich. Ist es ein verlorenes Land – hat alle Unterstützung in den letzten Jahren nichts genützt? Mirco Günther, der seit 2017 das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul leitet, hat einen realistischen Blick auf das Land und macht sich keine Illusionen – möchte aber von solchen Pauschalurteilen nichts hören.

02

SPIEGEL ONLINE
6. FEBRUAR 2018

38

»Die Frage ist, ob Verbote dazu geeignet sind, Menschen von Drogen wie Cannabis fernzuhalten«, sagt der Rechtsanwalt Heiko Mohrdiek aus Hamburg, der sich für die Legalisierung von Cannabis einsetzt. »Obwohl es immer schärfere Gesetze gab, hat sich da bislang kaum etwas getan.« Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch die Friedrich-Ebert-Stiftung in einer Untersuchung aus dem Jahr 2013. Die Politik der Prohibition sei von einem notorischen Scheitern geprägt, heißt es dort [...].

MITTELDEUTSCHE ZEITUNG
12. FEBRUAR 2018

Es ist ein schlimmer Verdacht, der sich bis heute hält: Zu DDR-Zeiten sollen mehrere Tausend Familien ihrer Kinder beraubt worden sein. [...] Noch immer kämpfen viele Betroffene um Aufklärung und suchen nach ihren vermissten Angehörigen. [...] Mehr als 130 Besucher sind laut MDR der Einladung der Interessengemeinschaft gestohlener Kinder der DDR und der Friedrich-Ebert-Stiftung gefolgt. Thema der Diskussionsrunde war die »Aufarbeitung von DDR-Unrecht – Zwangsadoption und Säuglingstod«.

POTSDAMER NEUESTE
NACHRICHTEN
12. FEBRUAR 2018

Berufsorientierung – dieses Schlagwort will das 2016 gegründete Hannah-Arendt-Gymnasium durch Kooperationen mit Leben füllen. [...] Um den politischen Bereich abzudecken, arbeitet das Gymnasium mit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen. Dort sollen Schüler an Workshops zu sozialpolitischen Fragestellungen teilnehmen.

HAMBURGER ABENDBLATT
15. FEBRUAR 2018

Etwa ein Drittel der knapp 13 Prozent, die bei der Bundestagswahl AfD gewählt haben, seien Rechtsextremisten, die früher wohl die NPD gewählt hätten. [...] Und jene, die früher nicht Teil dieser Gruppe waren, sind es vielleicht jetzt. Denn Partei und Anhänger radikalisierten sich: Eine Ende 2016 veröffentlichte Umfrage im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, dass 74 Prozent der AfD-Sympathisanten eine abwertende Haltung zu Asylsuchenden für richtig halten.

MITTELBAYERISCHE
17. FEBRUAR 2018

Die Subvention des öffentlichen Nahverkehrs ist bereits hoch, wäre es unmöglich, die Kosten eines Gratis-ÖPNV zu stemmen? [...] Und viel muss beim ÖPNV nicht mehr subventioniert werden: Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung werden bundesweit 37 Prozent der Kosten über Fahrscheine finanziert, 63 Prozent über öffentliche Zuschüsse.

NEUE PRESSE
21. FEBRUAR 2018

Ein Kind bekommen und dann wieder Vollzeit arbeiten gehen – das ist in Deutschland nicht selbstverständlich. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung tun das nämlich nur 22 Prozent aller befragten Frauen zwischen 18 und 40 Jahren.

FOCUS.DE
24. FEBRUAR 2018

Ein weiterer Beleg für die Existenz einer Wertordnung unterhalb des Grundgesetzes ist ein »Leitbild«, das eine Kommission der Friedrich-Ebert-Stiftung unter der Leitung der Staatsministerin Aydan Özoğuz (SPD) entworfen hat. Es ist ausdrücklich als »Leitbild« für eine »Einwanderungsgesellschaft« unter dem Titel »Miteinander in Vielfalt« konzipiert

03

MITTELBAYERISCHE
1. MÄRZ 2018

Es ist kurz vor 9 Uhr. Die Sozialkundestunde der zehnten Klasse hat gerade begonnen. Die Schülerinnen und Schüler beschäftigen sich mit dem Rechtsradikalismus. Direkten Kontakt mit diesem Thema hatten die Schülerinnen außerhalb der Schule noch nicht. »Aber man bekommt schon etwas mit – etwa in den Medien«, sagen die beiden. Und finden es absolut sinnvoll, dass ihre Sozialkundelehrer eine Ausstellung zum Thema über die Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert haben.

ZEIT ONLINE
14. MÄRZ 2018

Schüler von Privatschulen zeigen keine besseren Leistungen als die von öffentlichen Schulen. Das geht aus einer Analyse des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen für die Friedrich-Ebert-Stiftung hervor, die der Wochenzeitung DIE ZEIT exklusiv vorliegt. Die Forscher verglichen die Leistungen von Grundschulern und Neuntklässlern aus privaten und öffentlichen Schulen.

DEUTSCHE WELLE
22. MÄRZ 2018

Malis Regierung ist unter Erfolgsdruck. Endlich soll es eine Besserung geben, einen Ausweg aus der Krise. [...] Doch die Umsetzung des Friedensvertrags, den Regierung und einige Konfliktparteien 2015 in Algier unterschrieben haben, stockt. [...] Ein Chaos, das den Alltag der Bevölkerung belastet. Das bestätigt auch das jüngste »Mali-Barometer« – eine Umfrage, die die Friedrich-Ebert-Stiftung jährlich im ganzen Land durchführt.

FOCUS.DE
24. MÄRZ 2018

Neben dem Terror ist politische Instabilität ein Faktor, der Schwarzafrikaner zur Migration bewegt. Auch Familienangehörige, die bereits in Europa sind, spielen bei der Entscheidung eine Rolle. Wie nah eine zweite Phase der Migration nach Europa ist, ist anhand der Zahlen schwer einzuschätzen. Das Referat Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung hat erst kürzlich Szenarien zu einer Migration aus Afrika entwickelt.

GENERAL-ANZEIGER
26. MÄRZ 2018

Fast auf den Tag genau sind es 85 Jahre her, als der Sozialdemokrat Otto Wels im Berliner Reichstag seine historische Rede zum Ermächtigungsgesetz hielt, das Deutschland in das düsterste Kapitel seiner Geschichte führen sollte. [...] In der Berufsbildenden Schule in Bad Neuenahr nahm man sich des Themas an. Mit Kurt Beck, dem früheren rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, ehemaligen SPD-Bundesvorsitzenden und jetzigen Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung, hatte man einen hochkarätigen Festredner gewonnen. Die Schüler waren sichtlich beeindruckt.

MÄRKISCHE ALLGEMEINE
26. MÄRZ 2018

Die Anzahl der Kriminalfälle ist in Brandenburg seit 1998 deutlich gesunken, Aufklärungsquote gestiegen. Einen Großteil haben in der Vergangenheit Konzepte zur Verminderung der Kriminalität beigetragen. Um sie weiterzuentwickeln, organisiert die Friedrich-Ebert-Stiftung jährlich einen Kommunaltag Brandenburgs, auf dem diskutiert werden darf.

04

SPIEGEL ONLINE
6. APRIL 2018

40

In Ländern wie Niedersachsen, Hamburg oder Bremen haben sich religiöse Dachverbände (Schura) gebildet, um der Politik als Ansprechpartner etwa für Religionsunterricht zu dienen. Der Islam-Experte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dietmar Molthagen, sagt: »Sie schaffen es, den Vertretungsanspruch einzulösen.« In Berlin wird derzeit die Gründung einer Schura erwogen.

TAGESSPIEGEL
8. APRIL 2018

In der Auseinandersetzung um die Kitapflicht tauchte immer wieder die Behauptung auf, dass das grundgesetzlich verbriefte Elternrecht einer Kitapflicht entgegenstehe. Um die Stichhaltigkeit dieser Behauptung zu überprüfen, gab die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung ein Gutachten in Auftrag: Gutachterin Lore Maria Peschel-Gutzeit (SPD), Berlins ehemalige Justizsenatorin, legte dar, dass eine Kitapflicht wegen der verfassungsmäßig garantierten Elternrechte kaum durchsetzbar sei.

BERLINER MORGENPOST
11. APRIL 2018

Obwohl es Michael Müller nicht möglich ist, die deutsche Unterstützung von 600 Millionen Euro jährlich weiter aufzustocken, wird der Berliner Regierungschef in Amman wie ein Staatsgast empfangen. [...] Immerhin ließ sich Müller im Haus der Friedrich-Ebert-Stiftung von einer Anwältin und Aktivistinnen erklären, dass Frauen auch im vergleichsweise liberalen Jordanien das Ausüben vieler Berufe untersagt ist und das Streikrecht nicht für alle Arbeiter gilt.

DEUTSCHE WELLE
13. APRIL 2018

Sowohl international als auch vor Ort wächst der Druck auf Serbien und Kosovo, ihre Beziehungen mit einer Normalisierungsvereinbarung neu zu ordnen. Vertreter aus der Gesellschaft, von Denkfabriken und der akademischen Welt beider Konfliktparteien und der EU – zusammengeführt von der Friedrich-Ebert-Stiftung – haben vier Szenarien entwickelt, wie sich die Beziehungen bis 2035 entwickeln könnten.

DEUTSCHE WELLE
20. APRIL 2018

Der chinesisch-pakistanische Wirtschaftskorridor (CPEC) gilt als Vorzeigeprojekt der Neuen Seidenstraße. [...] Großprojekte wie dieses können in einigen asiatischen Ländern, aber »insbesondere in Pakistan« dazu führen, dass sich ohnehin vorhandene Probleme bei der Regierungsführung verstärken, »vor allem bei wirtschaftlicher Haftung und Korruption«, heißt es in einer gemeinsamen Studie des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI und der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung.

DEUTSCHLANDFUNK
24. APRIL 2018

In einer Erklärung, die der nordkoreanische Machthaber Kim und Südkoreas Präsident Moon am Grenzort Panmunjom unterschrieben, heißt es zudem, der Kriegszustand zwischen den Teilstaaten solle noch in diesem Jahr beendet werden. [...] Der Weg zu einem Friedensvertrag sei aber noch lang, betonte der Korea-Experte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Schwersensky, im Deutschlandfunk. Dazu müssten USA und China in die Verhandlungen eingebunden werden.

05

ZEIT ONLINE
25. APRIL 2018

Gaza – Ghetto, Israelis – Nazis: Wie tief sitzt die Kopplung in der deutschen Seele? Die gute Nachricht: Eine knappe Hälfte der Befragten teilt diese Meinung »überhaupt nicht«; dazu kommt noch ein Viertel, das »eher nicht« an die Gleichsetzung Israelis – Nazis glaubt. Das hat eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgefunden.

TAGESSCHAU.DE
26. APRIL 2018

Sven Schwersensky, der das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul leitet, hält die politische Linie des Machthabers für stringenter. Kim habe schon vor viereinhalb Jahren verkündet, »dass das Atomprogramm Ende 2017 abgeschlossen sein würde. Und die Angelegenheit, das zu sagen, was es macht, hat das nordkoreanische Regime in der Vergangenheit öfters bewiesen«.

FRANKFURTER
ALLGEMEINE ZEITUNG
5. MAI 2018

Ein paar Meter weiter hat Kurt Beck, der frühere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und derzeitige Vorsitzende der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, vor der Tür des Geburtshauses von Karl Marx Position bezogen. Die Partei hat das Gebäude in den zwanziger Jahren gekauft und nach dem Krieg der Stiftung übertragen. Zum 200. Geburtstag wurden am Samstag in Trier gleich vier Ausstellungen zum Leben und Werk von Karl Marx eröffnet, darunter die neue Dauerausstellung im Geburtshaus.

ZDF_HEUTE
6. MAI 2018

2009 war das letzte Mal, dass die Libanesen an der Wahlurne über die Zusammensetzung ihres Parlaments bestimmen konnten. Gründe für die lange Wartezeit kennt Achim Vogt. Er leitet das Büro der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung in der libanesischen Hauptstadt Beirut. »Die Parteien konnten sich lange auf kein neues Wahlrecht einigen«, sagt Vogt.

MDR
16. MAI 2018

Denn insbesondere Russland nutzt die Region derzeit für geopolitische Interessen, sagt Ursula-Koch Laugwitz, die das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung

in Belgrad leitet: »Der Westbalkan ist ein Spielfeld, wo die russische Regierung in den letzten Jahren versucht hat, der EU zu zeigen, wie begrenzt ihre Möglichkeiten sind.«

SWR AKTUELL
17. MAI 2018

In der neuen Art von Kapitalismus bekommen »Algorithmen und Daten die Bedeutung, die früher Maschinen und Rohstoffe hatten«, erläuterte der Hochschulprofessor und Medienkünstler Timo Daum im SWR. Er nennt das »digitalen Kapitalismus«. Darüber hat er ein Buch geschrieben, das die Friedrich-Ebert-Stiftung am Mittwochabend als »politisches Buch 2018« ausgezeichnet hat: »Das Kapital sind wir – zur Kritik der digitalen Ökonomie«.

SÜDDEUTSCHE
18. MAI 2018

Der portugiesische Regierungschef António Costa hat etwas gewagt, was sich die deutschen Sozialdemokraten nie getraut haben: Er schmiedete ein Linksbündnis – und hat Erfolg damit. »Er hat politischen Mut und eine strategische Perspektive, die es ihm ermöglicht, Mut zu haben«, sagt Reinhard Naumann, der seit 1991 in Portugal lebt und das Lissabonner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung leitet.

06

DEUTSCHE WELLE
19. MAI 2018

42

In den vergangenen Jahren hatten sowohl die USA als auch der Iran eine hoch ambivalente Rolle im Irak gespielt. [...] Das Problem: Beide Staaten hatten an der Entstehung der konfessionellen Gewalt erheblichen Anteil. [...] Eben diese Phase, deutet das Wahlergebnis an, wollen die Iraker nun hinter sich lassen. »Die Menschen sind der konfessionellen Streitigkeiten zwischen Sunniten, Kurden und Schiiten müde«, sagt Tim Petschulat, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der jordanischen Hauptstadt Amman. »Sie wollen etwas Neues, sie wollen einen gemeinsamen Nationalstaat.«

FRANKFURTER RUNDSCHAU
30. MAI 2018

Eine Absenkung der Mehrwertsteuer für die Fernverkehrstickets wird auch von Fahrgast- und Umweltverbänden unterstützt. [...] Neu ins Gespräch gebracht hat den Vorschlag jetzt der Arbeitskreis »Innovative Verkehrspolitik« der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, und zwar auch als Mittel, um die zu hohe Luftbelastung durch den Pendlerverkehr in den Großstädten zu verringern.

MITTELBAYERISCHE
8. JUNI 2018

Die Bundesregierung hatte 2013 Straßen voller moderner, umweltfreundlicher Stromer versprochen. »Einer vollmundigen Ankündigung dieser Tragweite müssen Taten folgen«, sagt Harald Zintl, Leiter der Regensburger Friedrich-Ebert-Stiftung, zum Hintergrund, die 48. Ausgabe der »Regensburger Gespräche« dem Thema Elektromobilität zu widmen.

BENTO
14. JUNI 2018

Wem Max von den Telefonanrufen erzählt, der beginnt zu verstehen, wie tief Antisemitismus immer noch im deutschen Alltag verankert ist. Zahlen belegen das: [...] Jeder Vierte stimmte in einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung der Aussage zu: »Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.«

NORDWEST-ZEITUNG
20. JUNI 2018

Wie erkennt man jemanden, der Werbung für eine rechte Partei macht? Warum sollte man es hinterfragen, wenn Parteien einfache Antworten auf schwierige Fragen geben? Und welche Symbole und Zahlen gelten als Codes einer rechten Gesinnung? Antworten auf diese Fragen geben 16 Schautafeln der Friedrich-Ebert-Stiftung, die jetzt in der Aula der Integrierten Gesamtschule Friesland-Süd in Zetel stehen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG
21. JUNI 2018

Bei Meldeversäumnissen erfolgt eine Kürzung des Regelbedarfs um zehn Prozent. Bei anderen Versäumnissen können die Leistungen bis zu 30 Prozent gekürzt werden. [...] Die Wirkung dieser Sanktionen wird in der Fachwelt sehr unterschiedlich eingeschätzt. So hätten Untersuchungen, etwa vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung oder der Friedrich-Ebert-Stiftung, ganz unterschiedliche Einschätzungen zur Wirkung von Sanktionen ergeben. Je nach Studie werde den Strafmaßnahmen eine positive, keine oder eine negative Wirkung zugeschrieben.

07

TAGESSCHAU.DE
23. JUNI 2018

Der 41-jährige Abiy, der erst seit rund drei Monaten das ostafrikanische Land regiert, hat Äthiopien einen grundlegenden Wandel verschrieben: Nach jahrzehntelanger Autokratie möchte er sich für eine wirtschaftliche Öffnung einsetzen und beendete den Ausnahmezustand. »Man hat den Eindruck, dass viele Äthiopier seit langem das erste Mal wieder befreit durchatmen«, sagt Constantin Grund, der das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Addis Abeba leitet. Noch sei es zu früh, zu beurteilen, ob der Wandel von Dauer ist.

MÄRKISCHE ALLGEMEINE
24. JUNI 2018

Es steht nicht gut um Europa. Die Flüchtlingsfrage spaltet die Mitgliedsstaaten, wirtschaftliche Differenz sorgen für Neiddebatten. Analysen dazu gibt es viele, Lösungsansätze dagegen kaum. Dass es auch anders geht, bewies am Freitagabend in der Villa am See die Sozialdemokratin Gesine Schwan. Die Hausherrin Ulrike und Stefan Behrens hatten in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung die Politikwissenschaftlerin zu einem Gesprächsabend eingeladen.

STERN
5. JULI 2018

Peter Hummelgaard Thomsen, sozialdemokratischer Abgeordneter und europapolitischer Sprecher, schwebt vor, dass Flüchtlinge nur noch anhand einer UN-Quote nach Dänemark kommen sollen. Ob diese Strategie Erfolg hat, ist noch völlig offen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hält in einer Analyse lediglich fest, dass die dänischen Sozialdemokraten sich auf ein Experiment eingelassen hätten. Es sei fraglich, ob sie so wirklich wieder alte Wählerschichten zurückgewinnen können.

LEIPZIGER INTERNET ZEITUNG
15. JULI 2018

Und bei all den Diskussionen über »Flüchtlinge« verlieren die Debattierenden immer aus dem Blick, dass es selbst innerhalb der EU starke Wanderungsbewegungen gibt. Sie haben dieselben Ursachen: Junge Menschen wandern der Arbeit und dem besseren Leben hinterher. [...] Und wie stark das Gefälle ist, haben jetzt Dr. Michael Dauderstädt und Cem Keltek einmal für die WISO-Reihe der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung berechnet. Dabei haben sie auch gleich noch die Berechnungsart der EU für die Armutsquoten kritisiert.

HANDELSBLATT
19. JULI 2018

»Die Menschenrechtslage in Tunesien ist keineswegs mit der von Ländern wie Marokko oder Algerien zu vergleichen«, sagt Henrik Meyer, der das Büro der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunis leitet. »Es wird hier nicht mehr systematisch gefoltert. Aber es ist auch klar, dass es vereinzelt noch Fälle gibt.«

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
23. JULI 2018

Im Jahr 2016 zählte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) 128 Fälle von Körperverletzungen, Vergewaltigungen, Raubüberfällen und bewaffneten Drohungen. [...] Aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung geht hervor, dass viele Menschen in Deutschland eine menschenfeindliche und Obdachlose abwertende Einstellung vertreten.

08

TAGESSPIEGEL
27. JULI 2018

44

Glamour, Nachhaltigkeit und ein Ende neoliberaler Politik: Neuseelands Premierministerin Jacinda Ardern erfindet die Sozialdemokratie neu. [...] Gerade in Europa, wo Sozialdemokraten nur noch in fünf von 28 EU-Staaten an der Regierung beteiligt sind, wird sie als Heldin gefeiert. »Wir hoffen auf Inspiration. Du bist ein Vorbild«, sagte der ehemalige SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck, als Ardern auf ihrer Deutschlandreise im April die Friedrich-Ebert-Stiftung besuchte.

WELT
30. JULI 2018

Doch die Wut der Menschen scheint nicht zu stoppen zu sein. Innerhalb weniger Tage weiteten sich die Proteste auf insgesamt neun Provinzen im Süden des Iraks aus und erreichten sogar die Hauptstadt Bagdad. [...] »Es geht den Menschen nicht mehr allein um Strom und Wasser«, sagt Yousef Ibrahim, Irakexperte bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Amman. »Das ganze System soll gestürzt werden.«

N-TV
2. AUGUST 2018

Internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen haben ihr ausländisches Personal wegen der schlechten Sicherheitslage inzwischen zu einem großen Teil aus Afghanistan abgezogen. Jene, die weiter vor Ort sind, haben ihre Sicherheitsvorkehrungen zuletzt weiter verstärkt. Deutsche Organisationen wie die GIZ oder die Friedrich-Ebert-Stiftung sind aus dem Zentrum der Stadt in ein hoch gesichertes Lager am Stadtrand gezogen.

VORWÄRTS
2. AUGUST 2018

Nach Studien sterben Frauen öfter an den Folgen des menschengemachten Klimawandels als Männer. Dürren treffen sie zuerst. [...] »Der Klimawandel wirkt wie ein Risikomultiplikator«, erklärt Manuela Matthess, Expertin für Internationale Klimapolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). »Er verstärkt Diskriminierungen, die Frauen aufgrund eines geringen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Status erfahren.«

THÜRINGISCHE LANDESZEITUNG
8. AUGUST 2018

Historische Wahlplakate der letzten 80 Jahre aus dem Fundus des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn zeigt die SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.

DEUTSCHE WELLE
30. AUGUST 2018

Der frustrierte, weiße Mann hat sich als Prototyp des Pegida- und AfD-Anhängers im Bild der Öffentlichkeit festgesetzt. Dass dieses Bild so aber nicht mehr stimmt – und zwar europaweit –, zeigt jetzt eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. [...] Die zentrale Erkenntnis: Immer mehr Frauen wählen rechtspopulistische Parteien.

MÄRKISCHE ODERZEITUNG
31. AUGUST 2018

Oft tut das bereits das mobile Raketenabwehrsystem Iron Dome der Israelis. Es dient der Verteidigung vor Kurzstreckenraketen und »besteht aus mehreren Komponenten, die vollständig automatisiert interagieren«, erklärt Robin Geiss, Völkerrechtler der Uni Glasgow, in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Wenn das System den Start einer feindlichen Rakete erkennt, wird ihre Flugbahn berechnet und an ein Kontrollzentrum übermittelt, das den Einschlagpunkt bestimmt.

09

SPIEGEL ONLINE
3. SEPTEMBER 2018

Laut einem aktuellen Bericht der EU-Kommission studieren im Kosovo anteilig doppelt so viele junge Menschen wie im EU-weiten Durchschnitt. [...] »Nach der Wende sind private Hochschulen wie Pilze aus dem Boden geschossen«, sagt Frank Hantke, der seit 2004 in der Region für die Friedrich-Ebert-Stiftung arbeitet und nun das Regionalbüro im Kosovo leitet. »Ein Studium gilt vor allem unter Kosovo-Albanern als Weg in eine bessere Zukunft, auch wenn es das de facto oft gar nicht ist.«

DIE RHEINPFALZ
6. SEPTEMBER 2018

Der Vorsitzende der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, Kurt Beck, hört immer häufiger im Ausland die Sorge, Deutschland stehe vor einem Rechtsruck. Überall in der Welt – die Stiftung unterhält 106 Auslandsbüros – nehme er bei seinen Gesprächspartnern eine Art ungläubiges Kopfschütteln über Deutschland wahr [...].

VORWÄRTS
13. SEPTEMBER 2018

Bei einer Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung haben Vertreter aus Politik und Wissenschaft über den Zusammenhang von Demokratie und Vertrauen diskutiert. Die SPD-Politiker Kevin Kühnert und Svenja Stadler forderten in diesem Kontext einen offeneren Umgang mit Fehlern der Vergangenheit.

MAINPOST
14. SEPTEMBER 2018

Zu Fuß durch Kabul, die Hauptstadt Afghanistans, laufen? Das würde Mirco Günther heute nicht mehr ohne weiteres tun. Seit dem Ende der Nato-ISAF-Mission 2014 hat sich die Sicherheitslage verschlechtert, sagt der Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul. Die Stadt wird von Anschlägen erschüttert.

DEUTSCHLANDFUNK KULTUR
19. SEPTEMBER 2018

Um die Bevölkerung über Links- und Rechtsextremismus aufzuklären, gebe es genügend wissenschaftliche Institute, betonte der Anwalt. Allein im alle zwei Jahre erscheinenden Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung über rechtsextremistische Strömungen in Deutschland stehe »viel mehr und Sinnvolleres drin als alles, was uns der Verfassungsschutz jemals vorgelegt hat«.

KONTEXT:WOCHENZEITUNG
26. SEPTEMBER 2018

Eine »Pasokifizierung« beklagen mehrere Genossen in Tuttlingen, während sie am Stand der altehrwürdigen Friedrich-Ebert-Stiftung in umfangreichen Materialien zum Niedergang der Sozialdemokratie in Europa blättern. Bei den Parlamentswahlen 2009 in Griechenland erreichte die Panhellenische Sozialistische Bewegung PASOK noch fast 44 Prozent, nach der Finanzkrise 2015 waren es unter fünf.

MITTELDEUTSCHE ZEITUNG
29. SEPTEMBER 2018

Zwei Mitarbeiterinnen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung führen mit den 30 Schülern ein Planspiel zur Gesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland durch. Jeder Schüler hat am Anfang des Tages nach einer Vorstellung des politischen Systems der BRD und des Themas Migration sowie der Erläuterung der Spielregeln Rollen zugewiesen bekommen.

SÜDDEUTSCHE
30. SEPTEMBER 2018

Wie relevant ihre Idee, wie weit Deutschland entfernt ist von Chancengleichheit im Bildungssystem, beweist der Erfolg von Arbeiterkind.de. Bereits im ersten Jahr bekam die Plattform den mit 2000 Euro dotierten Engagementpreis der ehemaligen Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das war nur der Anfang.

10

DEUTSCHLANDFUNK
5. OKTOBER 2018

46

»Die Zuspitzung der Sicherheitslage darf nicht zu scheinbar einfachen Lösungen verführen. Es gibt Forderungen, die Polizei solle Verbrecher einfach abschießen dürfen. Man solle Polizisten nicht mehr bestrafen, wenn sie getötet haben, oder man solle einfach Waffen verteilen – da können wir uns gut vorstellen, wohin das führt«, sagt Bruno Langeani von der Stiftung »Sou da Paz« – zu Deutsch »ich bin für Frieden«, eine Organisation, die mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brasilien Konfliktforschung betreibt.

SPIEGEL PLUS
9. OKTOBER 2018

Im Jahr 2016 gab die AfD ihren Frauenanteil mit 16 Prozent an – weniger als in allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Neuere Zahlen gibt es nicht. Unter dem Titel »Triumph der Frauen?« hat die Friedrich-Ebert-Stiftung Ende August 2018 eine Studie über »das weibliche Gesicht der europäischen Rechtspopulisten« veröffentlicht. Dafür machte sich das Autorenteam um Herausgeberin Elisa Gutsche die Mühe, ein Zahlenbild der AfD zu erstellen.

DEUTSCHLANDFUNK
13. OKTOBER 2018

»Für mich ist es ein Blick in einen Abgrund, was mit einer Gesellschaft passieren kann, deren soziale Frage nicht gelöst ist«, sagt Joachim Schlütter. Er leitet die Friedrich-Ebert-Stiftung in El Salvador und lebt seit fast fünf Jahren in dem kleinen zentralamerikanischen Land. Das größte Problem sind die sogenannten »Maras«: mafiaähnliche, brutale Jugendgangs, die im Drogen- und Waffenhandel mitmischen, Schutzgelder erpressen und de facto ganze Stadt- und Landesteile unter ihrer Kontrolle haben.

TAGESSPIEGEL
23. OKTOBER 2018

Für andere Eltern scheint aber nur noch das Siegel »privat« Qualität zu versprechen. Dabei ist nicht erwiesen, dass Kinder an freien Schulen mehr lernen. Laut einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt es nur »geringfügige Unterschiede zwischen den an privaten und öffentlichen Schulen erreichten Kompetenzen«.

HAMBURGER MORGENPOST
26. OKTOBER 2018

Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung schöpft Hamburg von allen Bundesländern sein Einbürgerungspotenzial am meisten aus, die Einbürgerungsquote – also die Zahl der Einbürgerungen im Vergleich zur Gesamtzahl der in Hamburg lebenden Ausländer – ist in den vergangenen Jahren aber rückläufig.

SAARBRÜCKER ZEITUNG
28. OKTOBER 2018

Frauenthemen in einem neuen, innovativen, offenen Rahmen zu diskutieren, darum geht es beim ersten »Barcamp Frauen Saar«, das die Friedrich-Ebert-Stiftung [...] in Saarbrücken veranstaltet. Bewusst weit gefasst ist das Veranstaltungsmotto »Gender – Generationen – Gleichberechtigung«.

11

RBB24

12. NOVEMBER 2018

Verkehr und Mobilität sind ungerecht organisiert – in mehrfacher Hinsicht. So heißt es in einer neuen Studie von Verkehrswissenschaftlern der Friedrich-Ebert-Stiftung. Laut den Machern ein Teufelskreis für Menschen mit niedrigem Einkommen. Wer arm ist, leidet auch mehr unter den negativen Folgen des Verkehrs. Aber nicht nur die Risiken seien in unserer Gesellschaft ungleich verteilt, sondern auch die Möglichkeiten, mobil zu sein.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

12. NOVEMBER 2018

Estland mit 1,3 Millionen Einwohnern ist so etwas wie das digitale Laborland in Europa. [...] Und die Senioren, die Nichepster, jene Esten also, die nicht mit Tablets in der Schule aufgewachsen sind, sondern noch in den Wirren des Umbruchs sozialisiert wurden, oder in der Sowjetzeit? Viele von ihnen kommen bei so viel technischem Fortschritt nicht mit, die Friedrich-Ebert-Stiftung schrieb von einer »Kluft zwischen Reich und Arm, Jung und Alt, Stadt und Land«.

JUNGE WELT

12. NOVEMBER 2018

In der EU gebe es 28 Armeen, »kein Wunder, dass wir wahnsinnig viel für Militär ausgeben«, versuchte Nahles, weitere Aufrüstung als Sparmaßnahme schmackhaft zu machen. Schon Anfang 2015 hatten die Autoren einer von der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung mitgetragenen Studie des »Centre for European Policy Studies« (CEPS) in Brüssel verkündet, dass eine EU-Armee gegenüber nationalen Streitkräften 130 Milliarden Euro einsparen könnte.

WIRTSCHAFTSWOCHE

19. NOVEMBER 2018

Das Bildungsministerium kündigt ab Herbst 2019 mehr Unterstützung für Studenten an. [...] Doch ein Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt: Auch wenn die Anhebung der Förderung am wichtigsten ist, werden wesentliche Probleme ignoriert. Denn 81 Prozent der Studenten fallen durchs Förderungsraster.

LEIPZIGER INTERNET ZEITUNG

27. NOVEMBER 2018

Mit den vielen Studien, die die Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gibt, hat die SPD eigentlich sehr viel fundiertes Material, ihre Politik wieder der Realität anzupassen. Nur scheint kein Mensch diese Studien im Willy-Brandt-Haus zu lesen. Man wurstelt lieber weiter vor sich hin, immer noch in dem Glauben, man würde sich – wie bei Gerhard Schröder – um die »Mitte« der Gesellschaft kümmern.

SWR AKTUELL

27. NOVEMBER 2018

Für die einen gelten sie als Verräter, für die anderen sind sie moderne Helden, die Missstände in der Gesellschaft oder Unternehmen aufdecken: die Whistleblower. Um ihren Schutz dreht sich eine Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Der Verein »Whistleblower-Netzwerk« fordert von der Politik ein Gesetz zum Schutz von Whistleblowern.

ÄRZTEBLATT3. DEZEMBER 2018

48

Qualität kann als ein zentrales Steuerungselement für eine patientenzentrierte, populations- und regionsorientierte Neuausrichtung des Gesundheitswesens eingesetzt werden, ohne auf die bisherigen Formen der mehr auf einzelne Institutionen bezogenen Qualitätsentwicklung verzichten zu dürfen. Das ist ein zentrales Ergebnis eines Positionspapieres zur Qualitätsentwicklung im Gesundheitswesen, das die Friedrich-Ebert-Stiftung jetzt vorgelegt hat.

SHZ.DE5. DEZEMBER 2018

Demonstrativ den Dialog mit Russland zu suchen, kann dem Vertreter einer Regierungspartei in diesen Zeiten durchaus schaden. Stephan Weil ficht das nicht an. Er flog jetzt das sechste Mal gen Osten. [...] Regelmäßig zitiert er Umfragen etwa der Friedrich-Ebert-Stiftung, wonach die breite Mehrheit der Bevölkerung ein ausgewogenes, besser noch freundschaftliches Verhältnis zu Russland wünsche und die Politik dem nicht entspreche.

GENERAL-ANZEIGER6. DEZEMBER 2018

Nachdem sich Soros' Open Society Foundation kürzlich aus der Türkei zurückgezogen habe, sei nun die FDP-nahe Naumann-Stiftung an deren Stelle getreten und unterstütze »böartige« Organisationen in der Türkei, meldete die islamistische Zeitung »Yeni Akit«. Sie rief die türkischen Behörden auf, gegen die Vertretungen der deutschen Stiftungen vorzugehen. Erst vor wenigen Wochen hatte die regierungstreue türkische Presse der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung vorgeworfen, die Gezi-Proteste finanziert zu haben.

JUNGLE.WORLD6. DEZEMBER 2018

Es ist genau 20 Jahre her, dass die erste rot-grüne Bundesregierung vereidigt wurde. Anfang November versammelte sich nun die Parteiprominenz von SPD und Grünen in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung, um gemeinsam auf »Das rot-grüne Projekt« zurückzublicken. Gerhard Schröder und Jürgen Trittin, damals Bundeskanzler und Umweltminister, fachsimpelten über die Transformation der Gesellschaft in den letzten zwei Dekaden.

VORWÄRTS12. DEZEMBER 2018

Trotz diverser Probleme hält eine große Mehrheit der Deutschen die Europäische Union für wichtig – sieht aber großen Reformbedarf. Das geht aus einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervor. Besonders im sozialen Bereich muss sich aus Sicht der Deutschen eine Menge ändern.

LAUSITZER RUNDSCHAU20. DEZEMBER 2018

Schüler der Grund- und Oberschule Calau präsentieren mit der Friedrich-Ebert-Stiftung im Foyer ihrer Schule Schautafeln zum Umgang mit Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie. Die Wanderausstellung zeigt deutlich die Gefahren, die von rechtspopulistischen Parteien ausgehen können.



ARBEITSBEREICHE

49

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

- 50 Politische Akademie
- 52 Politischer Dialog
- 52 Wirtschafts- und Sozialpolitik
- 53 Zentrale Aufgaben / Managerkreis

INTERNATIONALE ARBEIT

- 54 Internationaler Dialog
- 55 Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
- 56 Die Auslandsbüros
der Friedrich-Ebert-Stiftung

WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT, BERATUNG UND BEGABTEN- FÖRDERUNG

- 58 Studienförderung
- 59 Archiv der sozialen
Demokratie
- 60 Bibliothek

PREISE DER FRIEDRICH- EBERT-STIFTUNG

- 61 Der politische Film
- 61 Hans-Matthöfer-Preis
für Wirtschaftspublizistik
- 61 Das politische Buch

UNSELBSTSTÄNDIGE STIFTUNGEN UND SONDERVERMÖGEN

- 62 Erich-Brost-Sondervermögen
- 62 Franziska-und-Otto-
Bennemann-Stiftung
- 62 Hans-und-Traute-
Matthöfer-Stiftung

Politische Bildung und Beratung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet im Inland politische Bildung und Beratung, orientiert am Leitbild der Sozialen Demokratie. Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente, um auch unter schwierigen Bedingungen demokratische Mitgestaltung und die Identifikation der Bürger_innen mit dem Gemeinwesen zu ermöglichen.

Mit ihrer politischen Bildungsarbeit will die FES zur Urteils- und Handlungskompetenz der Bürger_innen beitragen und zum Engagement im politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Ehrenamt motivieren. Zugleich versteht sich die Stiftung als Plattform des gesellschaftspolitischen Dialogs, indem sie öffentliche Debatten fördert und die Politik berät.

Die Angebote sind zielgruppenorientiert, thematisch strukturiert und regional flexibel organisiert. Sie beruhen auf den vier Säulen Politikvermittlung, Lernprojekte, Kompetenztrainings und Politikberatung. Besonderes Augenmerk liegt auf der Erreichung politikferner Zielgruppen durch Ansätze aufsuchender Bildungsarbeit. Auch in der Politikberatung werden zum Beispiel mit der Methode des »Design thinking« innovative Formate erprobt. Darüber hinaus beinhaltet das beteiligungsorientierte Bildungsprogramm der FES neben klassischen Veranstaltungen auch zunehmend digitale Formate wie Webinare, Live-Debatten, Messenger-Spiele, Blogs sowie Lern- und Kommunikationsplattformen.

Politische Akademie

2018 organisierte die Politische Akademie 1.397 Veranstaltungen mit knapp 49.000 Teilnehmenden. Zu den Ausstellungen kamen insgesamt mehr als 31.000 Besucher_innen.

Die Politische Akademie (PA) stärkt die Soziale Demokratie durch politische Bildung und Beratung entlang der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Damit sollen gleiche politische und soziale Teilhabechancen für alle eröffnet werden.

Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in Bildungs- und Beratungsprojekte in Bonn mit bundesweiter Ausrichtung sowie Landes- und Regionalbüros für die westlichen und südlichen Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern.

Im Dialog mit Politik und Wissenschaft entwickeln Bürger_innen Vorschläge und Konzepte zu Fragen der Partizipation, Kommunalpolitik und der Sozial- und Bildungspolitik. In Fachgesprächen erörtern Expert_innen und Praktiker_innen etwa Entwicklungen der Medien- und Netzpolitik auf kommunaler, regionaler und Bundesebene.

So trägt die PA zur Urteils- und Handlungskompetenz der Bürger_innen bei, motiviert und befähigt zum Engagement und leistet Beiträge zur Politikberatung für Personen in politischen Führungspositionen und Mandaten.

Die Bildungsangebote der Abteilung thematisieren unter anderem Grundwerte, Programmatik und Geschichte der Sozialen Demokratie; digitale Gesellschaft, Medien- und Netzpolitik; journalistische Aus- und Weiterbildung; politisches Engagement in Parteien, Gewerkschaften und in der Zivilgesellschaft, Jugend und Politik sowie Kommunalpolitik.



Klimapolitik der nächsten Generation

Ergebnisse einer Ideenwerkstatt als Jugendbeteiligungsprojekt zur COP23

Kerstin Ott (Hrsg.)



Engagement im digitalen Zeitalter

Trends, Chancen und Herausforderungen

Katrin Matuschek, Valerie Lange

Zielgruppen der politischen Bildungsarbeit

- Bürger_innen, die politische Information und Orientierung suchen
- Jugend und politischer Nachwuchs
- Engagierte in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen
- Multiplikator_innen mit Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten
- Aktive in der Zivilgesellschaft
- Multiplikator_innen in Parteien und Parlamenten
- Vertreter_innen aus Medien, Kultur und Kreativwirtschaft



Ein breit gefächertes Bildungsangebot bietet die PA speziell für Arbeitnehmer_innen in Nordrhein-Westfalen, die ihr Recht auf Bildungsurlaub wahrnehmen möchten.

Im Jahr 2018 veröffentlichte die Abteilung zahlreiche Publikationen, darunter »Engagement im digitalen Zeitalter – Trends, Chancen und Herausforderungen«, und organisierte Ausstellungen, etwa zu »Bezahlbarer Wohnraum – aber wie?«, die für Bayern entwickelt wurde, aber auch in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gezeigt werden wird.

Politischer Dialog

Mit über 1.124 Veranstaltungen erreichte die Abteilung Politischer Dialog 2018 rund 40.000 Bürger_innen; knapp 25.000 Gäste besuchten außerdem die Ausstellungen.

Die Abteilung Politischer Dialog (PD) bietet politische Bildungs- und Beratungsarbeit in den Bundesländern Norddeutschlands (Hamburg und Niedersachsen) und Ostdeutschlands (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) sowie zu ausgewählten bundespolitischen Themen in Berlin an.

Mit ihren Angeboten will sie Bürger_innen, insbesondere Jugendliche, für demokratische Politik interessieren, für ein gesellschaftspolitisches Engagement sowohl motivieren als auch befähigen und den Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit fördern.

Mit ihrer Politikberatung in Bund und Ländern leistet sie einen Beitrag zur Stärkung der Urteils- und Handlungskompetenz politischer Partner. Im Mittelpunkt stehen dabei Beiträge zur Überwindung von Politik- und Demokratieverdrossenheit, die Förderung politischer Partizipation insbesondere junger Menschen, Herausforderungen der

Migrationspolitik sowie die Auseinandersetzung mit Rechts-extremismus und -populismus.

Die Landes- und Regionalbüros greifen bundes-, landes-, kommunal- und europapolitische Themen auf, die sie dezentral auch im ländlichen Raum für ein breites Publikum aufbereiten.

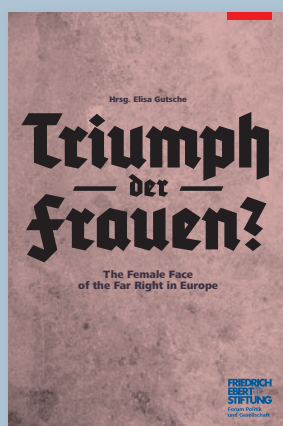
Die Berliner Referate »Forum Politik und Gesellschaft« sowie »Forum Berlin« konzentrieren sich auf ausgewählte bundespolitische Fragen, zu denen sie überwiegend politikberatend tätig sind. Etliche Angebote in Berlin und in den Bundesländern begleiteten den 100. Jahrestag des Frauenwahlrechts, darunter die Festveranstaltung »Aufstehen für Frauenrechte« in Berlin mit Bundesjustizministerin Dr. Katharina Barley.

Die Abteilung veröffentlichte im Jahr 2018 zahlreiche Publikationen, darunter »Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe« und »Urbane Sicherheit(en). Thesen zur Verbindung von sozialer und innerer Sicherheit«.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

In zehn öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und mehr als 50 Expert_innen-Seminaren mit insgesamt über 3.000 Teilnehmer_innen wurden Expertisen erarbeitet und vorgestellt.

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik berät Politik und Gesellschaft zu Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung. Sie organisiert Veranstaltungen, in denen Vertreter_innen von Politik und Gesellschaft mit Fachleuten Grundsatzfragen und aktuelle Probleme diskutieren. In drei Publikationsreihen, »WISO Diskurs«, »WISO direkt« und »WISO Argumente«, veröffentlicht die Abteilung umfangreiche Expertisen und kurze hand-



Triumph der Frauen?

The Female Face of the Far Right in Europe

Elisa Gutsche (Hrsg.)



Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie

Transformation by Disaster or by Design?

René Bormann, Philipp Fink, Helmut Holzapfel, Stephan Rammner, Thomas Sauter-Servaes, Heinrich Tiemann, Thomas Waschke, Boris Weirauch

lungsorientierte Analysen für ein Fachpublikum sowie kritische Auseinandersetzungen mit gängigen vermeintlichen Wirtschaftswahrheiten für eine breite Leser_innenschaft.

2018 erschienen mehr als 50 Titel in deutscher und englischer Sprache, die auch über den Newsletter »WISO digital« verbreitet wurden. Die Schwerpunktthemen von WISO sind Arbeit, Soziales, Bildung / Forschung, Räumliche Entwicklung, Finanzen, Wirtschaft und Klima/Energie/ Umwelt. Hinzu kommen die breit verankerten Querschnittsthemen Gewerkschaften, Migration/Integration, Verbraucher_innen, Unternehmen/Mittelstand, Gender/Familie/Jugend/Senior_innen, Demografischer Wandel, Digitalisierung sowie Europäische und Globale Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Themenfelder spiegeln die WISO-relevanten Ausschüsse im Deutschen Bundestag, was eine äußerst enge Verzahnung mit dem legislativ-politischen Prozess ermöglicht.

Die Aktivitäten der Abteilung werden in flexiblen thematischen Arbeitsgruppen oder in etablierten Arbeits- und Gesprächskreisen organisiert. Dazu gehören die Arbeitskreise Arbeit – Betrieb – Politik, Dienstleistungen, Innovative Verkehrspolitik, Stadtentwicklung, Bau und Wohnen, Mittelstand, Nachhaltige Strukturpolitik sowie die Gesprächskreise Verbraucherpolitik, Arbeit und Qualifizierung, Migration und Integration, Sozialpolitik sowie der Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik.

2018 wurde in Berlin zum vierten Mal der Hans-Matt Höfer-Preis für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft.Weiter. Denken« verliehen. Ausgezeichnet wurde der serbisch-US-amerikanische Ökonom Branko Milanović für sein Buch »Die ungleiche Welt – Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht«. Konzipiert wurde der Preis von WISO, vergeben wird er von der Hans-und-Traute-Matt Höfer-Stiftung in der FES.

Zentrale Aufgaben / Managerkreis

Der Managerkreis organisierte insgesamt im Jahr 2018 70 Veranstaltungen, mehr als die Hälfte davon in den Regionen, mit insgesamt 1.700 Teilnehmer_innen.

Der Bereich Zentrale Aufgaben betreut den Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung, ein Forum für den Meinungsaustausch zwischen Entscheidungsträger_innen aus Wirtschaft und Politik. Der Managerkreis hat über 1.000 Mitglieder. Er organisiert Podiumsdiskussionen und Fachgespräche, erarbeitet Positionspapiere und Dokumentationen. Hinzu kommen Hintergrundgespräche, die dem fachlichen Austausch und der Vernetzung der Mitglieder dienen.

Mit seinen Arbeitsgruppen liefert der Managerkreis Vorschläge, wie der Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig gestaltet werden kann. Arbeitsgruppen gibt es zur wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich Arbeitsmarktpolitik und Digitalisierung, zur Finanzpolitik, zur Energie- und Umweltpolitik, zur Mobilitätspolitik sowie zur Gesundheitspolitik.

Mit den Regionalkreisen fördert der Managerkreis den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik auch auf Landesebene. Das Programm wird mit den Landesbüros der FES koordiniert und von diesen unterstützt.

Unter der Überschrift »Digitalisierung und die Zukunft des Finanzsystems« wurde eine Publikationsreihe gestartet, deren erster Beitrag die Blockchain-Technologie als ein eher gesellschaftliches als technisches Phänomen beleuchtet. Darüber hinaus erschien vierteljährlich das »Managerkreis Magazin«.



Alles unter Kontrolle?

Arbeitspolitik und Arbeitsrecht in digitalen Zeiten

Michael Schwemmler, Peter Wedde



FinTechs – Marktwirkungen und Regulierungsbedarf

Karl-Peter Schackmann-Fallis, Mirko Weiß

Internationale Arbeit

Selten waren die Rahmenbedingungen für internationale Arbeit so schwierig wie im Jahr 2018: Die multilaterale Weltordnung steht auf dem Prüfstand, außen- und sicherheitspolitische Fragen rücken ins Zentrum der Debatte, internationale Entwicklungen werden als Bedrohung empfunden. Das gilt für die Stabilität der EU, die Partnerschaft mit den USA, das Verhältnis zu Russland, den Krieg in Syrien, aber auch für die Dauerkrisen in der Ukraine und in den Konfliktregionen Afrikas

Die Europäische Union befasst sich mit dem Austritt Großbritanniens, der Stabilisierung des Euro-Raums und den Werteverletzungen einiger Mitgliedsstaaten in Sachen Rechtsstaatlichkeit. Die enormen internen Schwierigkeiten sowie die äußere Bedrohungslage für Europa führten zu wachsender Akzeptanz des europäischen Einigungsprojekts innerhalb der Bevölkerungen Europas. Dies gilt es, in gute Ergebnisse bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zu überführen, um populistischen Kräften nicht das Feld zu überlassen.

Wie schwierig, aber auch wie notwendig die multilaterale Kooperation ist, zeigten der Klimagipfel in Polen und die Verhandlungen über einen weltweiten Pakt über Migration, die beide von der FES mit Ideen begleitet wurden, wie Konflikte im Dialog zu lösen sind, wie Fluchtursachen durch Entwicklungsperspektiven eingedämmt werden und wie die weltweite Migration sinnvoll geleitet werden kann.

Im Rahmen der Ausgestaltung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung arbeitet die FES bereits an Konzepten zur Reduzierung von Ungleichheit, zu alternativen Konsum- und Produktionsweisen, zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Geschlechtergerechtigkeit. Einen besonderen Stellenwert für die FES nimmt dabei das Thema »Gute Arbeit weltweit« ein.

Gemeinsam mit nationalen und internationalen Gewerkschaften setzt sich die FES für gerechte Arbeitsbedingungen,

Unternehmensverantwortung und Gewerkschaftsrechte ein. Unsere wichtigsten Formate dafür sind die Gerechtigkeitswoche, die Tiergartenkonferenz für progressive Außen- und Sicherheitspolitik sowie das *ipg-journal* (Internationale Politik und Gesellschaft) als innovative Debattenplattform für internationale und europäische Politik.

Internationaler Dialog

In der Abteilung Internationaler Dialog organisieren die drei Referate Westeuropa/Nordamerika, Mittel- und Osteuropa sowie Internationale Politikanalyse mit ihren Büros in 38 Ländern den internationalen Dialog und Erfahrungsaustausch mit Partnerorganisationen der Sozialen Demokratie, der Zivilgesellschaften und weiteren Multiplikator_innen in den Ländern der nördlichen Hemisphäre.

In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für diese Arbeit dramatisch verändert. Erstmals will mit Großbritannien ein Mitgliedsland die Europäische Union verlassen, driften Mitgliedstaaten aufgrund unterschiedlicher Auffassungen zu Solidarität, Migration oder Rechtsstaatlichkeit auseinander. Die transatlantische Zusammenarbeit als tragende Säule des Multilateralismus gerät ins Stocken, Handelskriege sind nicht ausgeschlossen und die NATO als erfolgreiches Sicherheitsbündnis wird infrage gestellt.



Was Italien sich von Deutschland wünscht

Ein wagemutiges Deutschland für ein wagemutiges Europa

Simone Romano



Das andere Demokratiedefizit

Wie die EU Demokratie in ihren Mitgliedstaaten schützen kann

Expertengruppe der Friedrich-Ebert-Stiftung

Selbstverständlich stellt sich die FES diesen neuen Herausforderungen und Themen. Dazu bringt sie wichtige Multiplikator_innen an den Gesprächstisch, erarbeitet Konzepte und Empfehlungen, erklärt und vertritt Standpunkte und bezieht dabei neben der Politik auch die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und die Medien ein.

Thematisch konzentrierten sich die Anstrengungen auf fünf Komplexe: die Weiterentwicklung der Europäischen Union, die Zukunft der (Sozialen) Demokratie, die Stabilisierung unserer multilateral ausgerichteten Außen- und Sicherheitspolitik, Flucht, Migration, Integration sowie die Zukunft der Arbeit und die Rolle von Gewerkschaften.

Neben den bekannten Instrumenten wie Seminaren, Workshops und Konferenzen nutzt die Stiftung verstärkt kleinere Formate wie Briefings und bilaterale Gespräche, um Multiplikator_innen detailliert und direkt zu bedienen. Sehr erfolgreich sind aber auch die *ipg-online*-Portale, mit denen die Stiftung in drei Sprachen (Deutsch, Englisch und Russisch) monatlich mehrere Hunderttausend Menschen erreicht und zur Debatte einlädt.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Angesichts neuer globaler Herausforderungen sind die Gestaltungsanforderungen an die deutsche und internationale Politik gewachsen. Für die Soziale Demokratie sind dabei Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit leitende Prinzipien auch in der internationalen Politik. Auf der Basis der Grundwerte gilt es zu überprüfen, mit welchen Mitteln und Strategien die Ziele Sozialer Demokratie unter den Bedingungen der Globalisierung erreicht werden können.

Die beiden internationalen Abteilungen der FES waren im Jahr 2018 mit 107 Büros in 101 Ländern vertreten – in Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika, Nordamerika, dem Nahen Osten sowie an den UN-Standorten New York und Genf.

Die IEZ war im Jahr 2018 in 63 Ländern mit Büros in Afrika, Lateinamerika, Asien, dem Nahen und Mittleren Osten sowie an den UN-Standorten in New York und

Genf vertreten. Zusätzlich wurden in 14 Ländern Programme durchgeführt. Neben den landesspezifischen Projektansätzen widmete sie sich in regionalen und kontinentübergreifenden Projekten breiteren Fragestellungen. Dazu gehören das Globalisierungsprojekt, das internationale Gewerkschaftsprojekt sowie das Schwerpunktprogramm »Sozial-ökologische Transformation«.

Eine besonders wichtige Rolle nimmt die Kooperation mit den Gewerkschaftsbewegungen ein, ohne die etwa die Um- und Durchsetzung des Grundwerts soziale Gerechtigkeit nicht gelingen kann. Mit der Genderstrategie legte die IEZ im Sommer 2018 eine verbindliche Arbeitsgrundlage zur inhaltlichen und strukturellen Umsetzung von Gender Mainstreaming in der internationalen Arbeit vor.

Derzeit laufen vier abteilungsweite Projekte: Das Projekt »The Future is Feminist« bietet feministischen Akteur_innen eine neue Plattform des Austauschs und der Strategiebildung insbesondere im Hinblick auf das Themenfeld »Arbeit der Zukunft«. In der zweiten Projektphase »Gewerkschaften im Wandel« werden die in der ersten Phase entwickelten Best-Practice-Beispiele zur Ausübung gewerkschaftlicher Macht in Handlungsstrategien übersetzt. Politische wie rechtliche Möglichkeiten zur Verankerung und Überprüfung von Nachhaltigkeitskapiteln in internationalen Handelsverträgen entwickelt das Projekt zu Handelsabkommen. Durch politökonomische Analysen des Sicherheitssektors soll in einem weiteren Projekt der politische Arbeitsansatz der FES im Bereich Frieden und Sicherheit gestärkt werden.



Fair Play im Welthandel

Für eine sozialdemokratische Neuausrichtung der Handelspolitik

Thorsten Schäfer-Gümbel
mit Bernd Lange MdEP



Prospective Migration Policy

Scenario Building on Relations Between West Africa and Europe

Bilingual Edition:
English – French

Markus Böckenförde,
Elisabeth Braune (Hrsg.)

DIE AUSLANDSBÜROS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Nordamerika

- 1 Ottawa
- 2 New York (UN)
- 3 Washington D. C.

Lateinamerika

- 4 Mexiko-Stadt
- 5 Guatemala-Stadt
- 6 San Salvador
- 7 Tegucigalpa
- 8 Managua
- 9 Santo Domingo
- 10 San José
- 11 Panama-Stadt
- 12 Caracas
- 13 Bogotá
- 14 Quito
- 15 Lima
- 16 La Paz
- 17 São Paulo
- 18 Santiago de Chile
- 19 Buenos Aires
- 20 Montevideo

Europa

- 21 Lissabon
- 22 Madrid
- 23 London
- 24 Paris
- 25 Brüssel (EU)
- 26 Genf (UN)
- 27 Rom
- 28 Prag
- 29 Bratislava
- 30 Wien (OSZE)
- 31 Zagreb
- 32 Budapest
- 33 Belgrad
- 34 Banja Luka
- 35 Sarajewo
- 36 Pristina
- 37 Tirana
- 38 Skopje
- 39 Athen
- 40 Sofia
- 41 Bukarest
- 42 Chisinau
- 43 Kiew
- 44 Warschau
- 45 Vilnius
- 46 Riga
- 47 Stockholm
- 48 Tallinn
- 49 Moskau
- 50 St. Petersburg
- 51 Nikosia
- 52 Istanbul
- 53 Ankara

Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

- 54 Beirut
- 55 Tel Aviv
- 56 Jerusalem (Ost)
- 57 Amman
- 58 Gaza-Stadt
- 59 Sanaa
- 60 Rabat
- 61 Algier
- 62 Tunis
- 63 Kairo
- 64 Khartum

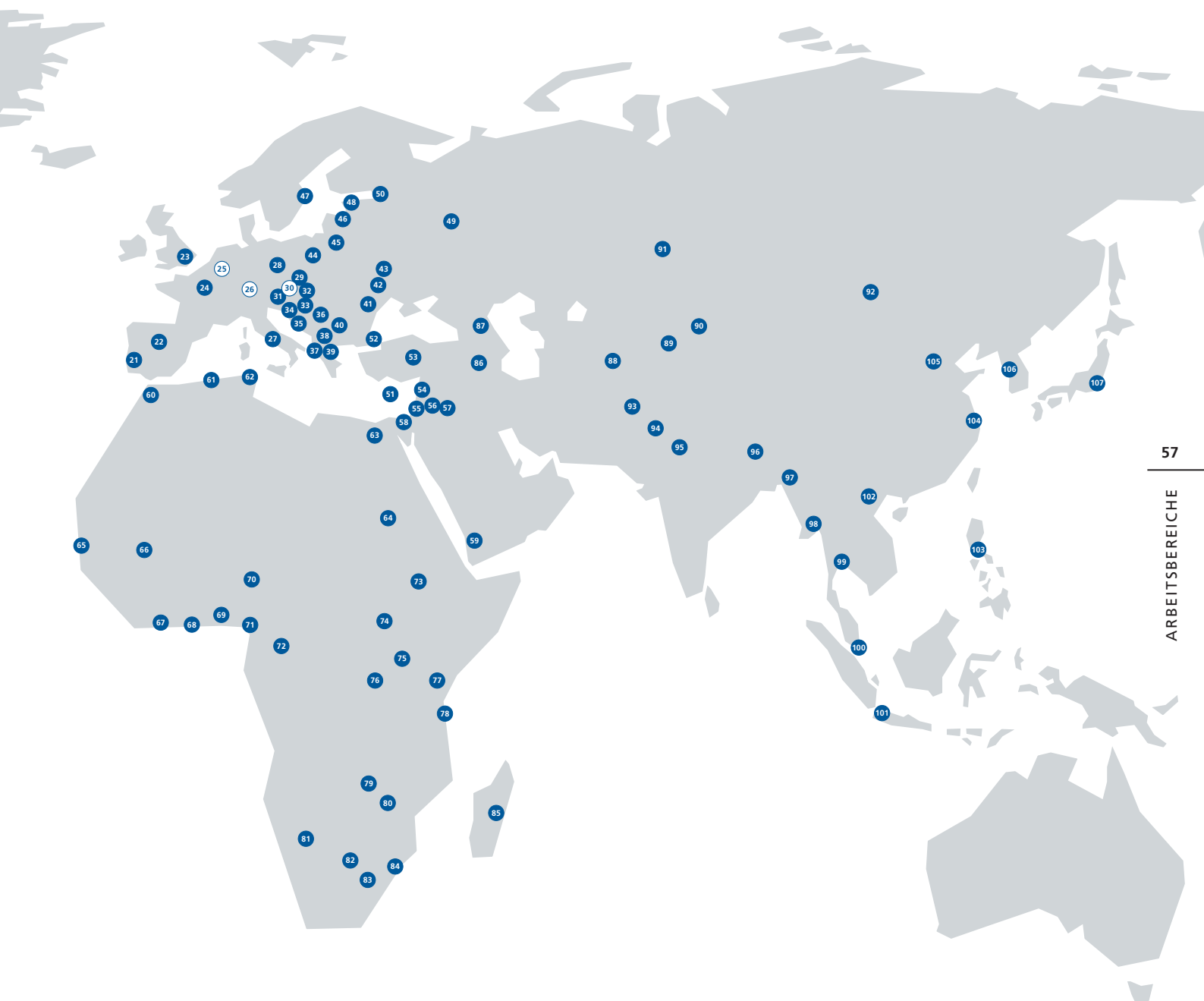
Afrika

- 65 Dakar
- 66 Bamako
- 67 Abidjan
- 68 Accra
- 69 Cotonou
- 70 Abuja
- 71 Lagos
- 72 Jaunde
- 73 Addis Abeba (AU)
- 74 Juba
- 75 Kampala
- 76 Kigali
- 77 Nairobi
- 78 Daressalam
- 79 Lusaka
- 80 Harare
- 81 Windhuk
- 82 Gaborone
- 83 Johannesburg
- 84 Maputo
- 85 Antananarivo

Asien

- 86 Eriwan
- 87 Tiflis
- 88 Taschkent
- 89 Bischkek
- 90 Almaty
- 91 Astana
- 92 Ulan Bator
- 93 Kabul
- 94 Islamabad
- 95 New Delhi
- 96 Kathmandu
- 97 Dhaka
- 98 Yangon
- 99 Bangkok
- 100 Singapur
- 101 Jakarta
- 102 Hanoi
- 103 Manila
- 104 Shanghai
- 105 Peking
- 106 Seoul
- 107 Tokio





- Länder-/Regionalbüros
- Verbindungsbüros zu internationalen Organisationen

STAND: MAI 2019

Wissenschaftliche Arbeit, Beratung und Begabtenförderung

Ihre wissenschaftliche Arbeit, Beratung und Begabtenförderung organisiert und trägt die FES durch die Studienförderung, das Archiv der sozialen Demokratie und die Bibliothek. Die Studienförderung unterstützt begabte und engagierte Studierende aus dem In- und Ausland, die sich sozialdemokratischen Werten verbunden fühlen, mit einem Stipendium und sie gestaltet die Debatte zu Bildungs- und Hochschulpolitik. Im Archiv der sozialen Demokratie und der Bibliothek wird das kollektive Gedächtnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften bewahrt und im gesellschaftspolitischen Diskurs öffentlich sichtbar gemacht.

Studienförderung

Die Aufgabe der Studienförderung ist seit über 90 Jahren eine doppelte: Die Stiftung fördert junge Menschen um ihrer selbst willen. Sie fördert Studierende und Promovierende aber auch, weil politisch engagierte junge Menschen für die Zukunft einer (sozialen) Demokratie essenziell sind – ganz gleich, ob sie später in der Politik, in Gewerkschaften, in der Wirtschaft, bei Medien, in Schulen oder in der Wissenschaft tätig sind. Im Studium und danach zeichnen sich FES-Stipendiat_innen durch gesellschaftspolitisches Engagement und überdurchschnittliche Leistungen aus. Um in einer komplexen Welt wirksam zu arbeiten, muss man über Grenzen denken und handeln können; daher unterstützt die Studienförderung ihre Stipendiat_innen bei deren Bemühungen um Auslands(studien)aufenthalte.

Bildung ist grundlegend für Chancengleichheit, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Daher berücksichtigen wir bei der Auswahl besonders Erstakademiker_innen, Frauen, FH-Studierende, Studierende der MINT-Fächer und Studierende mit Migrationshintergrund. So lag in der Grundförderung durch das Bundesbildungsministerium (BMBF) der Anteil an Erstakademiker_innen unter den Neuaufnahmen bei 50 Prozent; rund 30 Prozent haben Migrationshintergrund.

Solidaritätsfonds

1971 wurde der Solidaritätsfonds auf Anregung deutscher und internationaler Stipendiat_innen sowie Ehemaliger gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, in Not und Verfolgung geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen.

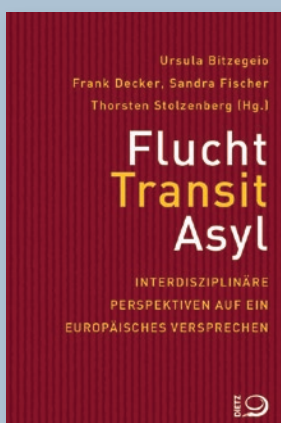
Spenden für den Fonds unter dem Stichwort:

»Solidaritätsfonds der FES«

IBAN DE52 1007 0000 0938 4744 00 | BIC DEUTDE33XXX

2018 wurden 575 Stipendiat_innen aufgenommen und insgesamt 2.876 Stipendiat_innen gefördert, davon 286 ausländische Studierende. Der Frauenanteil lag bei 50 Prozent. Mehr als 50 Prozent der FES-Stipendiat_innen in der BMBF-Förderung sind parteipolitisch aktiv. Die Durchschnittsnote der Absolvent_innen in der BMBF-Grundförderung ist mit 1,3 außergewöhnlich gut.

Die 60 Mitarbeiter_innen der Studienförderung verstehen sich als Begleiter_innen der aktuellen und ehemaligen Stipendiat_innen, die sie bei der Entwicklung persönlicher Urteils- und Handlungskompetenzen unterstützen. Das auf die Zielgruppe zugeschnittene Bildungsangebot beinhaltet die Qualifizierung für Ehrenamtliche und trägt somit zur Stärkung ihres politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen



Flucht, Transit, Asyl

Interdisziplinäre Perspektiven auf ein europäisches Versprechen

Ursula Bitzegeio, Frank Decker, Sandra Fischer, Thorsten Stolzenberg (Hrsg.)



Privatschulen in Deutschland

Trends und Leistungsvergleiche

Netzwerk Bildung

Engagements bei. Beteiligungsorientierte und interdisziplinäre Angebote zu gesellschaftspolitischen Themen erweitern fachliche und politische Kenntnisse. Themen der Sozialen Demokratie werden in über 30 Arbeitskreisen vertieft. Auch nach dem Stipendium ermutigt die Stiftung viele der rund 22.000 Ehemaligen, sich weiter gesellschaftspolitisch einzubringen und das Netzwerk der Sozialen Demokratie mitzugestalten.

Der Arbeitsbereich Bildungs- und Hochschulpolitik befasst sich mit der systematischen Analyse, Beratung und Vernetzung von Akteur_innen der Landes- und Bundespolitik, Ministerien, Wissenschaft und Schulpraxis. Mit den Themen Privatschulen, Integration durch Bildung sowie politische Bildung in der Schule wurden aktuelle Trends aufgegriffen und begleitet. Hochkarätige Veranstaltungen zu Hochschule und Wissenschaft ermöglichen eine vertiefte Fachdebatte, bei der auch mehrfach Stipendiat_innen und Vertrauensdozent_innen der FES eingebunden wurden. Thematisch stand neben der Digitalisierung in der Wissenschaft die Reform des BAföG im Vordergrund sowie eine Neuordnung der Aus- und Weiterbildungsfinanzierung.

Archiv der sozialen Demokratie

Das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) sichert und erhält, erschließt und bearbeitet das ungedruckte Gedächtnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, von einzelnen Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung und Organisationen aus dem Umfeld. Aus dieser Aufgabenstellung erwachsen Aufgaben zur Pflege und zum Erhalt des kollektiven Gedächtnisses, die auch 2018 durch facettenreiche Tätigkeiten in eine erkenntnisreiche Beziehung zu den strategischen Zielen der Stiftung gesetzt werden konnten.

Das Projekt »Archivkonzept 2025« wurde 2015 mit dem Ziel initiiert, die Magazinkapazitäten zu sichern. 2018 wurde die erste Projektphase erfolgreich abgeschlossen. Unterlagen im Umfang von knapp 4,5 km wurden bewertet und für die Nutzung im Lesesaal erschlossen. Neben der Bearbeitung vorhandener Unterlagen stehen die Steuerung des Zugangs von Archivgut ins AdsD durch den Bau eines Zwischenarchivs und die Übernahme von digitalen Unterlagen im Mittelpunkt des Projekts.

Die Vielfalt und der inhaltliche Reichtum der Bestände des Archivs werden anwendungsorientiert nutzbar gemacht und für Aktivitäten der historisch-politischen Bildung verwendet. So lassen sich heutige gesellschaftliche Problemstellungen mit der notwendigen geschichtlichen Tiefenschärfe diskutieren.

Mit seiner Arbeit erreichte das Archiv Bürger_innen, Medienvertreter_innen und Forscher_innen verschiedener Fachrichtungen. Die Angebote reichten von der Auswertung von Archivgut für die wissenschaftliche, publizistische und mediale Nutzung über Beratung und Forschung bis hin zur zielgruppenadäquaten Vermittlung wissenschaftlicher Kenntnisse in der historisch-politischen Bildungsarbeit.

Die Einbindung in Netzwerke der universitären, politischen und gewerkschaftlichen Bildung wie auch die fachliche Beratung anderer Abteilungen der Stiftung sind wichtige Grundlagen der archivischen und geschichtswissenschaftlichen Arbeit. Die Kombination aus Archivwissen und Public History bietet eine exzellente Grundlage für Demokratieförderung aus historischer Perspektive.

Das Museum Karl-Marx-Haus in Trier konnte in diesem Jahr mit einer neuen Dauerausstellung pünktlich zum 200. Geburtstag des Universalgelehrten neu eröffnet werden. Informationen dazu und rund um das Jubiläum finden sich zu Beginn dieses Jahresberichts.



Ein Bild von Karl Marx ... entwerfen

Kunst_historische Perspektiven

Britta Marzi (Hrsg.)



Repräsentationen der Arbeit

Bilder – Erzählungen – Darstellungen

Knud Andresen,
Michaela Kuhnhenne,
Jürgen Mittag,
Stefan Müller (Hrsg.)

Bibliothek

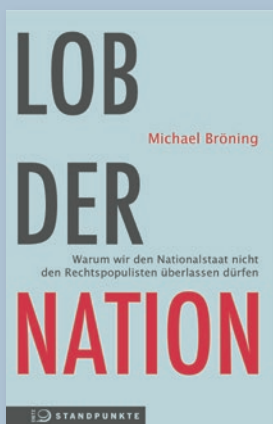
Mit den Schwerpunkten Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie ist die Bibliothek der FES eine der bedeutendsten Forschungsbibliotheken im europäischen Raum. Sie eröffnet den weltweiten Zugang zu forschungsrelevanten Dokumenten und spielt international eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung und Vermittlung wissenschaftlicher Informationen.

Mit ihrer sozialhistorisch und wissenschaftlich relevanten Sammlung sowie ihren umfassenden Serviceangeboten ist die Bibliothek Partnerin von Politik und Wissenschaft und trägt zur Sichtbarkeit der FES als Denkfabrik bei. Sie bewahrt das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie und sichert die Deutungshoheit über die sozialdemokratische Geschichtsschreibung.

Mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung ihrer Dienstleistungen fördert die Bibliothek der FES die weltweite Nutzung und Vernetzung ihrer Angebote. Sie baut Benut-

Mit Abschluss der Folgearbeiten zur Retrodigitalisierung des SPD-Zentralorgans »Vorwärts« wurde das Portal »Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie« vervollständigt. Das Portal ermöglicht den vollständigen Zugriff auf bedeutende sozialdemokratische Zeitungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Verfügbar sind neben dem »Vorwärts« (für die Jahre 1876–1878 und 1891–1933) nun auch die »Freiheit« (USPD-Zeitung der Jahre 1918 bis 1922), der »Sozialdemokrat« (1879–1890), der »Neue Vorwärts« (1933–1940) und weitere Titel. Insgesamt wurden 250.000 Zeitungsseiten gescannt, elektronisch ausgelesen und in der Datenbank verarbeitet.

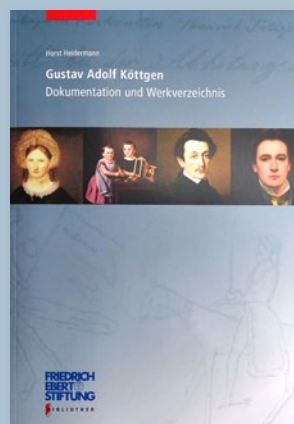
zungsservices und Informationsangebote systematisch aus. Sie kooperiert mit Organisationen, die der FES nahestehen, sowie mit anderen Bibliotheken und mit Bibliotheksverbünden. Die Optimierung der virtuellen Präsenz und der weitere Ausbau der digitalen Sammlungen sind die Basis ihres Selbstverständnisses als bedeutende Spezialbibliothek.



Lob der Nation

Warum wir den Nationalstaat nicht den Rechtspopulisten überlassen dürfen

Michael Bröning



Gustav Adolf Köttgen

Dokumentation und Werkverzeichnis

Horst Heidermann (Hrsg.)

Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der politische Film

Am 5. Oktober 2018 wurde im Rahmen des Filmfests Hamburg zum sechsten Mal der Preis »Der politische Film der Friedrich-Ebert-Stiftung« verliehen. Er ging an den Dokumentarfilm »On Her Shoulders« der US-amerikanischen Filmemacherin Alexandria Bombach. Der Film begleitet die später auch mit dem Friedensnobelpreis 2018 ausgezeichnete irakische Jesidin Nadia Murad bei ihrem Einsatz für Frauenrechte und die Verfolgung der Kriegsverbrechen des »Islamischen Staats«. Murad selbst geriet in Gefangenschaft und wurde schwer misshandelt, bevor ihr die Flucht gelang. Der Film schlachtet das erlebte Grauen aber nicht aus, sondern begleitet Murad dabei, wie sie in der Gegenwart gegen das Vergessen anrennt und anredet und somit eine große Verantwortung auf ihren Schultern trägt – »On her Shoulders«.

www.fes.de/julius-leber-forum/themen/der-politische-film/der-politische-film-2017

Das politische Buch

Für sein Buch »Das Kapital sind wir. Zur Kritik der digitalen Ökonomie« erhielt der gelernte Diplom-Physiker und heutige Hochschullehrer im Bereich Online-Medien Timo Daum im Mai 2018 den Preis »Das politische Buch« der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Jury würdigte das Buch als herausragende Analyse der fundamentalen Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Digitalisierung und als eindrucks-

vollen Appell, den demokratischen Gestaltungsanspruch zu verteidigen. Der Gefahr einer Machtkonzentration bei einigen wenigen Unternehmen stellt Daum mutige Ideen gegenüber, wie Technologien und Daten gemeinwohlorientiert für eine selbstbestimmte Gesellschaft genutzt werden können. Seine Analysen und Thesen diskutierte der Autor im Rahmen der Preisverleihung mit der Laudatorin, Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley.

www.fes.de/preis-das-politische-buch/preisbuecher

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Der Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft.Weiter.Denken.« des Jahres 2018 ging an den serbisch-US-amerikanischen Ökonomen Branko Milanović. Die Jury ehrte damit sein Buch »Die ungleiche Welt – Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht«. Darin analysiert der Autor den Zusammenhang zwischen globaler Ungleichheit und Migration.

Branko Milanović zeigt in seinem Buch eindrücklich, dass in den entwickelten Ländern in den vergangenen Jahrzehnten besonders die obersten Einkommensgruppen vom steigenden Wohlstand profitiert haben, die Mittel- und Unterschicht hingegen kaum. Er warnt: Diese wachsende Ungleichheit befördere den Rechtspopulismus und gefährde letztlich die Demokratie.

www.fes.de/abteilung-wirtschafts-und-sozialpolitik/hans-matthoefer-preis-fuer-wirtschaftspublizistik



Preisverleihung »Das Politische Buch«, Berlin, 16. Mai 2018 – Kurt Beck, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, gratuliert dem Preisträger Timo Daum. (Foto: Reiner Zensen)



Am 19. März 2019 nahm Branko Milanović den »Hans Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik« für sein Buch »Die ungleiche Welt« in Berlin entgegen. (Foto: Maren Strehlau)

Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen

Erich-Brost-Sondervermögen

Der aus Ostpreußen stammende Journalist Erich Brost (1903–1995) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat. 1948 gründete er mit dem Journalisten Jakob Funke die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ). Bis 1970 war Erich Brost Chefredakteur und danach bis zu seinem Tod der Herausgeber der WAZ. Die 1994 gegründete Erich-Brost-Stiftung wurde 2006 als »Sondervermögen Erich Brost« in das Vermögen der Friedrich-Ebert-Stiftung übertragen und fördert im Sinne Erich Brosts Aktivitäten, die sich folgenden Themen widmen: Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn, vor allem mit Polen; Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses; Aufarbeitung der Erfahrungen mit den beiden Diktaturen in Deutschland; bürgerschaftliches Engagement; Bildungspolitik; Inklusion.

So wurde im Jahr 2018 unter anderem das „29. Bautzen-Forum“ unterstützt, das zur Aufarbeitung der SED-Diktatur dient. Ebenso wurde der deutsch-polnische Dialog in der Grenzregion zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Region Stettin fortgeführt.

Schüler_innen und Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen erhielten die Gelegenheit, sich intensiv mit den Themen Rechtsextremismus und Europäische Integration auseinanderzusetzen.

In Brüssel wurde ein EU-Hospitanzprogramm für Journalist_innen und im polnischen Starachowice ein Dialog zwischen kommunalpolitischen Mandatsträgern aus Polen und Deutschland unterstützt.

Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung

Otto Bennemann (1903–2003) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat und zuletzt Oberbürgermeister von Braunschweig (bis 1959) sowie 1959–1967 Minister der niedersächsischen Landesregierung. Er war mit der Bundestagsabgeordneten Franziska Bennemann (geb. Stellmacher, 1905–1986) verheiratet. Die 1990 eingerichtete Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung fördert die Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte.

Im Jahr 2018 förderte die Stiftung die Fachtagung »Rechtsruck in Politik und Gesellschaft – was bedeutet das für die Erwerbslosenbewegung?« durch die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen sowie Veranstaltungen und Publikationen des Arbeitskreises »Mittelstand« der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO) der FES mit den Themenschwerpunkten: Gründungspotenziale von Flüchtlingen, neue digitale Geschäftsmodelle – Sharing Economy und Plattformökonomie sowie Fachkräftemangel im Handwerk.

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Hans Matthöfer (1925–2009) war ein führender deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Zwischen 1974 und 1982 war er Minister in mehreren Bundesregierungen, davon vier Jahre Finanzminister unter Helmut Schmidt. Die unselbstständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung (HTMS) in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe von Werken, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Gesellschaft zum Gegenstand haben.

Im Jahr 2018 förderte die Stiftung den »Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik« (Wirtschaft.Weiter.Denken), vergab den Restzuschuss für Druckkosten für die Publikation des Forschungsprojekts der IG Metall: »Die IG Metall und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf« und ermöglichte die gemeinsame mehrjährige Veranstaltungsreihe der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung und der IG Metall bislang zu den Themen Fachkräftesicherung, Demokratie in der Wirtschaft und Modernität der Industrie. Die für das Jahr 2017 geplante Veranstaltung zur »Zukunft der Sozialpartnerschaft« wurde auf 2019 verschoben.



ANHANG

63

- 
- 64 Organisationsplan der
Friedrich-Ebert-Stiftung
 - 66 Jahresabschluss zum 31.12.2017
 - 72 Zum Selbstverständnis
der Politischen Stiftungen
 - 73 Mitglieder des Vorstands
 - 73 Mitglieder des Vereins
 - 74 Mitglieder des Kuratoriums
 - 74 Mitglieder des Auswahl-
ausschusses
 - 75 Vertrauensdozentinnen
und Vertrauensdozenten
 - 83 Anschriften
-
- 86 Impressum

Organisationsplan

STAND: MAI 2019

VORSTAND					
	Vorsitzender MP a.D. Kurt Beck		Stellvertretende Vorsitzende MPin a.D. Hannelore Kraft, Michael Sommer		Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Dr. Roland Schmidt
	POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG				
Kommunikation und Grundsatzfragen ¹	Politische Akademie		Politischer Dialog		Wirtschafts- und Sozialpolitik
Adrienne Woltersdorf	Dr. Sabine Fandrych		Dr. Manuela Erhart		Dr. Andrä Gärber
Pressestelle (Berlin) Peter Donaiski	Akademie für Soziale Demokratie Jochen Dahm	Landes-/ Regionalbüros	Forum Politik und Gesellschaft Dr. Stefanie Elies	Landes-/ Regionalbüros	Arbeit, Qualifizierung und Bildung Andreas Wille
Strategische Kommunikation Sarah Tangen	Akademie Management und Politik Katrin Matuschek	Baden-Württemberg Fritz-Erler-Forum (Stuttgart) Anja Dargatz	Familien- und Geschlechterpolitik, Jugendpolitik und Antidiskriminierung, Forum Demokratie	Brandenburg (Potsdam) Eugen Meckel	Soziales, Gesundheit Severin Schmidt
Online-Redaktion Reimar Winkler	Medienpolitik Dr. Johanna Niesyto	Bayern BayernForum (München) Anna-Lena Koschig	Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte Prof. Dr. Thomas Meyer	Bremen, Hamburg Schleswig-Holstein Julius-Leber-Forum (Hamburg) Dr. Dietmar Molthagen	Gewerkschaften Stefanie Moser
Entwicklung Onlinekommunikation Tobias Metz	JournalistenAkademie Carla Schulte-Breidenbach	Regensburg Harald Zintl	Forum Berlin Felix Eikenberg	Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin) Frederic Werner	Klima/Energie/ Umwelt, Digitalisierung Max Ostermayer
Kommunikation »Besseres Morgen« Johannes Damian	OnlineAkademie Tobias Paul	Hessen (Wiesbaden) Dr. Martin Gräfe	Demokratischer Rechtsstaat, Innere Sicherheit, Gegen Rechts-extremismus, BerlinPolitik, Politik in Ostdeutschland, Integration und Teilhabe, Empirische Sozialforschung, Kultur und Politik, Religion und Politik	Niedersachsen (Hannover) Urban Überschar	Migration / Integration; Gender, Familie, Jugend, Senioren Susan Javad
Geschäftsprozessmanagement ¹	Forum Jugend und Politik Ina Koopmann Kerstin Ott	Nordrhein-Westfalen (Bonn/Düsseldorf) Petra Wilke		Sachsen (Leipzig) Matthias Eisel	Verbraucher, Unternehmen / Mittelstand Dr. Robert Philipps
Koordination Gender Dr. Stefanie Elies	Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung Jochen Reeh-Schall	Rheinland-Pfalz/ Saarland (Mainz) Brigitte Juchems		(Außenstelle Dresden) Christoph Wielepp	Räumliche Entwicklung, Demographischer Wandel René Bormann
Revision / Antikorrup-tionsbeauftragte ¹ Birgit K. Schultz	KommunalAkademie Anne Haller			Sachsen-Anhalt (Magdeburg) Dr. Ringo Wagner	Wirtschafts- und Finanzpolitik / Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik Markus Schreyer
Datenschutz ¹ Dr. Georg Wronka, R. A.				Thüringen (Erfurt) Dr. Irina Mohr	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Sina Dürrfeldt
Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen Marion Fiedler					Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung ¹ Marei John Ohnesorg
Betriebsrat					
Gesamtbetriebsrat Jochen Reeh-Schall					
BR Bonn Toni Henseler					
BR Berlin Monika Schneider					

				Mitgliederversammlung des Vereins der Friedrich-Ebert-Stiftung	
				Kuratorium	
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT		WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT, BERATUNG UND BEGABTENFÖRDERUNG		INTERNE DIENSTE	
Internationale Entwicklungs- zusammenarbeit Christiane Kesper	Internationaler Dialog Michael Meier	Studienförderung Pia Bungarten	Archiv der sozialen Demokratie Dr. Anja Kruke	Finanzen und Organisation Dr. Roland Schwartz	Personalabteilung Dr. Beate Bartoldus
Afrika Dr. Manfred Öhm Gewerkschaften: Thomas Greven	Westeuropa / Nordamerika Michèle Auga	Auswahl Martin Weinert	Arbeitsstelle Digitale Transformation Dr. Andreas Marquet	Controlling und Organisation Axel Schmidt	Grundsatzfragen und Personalentwicklung Maria Theodossiou
Asien und Pazifik Marc Saxer Gewerkschaften: Anja Bodenmüller- Raeder	Mittel- und Osteuropa Matthias Jobelius	Beratung und Betreuung Elena Espinosa	Organisationsbestände Michael Oberstadt	Informations- technologien Peter Bujny	Rotation Julia Müller-Edelhoff
Lateinamerika und Karibik Valeska Hesse Gewerkschaften: Dominique Klawonn	Internationale Politikanalyse Dr. Michael Bröning	Promotionsförderung Dr. Ursula Bitzegeio	Personenbestände und Sammlungen Harry Scholz	IT-Basisdienste: Peter Bujny	Abrechnung Inland Sener Dogan
	Redaktionsleitung Internationale Politik und Gesellschaft / IPG-Journal Claudia Detsch Joanna Itzek	Ausländische Stipendiat_innen Kathrein Hölscher	Public History Dr. Meik Woyke	IT-Prozess- unterstützung: Volker Schäfer	Abrechnung Ausland Julia Büllesfeld Katharina Kuhlmann Michael Kramer Ariane Rödel Sabina Tariq
Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika Dr. Ralf Hexel Gewerkschaften: Jannis Grimm	Koordinierungs- aufgaben Gewerkschaften: Dr. Marc Meinardus	Ideelle Förderung und stipendiatisches Netzwerk Judith Illerhues	Karl-Marx-Haus Trier Elisabeth Neu	Finanzbuchhaltung Carola Marten-Voigt	Koordination Ausbildung Michael Kramer Bettina Pohl
Globale Politik und Entwicklung Jochen Steinhilber Globalisierung: Elisabeth Bollrich Frieden und Sicherheit: Konstantin Bärwaldt Klima und Energie: Manuela Mattheß Gender/Soziale Gerechtigkeit: Natalia Figge Menschenrechte: Hubert Schillinger		Ehemalige, Berufsorientierung, journalistische Nachwuchsförderung Katja Meyer	Bibliothek Jacques Paparo Katalog und wissen- schaftliche Dienste: Regine Schoch Periodika/Benutzung: Jacques Paparo	Projektabrechnung Jutta Klemm	
Koordinierungs- aufgaben Gewerkschafts- koordination international: Mirko Herberg		Vertrauensdozen- t_innen Antje Schnadwinkel		Zentrale Dienste Bonn Diana Gohle Hausmanagement, Post- und Versand- dienstleistungen, Hausdruckerei, Liegen- schaftsmanagement PA, Trier	
Evaluierung / Qualitätsmanagement Catrina Schläger		Team Kommunikation / Community Portal Ines Herr		Zentrale Dienste Berlin Tino Ernst Hausmanagement, Beschaffung, Bau- und Liegenschafts- management PD	

¹ Direkt dem Geschäftsführer unterstellt

Jahresabschluss

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

AKTIVA

Angaben in Euro

	1.1.2017	Zugänge/ Umbuchungen	Abschrei- bungen/ Abgänge/ Umbuchungen	31.12.2017	31.12.2016
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	630.239,00	702.923,32	273.057,24	1.060.105,08	630.239,00
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke und Bauten	74.448.390,45	655,95	2.422.115,95	72.026.930,45	74.448.390,45
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.896.923,10	1.401.846,91	912.628,91	5.386.141,10	4.896.923,10
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	203.161,29	2.849.576,52	0,00	3.052.737,81	203.161,29
	79.548.474,84	4.252.079,38	3.334.744,86	80.465.809,36	79.548.474,84
II. Finanzanlagen	38.658.669,64	455.160,09	0,00	39.113.829,73	38.658.669,64
	118.837.383,48	5.410.162,79	3.607.802,10	120.639.744,17	118.837.383,48
B. Zweckgebundenes Vermögen				8.561.514,42	8.523.706,10
C. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1.953.634,89	1.311.942,59
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				6.221.772,00	8.131.851,46
				8.175.406,89	9.443.794,05
D. Rechnungsabgrenzungsposten				126.119,77	15.052,25
				137.502.785,25	136.819.935,88

Die Bezeichnung der Davon-Vermerke bei der zweckgebundenen Rücklage erfolgte im Berichtsjahr mit den neuen gesetzlichen Normen der Abgabenordnung. Anpassungen der Vorjahresbeträge ergaben sich nicht.

PASSIVA

Angaben in Euro

	1.1.2017	Einstellungen/ Zugänge	Entnahmen/ Auflösungen	31.12.2017	31.12.2016
A. Rücklage					
Zweckgebundene Rücklage	60.906.149,22	3.945.736,94	5.405.203,94	59.446.682,22	60.906.149,22
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO EUR 8.289.198,15 (i. Vj. EUR 11.090.372,12)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO EUR 37.584.404,43 (i. Vj. EUR 33.840.256,90)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 3 AO EUR 13.573.079,64 (i. Vj. EUR 13.371.490,23)					
B. Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	630.239,00	619.732,74	189.866,66	1.060.105,08	630.239,00
II. Grundstücke und Bauten	51.092.315,07	655,95	1.899.815,49	49.193.155,53	51.092.315,07
III. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.863.752,34	1.270.154,14	705.364,64	4.428.541,84	3.863.752,34
IV. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	203.161,29	2.849.576,52	0,00	3.052.737,81	203.161,29
	55.789.467,70	4.740.119,35	2.795.046,79	57.734.540,26	55.789.467,70
C. Sonderposten zum zweckgebundenen Vermögen				8.561.514,42	8.523.706,10
D. Pensionsrückstellungen				2.393.484,00	2.464.828,00
E. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				3.236.901,21	2.374.751,84
II. Sonstige Verbindlichkeiten				819.451,62	969.542,53
				4.056.352,83	3.344.294,37
F. Rechnungsabgrenzungsposten				5.310.211,52	5.791.490,49
				137.502.785,25	136.819.935,88

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2017

Angaben in Euro

	2017		2016	
1. Projektgebundene Zuwendungen der				
a) Bundesministerien	170.892.301,25		163.258.030,30	
b) Länder und anderer Körperschaften	2.965.875,53		2.891.711,33	
c) Sonstigen Zuwendungsgeber	1.495.449,73	175.353.626,51	1.654.827,32	167.804.568,95
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	245.697,05		273.121,38	
b) Wissenschaftliche Zwecke	100.000,00		100.428,69	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	322.335,09	668.032,14	282.975,16	656.525,23
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen		3.007.820,14		2.914.808,17
4. Teilnahmegebühren		700.113,69		700.925,50
5. Sonstige Erträge		912.223,06		1.074.642,89
		180.641.815,54		173.151.470,74
6. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studierende	27.719.846,19		25.503.710,28	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	22.945.381,35		25.392.586,53	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft*	100.814.091,29		95.990.649,93	
d) Forschungsprojekte	7.150.390,05		7.175.305,07	
e) Förderung von Kunst und Kultur	354.058,94	158.983.767,82	8.892,35	154.071.144,16
7. Abschreibungen		3.606.987,10		3.403.067,48
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen		4.952.892,70		2.041.964,72
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen		15.223.888,96		15.275.079,66
10. Mindereinnahme aus laufendem Betrieb		-2.125.721,04		-1.639.785,28
11. Finanzergebnis		674.658,43		381.118,05
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		-1.451.062,61		-1.258.667,23
13. Außerordentliche Aufwendungen (= außerordentliches Ergebnis)		8.404,39		1.535,31
14. Mindereinnahmen		-1.459.467,00		-1.260.202,54
15. Entnahme aus zweckgebundener Rücklage		1.459.467,00		1.260.202,54
16. Jahresergebnis		0,00		0,00

* zu den Entwicklungsländern

Bescheinigung

An die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Wir haben den vom Vorstand gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung aufgestellten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz sowie Einnahmen- und Ausgabenrechnung – unter Einbeziehung der Buchführung der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften und ihre Auslegung durch die IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Zugrundelegung der Einbeziehung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesent-

lich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den unten angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften.

Abweichend von den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) werden keine sonstigen Rückstellungen angesetzt, ist das Finanzanlagevermögen zu Anschaffungskosten bilanziert, werden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen vorgenommen und werden Periodenabgrenzungen von Einnahmen und Ausgaben mit einer haushaltsrechtlichen Abrechnungsbereichweite nur für das Berichtsjahr vorgenommen. Zudem werden in der Einnahmen- und Ausgabenrechnung außerordentliche Aufwendungen und das Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit ausgewiesen.

Köln, den 21. September 2018

Rödl & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft

gez.
Vogel
Wirtschaftsprüfer

Finsterer
Wirtschaftsprüfer

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2018 (Stand 31.12.2018):

Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr

	31.12.2017	31.12.2018
Mitarbeiter_innen im Inland	557	484*
Mitarbeiter_innen im Ausland	115	111*
Insgesamt	672	595*

* Ab 2018 wird die Anzahl der Beschäftigten in sogenannten Vollzeit-äquivalenten (VZÄ) angegeben. Die Anzahl der VZÄ gibt an, wie viele Vollzeitstellen sich rechnerisch bei einer gemischten Personalbelegung mit Teilzeitbeschäftigten ergeben.

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landesparteiorgane besetzt waren (Stand: 31.12.2018):

Von den elf Mitgliedern des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung sind:

- sechs Mitglieder ohne o. a. Funktionen
- zwei Mitglieder im Deutschen Bundestag
- zwei Mitglieder eines Landesparlaments
- ein Mitglied eines Landesparlaments (zugleich Mitglied einer Landesregierung).

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Friedrich-Ebert-Stiftung: keine(r) in einer der o. a. Führungspositionen

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen. Hiernach üben »der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung [...] in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbaren Funktionen aus«.

Zusätzliche Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Zuwendungen und sonstige Einnahmen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Jahr 2017 größter einzelner Zuwendungsgeber.

81,7 Mio. € wurden für die Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben zugewendet. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom BMZ Sondermittel i. H. v. 7,5 Mio. € für den Internationalen Klima- und Umweltschutz.

Der Gesamtbetrag aller Zuwendungen des BMZ belief sich mithin auf 89,2 Mio. €, wovon 12,4 Mio. € auf Verwaltungskosten entfielen.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur Förderung der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit. Der Zuschuss i. H. v. 34,2 Mio. € wurde für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung im Inland gewährt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sowie für die Archivierung der für die soziale Demokratie zeitgeschichtlich bedeutsamen Personen- und Organisationsbestände. Der Globalzuschuss dient auch der Finanzierung der auf diesen Aufgabenbereich entfallenden Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung förderte mit 21,9 Mio. € die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium sowie die Unterstützung von Promotionsvorhaben. 2,7 Mio. € wurden dabei als Verwaltungs-, Auswahl- und Betreuungskostenpauschale gewährt.

Das Auswärtige Amt förderte mit 3 Mio. € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierten in der Bundesrepublik. 16,7 Mio. € wurden für internationale gesellschaftspolitische Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen.

Überdies gewährte das Auswärtige Amt der Stiftung Sondermittel i. H. v. 2,2 Mio. €, wovon 1,1 Mio. € für die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Teilhabe in der Region Mittlerer Osten/Nordafrika verwendet wurde.

Auf Verwaltungskostenzuschüsse entfielen beim Auswärtigen Amt insgesamt 2,9 Mio. €.

Insgesamt erhöhten sich die Bundes-Zuwendungen inklusive Bestandsvorräte gegenüber 2016 um 7,6 Mio. €, wobei die Mittel des BMZ um 4,0 Mio. €, die AA-Mittel um 2,2 Mio. € und die BMBF-Mittel um 1,5 Mio. € stiegen, während die BMI-Mittel um 0,1 Mio. € sanken.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Durchführung von landesspezifischen Veranstaltungen der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit in Höhe von 3 Mio. €. Mit 1,7 Mio. € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber, u. a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Bei den sonstigen Zuwendungsgebern wurden zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen im Ausland von verschiedenen Organisationen vor Ort insgesamt 156 T€ zugewendet.

Die Eigenbeiträge der Teilnehmer_innen an den Bildungsveranstaltungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 700 T€.

Die Position »Sonstige Erträge« umfasst Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen sowie aus den Kantinenbetrieben in Bonn und in den Bildungsstätten (insgesamt 376 T€), Kostenerstattungen (158 T€), Publikations- und Eintrittserlöse (145 T€) sowie Erträge aus Vermietung und Verpachtung (11 T€).

Ausgaben und Aufwendungen

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position »Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen« entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die unter »Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit« genannten Positionen belaufen sich auf 159 Mio. €. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 35,6 Mio. € und setzte sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 28,2 Mio. €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 7,4 Mio. €.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminarveranstaltungen, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und auf die Erstellung von Publikationen. Die Veranstaltungen fanden in den Zentralen in Bonn und Berlin sowie in angemieteten Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position »Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern« enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Entwicklungsländern, den Ländern Mittel- und Osteuropas und in Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter_innen betrug 18,8 Mio. €.

Die Fachausgaben der Position »Forschungsprojekte« setzten sich zusammen aus 1,1 Mio. € für den Betrieb des Karl-Marx-Hauses in Trier, für Forschungsprojekte, für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn und für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek in Bonn.

Die »Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen« enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

Eigene Einnahmen und Spenden

Von besonderer Bedeutung für die Friedrich-Ebert-Stiftung sind die Erträge aus den unselbstständigen Stiftungen. Diese Vermögen aufgrund von Testamenten oder Schenkungen i. H. v. derzeit 8,6 Mio. € stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender_innen Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für die Spenden, die für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung eingegangen sind. Die Höhe dieser Spenden belief sich auf 668 T€.

Gesamtübersicht aller im Haushalt 2019 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben

STAND: 31. JANUAR 2019

Angaben in Euro

I. Einnahmen	
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
<i>Zuwendungen der Bundesministerien</i>	177.913.253
<i>Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften</i>	3.030.000
<i>Sonstige Zuwendungsgeber</i>	1.242.380
2. Spenden	500.000
3. Teilnehmergebühren	678.000
4. Sonstige Einnahmen	668.000
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
<i>Förderung von Studierenden und Graduierten</i>	28.384.831
<i>Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit (Tagungen und Seminare)</i>	23.976.587
<i>Internationale Zusammenarbeit</i>	108.323.867
<i>Forschungsprojekte</i>	6.817.242
<i>Förderung von Kunst und Kultur; sonstige Projektausgaben</i>	98.000
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen* (nachrichtlich)	37.882.718
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben	
<i>Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten</i>	14.917.445
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	
5. Übrige Ausgaben	
6. Ausgaben für Investitionen	1.513.660
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	0

* Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen ist bereits in den Positionen
1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben) und
3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter_innen beträgt insgesamt:	37.882.718 €
Darin enthalten sind für Löhne und Gehälter:	29.220.936 €
Die sozialen Abgaben betragen:	8.661.781 €

Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Nachfolgend die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien sowie Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbst gesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.

Telefon 0228 883-0

Telefax 0228 883-9207

presse@fes.de

Mitglieder des Vorstands

STAND: APRIL 2019

Vorsitzender

Kurt Beck

Stellvertretende

Vorsitzende

Hannelore Kraft

Michael Sommer

Geschäftsführendes

Vorstandsmitglied

Dr. Roland Schmidt

Mitglieder

Doris Ahnen*

Prof. Dr. Peter Brandt

Dr. Barbara Hendricks

Christina Kampmann

Barbara Ludwig

Dr. Rolf Mützenich*

Matthias Platzeck

Ehrenvorsitzende

Anke Fuchs

Anschrift für Vorstand, Verein und Kuratorium

Postadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Mitglieder des Vereins

STAND: MÄRZ 2019

Doris Ahnen*

Dr. Gerd Andres

Kurt Beck

Uwe Karl Beckmeyer

Dr. Christine Bergmann

Erik Bettermann

Jens Böhrnsen

Klaus Brandner

Prof. Dr. Peter Brandt

Anke Brunn*

Ilse Brusi

Dr. Edelgard Bulmahn

Dr. Jürgen Burckhardt

Hans Martin Bury

Wolf-Michael Catenhusen

Prof. Dr. Herta

Däubler-Gmelin

Heide Dörrhöfer-Tucholski

Malu Dreyer

Garret Duin

Martin Dulig*

Hans Eichel

Dr. Gernot Erler

Petra Ernstberger

Nancy Faeser

Elke Ferner

Anke Fuchs

Sigmar Gabriel

Klara Geywitz

Günter Gloser

Reinhard Grätz

Bettina Hagedorn

Nina Hauer

Dr. Volker Hauff*

Hubertus Heil

Dr. Barbara Hendricks

Reiner Hoffmann

Dr. Eva Högl

Prof. Dr. Uwe Holtz

Berthold Huber

Klaas Hübner

Hedda Jungfer*

Johannes Kahrs

Christina Kampmann

Sabine Kaspereit

Reinhard Klimmt*

Hans-Ulrich Klose

Walter Kolbow

Hannelore Kraft

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Klaus-Dieter Kühbacher

Ute Kumpf

Dr. Gerlinde Kuppe

Prof. Dr. Manfred Lahnstein

Dr. Jürgen Linde

Barbara Ludwig

Christoph Matschie

Dr. Werner Müller

Franz Müntefering

Dr. Rolf Mützenich*

Andrea Nahles

Dietmar Nietan

Thomas Oppermann*

Aydan Özoğuz

Johannes Andreas Pflug

Matthias Platzeck

Konrad Porzner

Joachim Poß

Florian Pronold

Prof. Dr. Christa

Randzio-Plath*

Dr. Hermann Rappe

Walter Riester

Dr. Harald Ringstorff

Dr. Wolfgang Roth*

Prof. Heinz Ruhнау

Dr. Karl-Peter

Schackmann-Fallis*

Axel Schäfer

Thorsten Schäfer-Gümbel*

Rudolf Scharping

Harald Schartau

Günter Schlatter

Dr. Nils Schmid

Renate Schmidt

Dr. Roland Schmidt

Ulla Schmidt

Wilhelm Schmidt

Hubertus Schmoldt

Carsten Schneider

Prof. Dr. Dr. Hans-Peter

Schneider

Dr. Herbert Schnoor

Olaf Scholz

Gerhard Schröder*

Günter Schröder

Prof. Dr. Dr. Richard Schröder

Dieter Schulte

Martin Schulz

Werner Schulz

Dr. Angelica Schwall-Düren

Rolf Schwanitz

Manuela Schwesig

Dr. Carsten Sieling

Heide Simonis

Michael Sommer

Peer Steinbrück

Dr. Frank-Walter

Steinmeier*^o

Manfred Stolpe

Franz Thönnes

Michael Vassiliadis

Ute Vogt

Dr. Klaus von Dohnanyi

Dr. Klaus Wedemeier

Ernst Welteke

Detlef Wetzell

Heidemarie Wiecek-Zeul

Dr. Bettina Wieß*

Klaus Wowereit

Dr. Monika Wulf-Mathies

Prof. Dr. Jürgen Zöllner

Prof. Dr. Christoph Zöpel*

* ehemalige_r Stipendiat_in

^o Dr. Frank-Walter Steinmeier: Mitgliedschaft ruht während Amtszeit als Bundespräsident

Mitglieder des Kuratoriums

STAND: MÄRZ 2019

Vorsitzende

Ingrid Matthäus-Maier

Wolfgang Altenburg

Richard Becker

Prof. Dr. Wilhelm Bender

Klaus Uwe Benneter

Siegfried Bleicher

Ulla Burchardt

Prof. Dr. Friedrich Buttler

Wolf-Michael Catenhusen

Harro Uwe Cloppenburg

Rudolf Dreßler

Prof. Dr. Ursula

Engelen-Kefer

Dr. Erhard Eppler

Ingeborg Friebe

Dr. Florian Gerster

Martin Gerster

Prof. Dr. Helene Harth

Ingrid Häußler

Dr. Peter Heinemann*

Dr. Christine

Hohmann-Dennhardt

Helmut Hubacher

Roland Issen

Gerhard Jochum

Prof. Dr. Dr. Karl Kaiser

Dr. Karl Kauermann

Prof. Dr. Jürgen Keßler*

Prof. Dr. Dr. Jürgen Kocka*

Carmen König-Rothemund

Ursula Kraus

Prof. Jürgen Dr. Kromphardt

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Moritz Leuenberger

Ingrid Matthäus-Maier

Markus Meckel

Siegmar Mosdorf*

Prof. Dr. Julian

Nida-Rümelin*

Dr. Edith Niehuis

Aydan Özoguz

Prof. Dr. Winfried Polte*

Dr. Simone Raatz

Dr. Hermann Rappe

Steffen Reiche

Edzard Reuter

Dr. Nikolaus Schneider

Wolfgang Schneiderhan

Karin Schubert

Rolf Schwanitz

Prof. Dr. Hartmut Soell

Karl Starzacher

Dr. Ralf Stegner*

Ludwig Stiegler

Prof. Dr. Johano Strasser

Helmut Teitzel

Dr. Gerald Thalheim

Dr. Carl Gustav Wilhelm

Tham

Wolfgang Tiefensee

Dr. Gottfried Timm

Dr. Hans-Jochen Vogel

Dr. Klaus von Dohnanyi

Gerd Walter

Dr. Rosemarie Wilcken

Dr. Monika Wulf-Mathies

Brigitte Zypries

Mitglieder des Auswahlausschusses

STAND: MÄRZ 2019

Ehrenvorsitzender

Prof. Dr. Helmut Berding †

Vorsitzende

Prof. Dr. Helene Harth

1. Stellvertretender

Vorsitzender

Prof. Dr. Jürgen Keßler

2. Stellvertretende

Vorsitzende

Dr. Simone Raatz

Pia Bungarten, Leiterin der Studienförderung

Prof. Dr. Hans-H. Bass

Prof. Dr. Michael Bäuerle

Prof. Dr. Christian Bernzen

Christine Biehler

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef

Brüggemeier

Dr. Michael Dauderstädt

Prof. Dr. Dorothée de Nève

Dr. Yassir El Jamouhi

Dr. Stefanie Elies

Prof. Dr. Frank Engehausen

Prof. Dr. Christine Färber †

Prof. Dr. Thilo Fehmel

Prof. Dr. Hermann Frister

Prof. Dr. Brigitte

Georgi-Findlay

Dr. Yvette Gerner

Dr. Uwe Gottschalk

Prof. Eberhard Grötsch

Prof. Dr. Corinna Grünh

Prof. Dr. Dr. Norbert Grulke

Prof. Dr. Uwe Haneke

Prof. Dr. Peter Hantel

Prof. Dr. Dr. Ernest W.B.

Hess-Lüttich

Prof. Dr. Gunther

Hirschfelder

Prof. Dr. Anke Holler

Prof. Dr. Wolfgang Honnen

Dr. Hans-Gerhard Husung

Prof. Dr. Rainer Jonas

Dr. Alexander Kallweit

Prof. Dr. Heidrun D. Kämper

Dr. Thomas Keidel

Dr. Ernst-J. Kerbusch

Prof. Dr. Christopher Kopper

Evelin Manteuffel

Dr. Regine Mehl

Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte

Prof. Dr. Christoph Meyer

Prof. Dr. Andreas Mücklich

Prof. Dr. Thomas J. J. Müller

Prof. Dr. Daniela Münkel

Prof. Dr. Rachid Ouaisa

Prof. Dr. Anita Pfaff

Prof. Dr. Walter

Reese-Schäfer

Prof. Dr. Emanuel Richter

Prof. Dr. Marc Ringel

Prof. Dr. Hermann Rösch

Prof. Dr. Michael Schmidt

Dr. Petra Schmitt-Frister

Dr. Ilja-Kristin Seewald

Dr. Jasmin Siri

Dr. Damir Softic

Dr. Ralf Stegner

Prof. Dr. Franz Streng

Prof. Dr. Jochen Struwe

Prof. Dr. Rainer Walz

Prof. Dr. Katina Warendorf

Dr. Maren Ziese

* ehemalige_r Stipendiat_in

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

STAND: MÄRZ 2019

AACHEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein

Technische Hochschule

Prof. Dr. Hermann Wagner

AUGSBURG

Dr. Florian Freund

Hochschule Augsburg

Prof. Dr.-Ing. Marcus Reppich

Universität Augsburg

Prof. Dr. Susanne Metzner

Prof. Dr. Natascha Sojc

Prof. Dr. Dietmar Süß

BAMBERG

Universität

Prof. Dr. Frank Westerhoff

Prof. Dr. Thomas Laux

BAYREUTH

Universität

Prof. Dr. Manfred Miosga

Prof. Dr. Herbert Popp

BERLIN

Ralf Beste

Dr. Hans-Peter Böhm

Dr. Rolf Bösingher

Dr. Michael Bröning

Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Giessmann

Prof. Dr. Ulrich Hilpert

Dr. Marius Hofmeister

Axel Hutschenreuther

Gerhard Lechleitner

Dr. Raphael L'Hoest

Dr. Andreas Linde

Norbert Lippok

Prof. Dr. Günther Maihold

Dr. Dietmar Molthagen

Dr. Timo Noetzel

Dr. Manfred Öhm

Prof. Dr. Christian Pinkert

Claus Radziwill

Bettina Schattat

Dr. Hans-Jörg Schmedes

Prof. Dr. Ulrich Schöler

Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Prof. Dr. Manuela Spindler

Prof. Dr. Peter Steinbach

Prof. Dr. Paul Strazmann

Dr. Nicolai von Ondarza

Prof. Dr. Gert G. Wagner

Dr. Almut Wieland-Karimi

Dr. Sören Wiesenfeldt

Freie Universität

Prof. Dr. Thorsten Faas

Prof. Dr. Nina Kolleck

Prof. Dr. Simon Koschut

Prof. Dr. Sabine Kropp

Prof. Dr. Eun-Jeung Lee

Prof. Dr. Martin Lücke

Prof. Dr. Stefan Rinke

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Prof. Dr. Sahar Sodoui

Hertie-School of Governance

Prof. Dr. Andrea Römmele

Hochschule der Künste

Prof. Dr. Lydia Haustein

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Prof. Dr. Susan Kamel

Prof. Dr. Sabine Spelthahn

Humboldt-Universität

Prof. Dr. Ulrike Auga

Priv.-Doz. Dr. Stephan Bröchler

Dr. Holger Brohm

Prof. Dr. Philipp Dann

Prof. Dr. Andreas Eckert

Prof. Dr. Roland Francis

Dr. Kurt Graulich

Prof. Dr. Christoph-Martin Geilfus

Prof. Dr. Martin Heger

Prof. Dr. Bernd Henningsen

Prof. Dr. Volker Köllner

Prof. Dr. Thomas Mergel

Prof. Dr. Herfried Münkler

Prof. Dr. Julia von Blumenthal

Prof. Dr. Gerhard Werle

Katholische Hochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

Technische Universität

Prof. Dr. Thorsten Beckers

Dr. Sascha Buchholz

Prof. Dr. Etienne Emmrich

Prof. Dr. Oliver Schwedes

BIBERACH

Hochschule

Prof. Dr. Ismail Kasikci

BIELEFELD

Fachhochschule

Prof. Dr. Riza Öztürk

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Jütte

Prof. Dr. Johannes Voit

Prof. Dr. Thomas Welskopp

Prof. Dr. Véronique Zanetti

BOCHUM

Dr. Ulrike Bick

Jörg Fleck

Dr. Tuan Anh Tran

Universität

Prof. Dr. Stefan Berger

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Prof. Dr. Stefan Goch

Prof. Dr. Traugott Jähnichen

PD Dr. Alexander Kochinka

Prof. Dr. Klaus Kost

Prof. Dr. Adina C. Rusu-Klappheck

Prof. Dr. Manfred Wannöffel

Prof. Dr. Gereon Wolters

BONN

Prof. Dr. Dieter Dowe
 Dr. Christian von Haldenwang
 Dr. Alexandra von dem Knesebeck
 Dr. Anja Kruke
 Dr. Andreas Stamm

Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Hartmut Ihne

Universität

Prof. Dr. Frank Decker
 Prof. Dr.-Ing. Matthias Hullin
 Prof. Dr. Doris Lucke
 Prof. Dr. Heiko Sauer
 Prof. Dr. Michael Schneider
 PD Dr. Arne Schneidewind

BRANDENBURG**Technische Fachhochschule**

Prof. Dr. Burghilde Wieneke-Toutaoui
 Prof. Dr. Joachim Behr

BRAUNSCHWEIG**Technische Universität**

Prof. Dr. Katja Koch
 Prof. Dr. Hermann Wätzig

BREMEN

Dr. Janna Wolff

Hochschule

Prof. Dr. Ernst Mönnich

Jacobs University

Prof. Dr. Gerd-Volker Rösenthaller

Universität

Prof. Dr. Jutta Günther
 PD Dr. Sebastian Haunss
 Dr. Sigrid Kannengießer
 Prof. Dr. Ursula Rust
 PD Dr. Cordula Weißköppel
 Dr. Arndt Wonka

BRÜHL**Hochschule des Bundes**

Prof. Dr. Christian Krell

CHEMNITZ**Technische Universität**

Prof. Dr. Rudolf Boch
 Prof. Dr. Stefan Garsztecki

COTTBUS

Dr. Tilo Biesecke

**Brandenburgische
Technische Universität**

Prof. Dr. Jacob Spallek

DARMSTADT

Peter Brändle

Technische Universität

Prof. Dr. Petra Gehring
 Prof. Dr. Gerd Lautner

DELMENHORST

Prof. Dr. Gerd Turowski

DRESDEN**Hochschule für
Technik und Wirtschaft**

Prof. Dr. Ralph Sonntag

Technische Universität

Prof. Dr. Peter Gründler
 Prof. Dr. Wolfgang Melzer
 Prof. Dr. Christian Prunitsch
 Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
 Dr. Marina Scharlaj
 Dr. Mike Schmeitzner
 Dr. Swen Steinberg

DUISBURG**Universität Duisburg-Essen**

Prof. Dr. Tobias Debiel
 Prof. Dr. Peter Ulrich Hein
 Prof. Dr. Heike Roll
 Prof. Dr. Florian Schacht

DÜSSELDORF

Prof. Dr. Anke Hassel
 Prof. Dr. Karsten Rudolph

Universität

Prof. Dr. Helmut Frister
 Prof. Dr. Katharina Hilbig-Lugani
 Prof. Dr. Guido Thiemeyer

EBERSWALDE**Hochschule für nachhaltige
Entwicklung**

Prof. Dr. Peter Spathelf

EICHSTÄTT**Katholische Universität**

Prof. Dr. Stefan Schieren

ERFURT

Dr. Jochen Voit

Fachhochschule

Prof. Dr. Eckhard Giese
 Prof. Dr. Klaus Merforth

Universität

Prof. Dr. Manfred Baldus
 Prof. Heike Grimm
 Prof. Dr. Fritz-Wilhelm Neumann
 Dr. Jochen Voit

ERLANGEN-NÜRNBERG**Universität**

Dr. Susanna Brogi-Däufel
 Prof. Dr. Peter Dabrock
 Prof. Dr. Ludwig Fesenmeier
 Prof. Dr. Andreas Funke
 Prof. Dr. Christian Merkl

ESSLINGEN

Hochschule

Prof. Dr. Claudia Daigler
Prof. Dr. Reiner Marchthaler
Prof. Dr. Karin Reiber

FLENSBURG

Universität

Prof. Dr. Herbert Bruhn
Prof. Dr. Uwe Danker

FRANKFURT/MAIN

Dr. Stefan Marx
Dr. Yvonne Ott

Fachhochschule

Prof. Dr. Michaela Köttig

FRA School of

Finance & Management

Prof. Dr. Adalbert Winkler

Universität

Prof. Dr. Lothar Brock
Prof. Dr. Volker Dötsch
Prof. Dr. Alexander Ebner
Dr. Nicole Kramer
Dr. Nina Morgner
Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

FRANKFURT/ODER

Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Eva Kocher
Prof. Dr. Albrecht Söllner

FREIBERG

Technische Universität Bergakademie

Dr. Thomas Mütze

FREIBURG

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Albert Scherr

Universität

Prof. Dr. Ulrich Bröckling
Prof. Dr. Sabine Dabringhaus
Prof. Dr. Tim Epkenhans
Prof. Dr. Johanna Pink
Prof. Dr. Ralf Poscher

FULDA

Hochschule

Prof. Dr. Peter Haller
Prof. Dr. Helen Knauf

GELSENKIRCHEN

Westfälische Hochschule

Prof. Dr. Andreas Heinecke
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier
Prof. Dr. Diethard Reisch

GIESSEN

Prof. Dr. Hans-Werner Hahn

Technische Fachhochschule

Prof. Dr. Frank Runkel

Universität

Prof. Dr. Jürgen Bast
Prof. Dr. Ulrich Ellinghaus
Dr. Alexandra Kurth
Prof. Dr. Friedrich Lenger
Prof. Joybrato Mukherjee

GÖTTINGEN

Universität

Prof. Dr. Andrea D. Bührmann
Dr. Alexander Engel
Dr. Stephan Klecha
Prof. Dr. Rainer Marggraf
Prof. Dr. Sebastian Vollmer

GREIFSWALD

Universität

Prof. Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann
Prof. Dr. Marko Pantermöller
PD Dr. Klavdia Smola

HAGEN

Fernuniversität

Prof. Dr. Frank Hillebrandt

HALLE

Universität

Prof. Dr. Gunnar Brands
Prof. Dr. Till Kösser
Prof. Dr. Daniel Ulber

HAMBURG

Tobias Gros
Dr. Arnim Karthaus
Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek
Dr. Jan-Hinrik Schmidt
Dr. Torsten Sevecke
PD Dr. Sven Tode

Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönnau

Evang. Hochschule für Soziale Arbeit

Prof. Dr. Tilman Lutz

Fachhochschule für Ökonomie und Management

Prof. Dr. Marco Zimmer

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Simon Andreas Güntner
Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka
Dr. Marc Schütte
Prof. Dr. John-Philipp Siegel
Prof. Dr. Gerhard Suess

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Robert Bramkamp

Universität

Dr. Doerte Bischoff
Dr. Marcel du Moulin
Dr. Hans-Georg Ehrhart
Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach
Prof. Dr. Peter Heisig
Prof. Dr. Kai-Oliver Knops
Prof. Dr. Gertraud Koch
Prof. Dr. Franklin Kopitzsch
Prof. Dr. Reiner Lehberger
Dr. Rahel Puffert
Prof. Dr. Benno Stinner

HANNOVER**Hochschule**

Prof. Dr. Rolf Hüper
Dr. Monika Pinski

Medizinische Hochschule

Dr. Thela Wernstedt

Universität

Dr. Marion Tacke

HEIDE/HOLSTEIN**Fachhochschule Westküste**

Prof. Dr. Thomas Haack

HEIDELBERG

Dr. Morna Gruber
Prof. Dr. Walter Mühlhausen
Dr. Sascha Weber

Universität

Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Dr. Felix Hörisch
Prof. Dr. Herbert Kronke
Prof. Dr. Andreas Kruse
Prof. Dr. Hartmut Soell
Prof. Dr. Mathias Witzens-Harig
Prof. Dr. Edgar Wolfrum

HILDESHEIM**Hochschule für angewandte
Wissenschaft und Kunst**

Prof. Dr. Gazi Caglar
Prof. Dr. Lutz Finkeldey

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Prof. Dr. Wolfgang Schröer
Prof. Dr. Wolf Jürgen Schünemann

ILMENAU**Technische Universität**

Prof. Dr. Joachim Weyand

ISERLOHN

Prof. Dr. Stefan Lennardt

JENA**Universität**

Prof. Dr. Klaus Dörre
Prof. Dr. Hermann Funk
Prof. Dr. Thomas Kroll
Prof. Dr. Roland Merten
Prof. Dr. Georg Schmidt
Prof. Dr. Kim Siebenhühner

KAISERSLAUTERN**Technische Universität**

Prof. Dr. Michael Schroda
Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz
Prof. Dr. Bernd Streich
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

KARLSRUHE

Dr. Jan Stöß

Institut für Technologie KIT

Prof. Dr. Michael Schefczyk
Dr. Ulrich Walter
Prof. Dr. Manfred Wilhelm

**Hochschule für Technik
und Wirtschaft**

Prof. Dr. Hagen Krämer

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Johannes Voit

KASSEL**Universität**

Dr. Minou Isabel Banafsche
Prof. Dr. Sonja Buckel
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
Prof. Dr. Felix Welti

KEHL**Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung**

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

KIEL

Dr. Linda Kleemann

Fachhochschule

Prof. Dr. Doris Weßels

Universität

Prof. Dr. Federico Foders
Prof. Dr. Gerhard Igl

KLEVE**Hochschule Rhein-Waal**

Prof. Dr. Eva-Maria Hinterhuber

KOBLENZ/LANDAU

Universität

Dr. Hannes Kopf
Prof. Dr. Werner Sesselmeier

KÖLN

Dr. Matthias von Hellfeld
Dr. Christiane Kling-Mathey
Prof. Dr. Dr. Alexander Lechleuthner

Katholische Hochschule

Prof. Dr. Werner Schöning

Sporthochschule

Prof. Dr. Jürgen Mittag

Technische Hochschule

Prof. Dr. Zelal Ates
Prof. Thorsten Burgmer

Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
Dr. Claudia Nikodem
Prof. Dr. Ute Planert
Dr. Meik Woyke

KONSTANZ

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung

Prof. Dr. Karen-Sibyll Schirmer

Universität

Prof. Dr. Sven Jochem
Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker
Prof. Dr. Julia Laura Rischbieter
Prof. Dr. Wolfgang Seibel
Prof. Dr. Clemens Wischermann

LANDAU

Dr. Dirk Kratz

LEIPZIG

Dr. Ulrike Bick
Prof. Dr. Dorothea Hegele
Dr. Jens A. Katzek
PD Dr. Melanie Morisse

Fachhochschule Nordhessen Zweigstelle Leipzig

Prof. Dr. Lars Garlepp

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur

Prof. Dr. Andrea Nikolaizig

Universitätsklinikum

Prof. Dr. Sebastian Stehr

Universität

Prof. Dr. Alexander Deeg
Prof. Dr. Cornelia Exner
Prof. Dr. Christian Fandrych
Prof. Dr. Birgit Harreß
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Prof. Dr. Thomas Lenk
Prof. Dr. Harald Morgner
Prof. Dr. Julian Schmitz
Prof. Dr. Wolfgang F. Schwarz

LUDWIGSBURG

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig
Dr. Marco Althaus

LUDWIGSHAFEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Karin A. Kersting
Prof. Dr. Fritz Unger

LÜNEBURG

Universität

Prof. Dr. Ulrich Günther
Prof. Dr. Axel Halfmeier
Prof. Dr. Wolfgang Ruck

LÜNEBURG/SCHNEGA

Prof. Dr. Hermann H. Kallfass

MAGDEBURG

Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Irmtraut Mecke
Prof. Dr. Claudia Wendel
Prof. Dr. Ilona Melanie Wuschig

Universität

Prof. Dr. Horst Gischer
Prof. Dr. Wolfgang Renzsch

MAINZ

Silke Hillesheim (Wendelsheim)

Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Universität

Dr. Eva Berger
Jun.-Prof. Dr. Thomas Blank
Prof. Dr. Gerd Mielke
Prof. Dr. Oliver Scheiding
Prof. Dr. Tanjev Schultz

MANNHEIM

Andrea Gronemeyer
Prof. Dr. Klaus Schönhoven

Hochschule der Wirtschaft für Management

Prof. Dr. Annette Bornhäuser
Prof. Dr. Lars Castellucci
Prof. Dr. Wera Hemmerich

Universität

Prof. Dr. Philipp Gassert
Prof. Dr. Gerhard Gründer
Prof. Dr. Peter Vorderer

MARBURG

Dr. Fabio Longo

Universität

Prof. Dr. Volker Mergenthaler
Prof. Dr. Thomas Noetzel
Prof. Dr. Harald Renz

MERSEBURG
Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting
Prof. Dr. Malte Thran

MÖNCHENGLADBACH
Hochschule

Prof. Dr. Ulrich Nissen

MITTWEIDA
Hochschule

Prof. Dr. Sebastian Noll

MÜNCHEN

Dr. Meret Forster
Prof. Dr. Yolanda M. Koller-Tejeiro
Dr. Anna Leuchtweis
Michael Marco Schönlein
Dr. Hans Wegner
Dr. Jürgen Zarusky

**Hochschule für Angewandte
Wissenschaften**

Prof. Dr. Peter Hammerschmidt
Prof. Dr. Stefan Rappenglück

Katholische Fachhochschule

Prof. Dr. Birgit Dorner
Prof. Dr. Constanze Giese

**Staatliche Akademie
der Bildenden Künste**

Prof. Dr. Maria Isabel Peña Aguado

Technische Universität

Prof. Dr. Stefan Wurster
Prof. Dr. Björn Garbrecht

Universität der Bundeswehr

Prof. Dr. Stephan Stetter

Universität

Prof. Dr. Christian Albrecht
Dr. Christian Alexander Braun
Prof. Dr. Martin H. Geyer
Dr. Jan-Christoph Heilinger
Dr. Susanne Krones
Prof. Dr. Carsten Reinemann
Prof. Dr. Andreas Renner
Prof. Dr. Berthold Rittberger
Prof. Dr. Rudolf Tippelt
Dr. Till Zimmermann

MÜNSTER
Fachhochschule

Prof. Dr. Bernhard Frevel

Universität

Prof. Dr. Siegfried Echterhoff
Dr. Matthias Freise
Prof. Dr. Thomas Großbölting
Dr. Netaya Lotze
Prof. Dr. Norbert Schläbitz
Dr. Andrea Walter
Prof. Dr. Christoph Weischer

NÜRNBERG

Dr. Andrea König

Ev. Fachhochschule

Dr. Andreas Scheulen

OLDENBURG
Universität

Prof. Dr. Gunilla-Friederike Budde
Dr. Tonio Oeftering

OSNABRÜCK
Hochschule

Prof. Dr. Peter Mayer

Universität

Prof. Dr. Roland Brandt

OSNABRÜCK (BÜNDE)

Dr. Andrea Behrenswerth

PADERBORN
Universität

Prof. Dr. Birgit Riegraf

PASSAU
Universität

Prof. Dr. Guido Pollak
Prof. Dr. Bernhard Stahl

POTSDAM
Fachhochschule

Prof. Dr. Tobias Schröder

Universität

Prof. Dr. Werner Jann
Prof. Dr. Andreas Köstler
Prof. Dr. John-Philipp Siegel
Prof. Dr. Thomas von Winter

RAVENSBURG
**Duale Hochschule
Baden-Württemberg**

Prof. Dr. Ernst Deuer

REGENSBURG
Universität

Dr. Sonja Emmerling
Prof. Dr. Thorsten Kingreen
Prof. Dr. Tonio Walter

REUTLINGEN
Fachhochschule

Prof. Henning Eichinger
Prof. Dr. Rudolf Kessler

ROSTOCK

Hochschule für Musik & Theater
Prof. Marion Küster

Universität
Prof. Dr. Ralf Ludwig

SAARBRÜCKEN

Prof. Dr. Roland Rixecker

Universität
Prof. Dr. Volker Köllner
Dr. Luitpold Rampeltshammer
Prof. Dr. Lucia Scherzberg
Dr. Magdalena Telus

SALZGITTER

Ostfalia Hochschule
Prof. Dr. Heinz-Dieter Quack

SCHWERIN

**Hochschule der Bundesagentur
für Arbeit**
Prof. Dr. Holger Brecht-Heitzmann

SIEGEN

Universität
Prof. Dr. Sigrid Baringhorst
Prof. Dr. Heiko Ihmels

SPEYER

**Universität für
Verwaltungswissenschaften**
Prof. Dr. Gisela Färber

STRALSUND

Fachhochschule
Prof. Dr. Jürgen L. Dräger

STUTTGART

Prof. Dr. Thomas Dekorsy

Hochschule für Technik
Prof. Dr. Elke Sohn

Universität
Dr. Annika Arnold
Prof. Dr. Dr. Ulli Arnold
Dr. Christine Heinke
Prof. Dr. Rudolf Large

TRIER

Hochschule
Prof. Dr. Thomas Bonart
Prof. Dr. Michael Bottlinger

Universität
Prof. Dr. Laszlo Goerke
Prof. Dr. Uwe Jun
Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle

TÜBINGEN

Universität
Prof. Dr. Thomas Diez
Prof. Dr. Ewald Frie
Prof. Dr. Klaus Gestwa
Dr. Lars Schneider

TUTZING

Dr. Michael Mayer

ULM

Universität
Prof. Dr. Birgit Liss

VECHTA

Universität
Prof. Dr. Gertrud M. Backes
Prof. Dr. Karl-Heinz Breier

WEINGARTEN

Pädagogische Hochschule
Prof. Dr. Michael Henninger

WERNIGERODE

**Hochschule Harz für
Wirtschaft und Technik**
Minister Prof. Dr. Armin Willingmann

WIESBADEN

EBS Univ. Wirtschaft und Recht
Prof. Dr. Markus Ogorek

Hochschule RheinMain
Prof. Dr. Regina-Maria Dackweiler
Prof. Dr. Jiri Sobota

WILDAU

Fachhochschule für Technik
Prof. Dr. Marco Althaus

WISMAR

**Hochschule für Technik
und Wirtschaft**
Prof. Dr. Andreas Bücken
Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

WOLFENBÜTTEL

Prof. Dr. Peter Burschel

WUPPERTAL

Bergische Universität
Prof. Dr. Ronald Schettkat
Prof. Dr. Andreas Schlenkhoff
Prof. Dr. Roy Sommer
Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

WÜRZBURG

Fachhochschule
Prof. Dr. Peter Bradl
Prof. Dr. Lutz Frühbrodt

Universität
Prof. Dr. Gisela Müller-
Brandeck-Bocquet

Ausland

BELGIEN

Dr. Rudolf Mögele
Paul F. Nemitz

ÖSTERREICH

Dr. Felix Butzlaff
Dr. Reinhard J. Krumm

DÄNEMARK

Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

SCHWEIZ

Prof. Dr. Klaus Neumann-Braun
Dr. Karim El-Haschimi
Dr. Benjamin Müller
Dr. Sascha Quanz
Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler
Dr. Oliver Thränert

FRANKREICH

Dr. Falk Bretschneider
Dr. Sonja Zmerli

USA

Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc

GROSSBRITANNIEN

Prof. Dr. Holger Afflerbach
Prof. Dr. Andreas Gestrich
Prof. Dr. Benjamin Ziemann

ITALIEN

Prof. Dr. Phillip Genschel

KOSOVO

Prof. Dr. Wulf Lapins

NIEDERLANDE

Prof. Dr. Frank Biermann
Dr. Thomas Conzelmann
Dr. Sebastian Krapohl
Prof. Dr. Kiran Klaus Patel
Dr. René Repasi
Prof. Dr. Wolfgang Wagner

Anschriften

STAND: JUNI 2018

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Bonn

Postadresse:

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-0

Telefax 0228 883-9207

presse@fes.de

Berlin

Hiroshimastraße 17 und 28

10785 Berlin

Telefon 030 26935-6

Telefax 030 26935-9244

ABTEILUNG STUDIENFÖRDERUNG

Pia Bungarten

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-7902

Telefax 0228 883-9225

stipendien@fes.de

www.fes.de/studienfoerderung

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Dr. Anja Kruke

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-8026

Telefax 0228 883-9204

Auskunft Archiv: 0228 883-9046

archiv.auskunft@fes.de

www.fes.de/archiv

BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Jacques Paparo

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9056

(Information Bibliothek)

Telefax 0228 883-9220

bibliothek@fes.de

fernleihe@fes.de

www.fes.de/bibliothek

MUSEUM KARL-MARX-HAUS

Elisabeth Neu

Brückenstraße 10

54290 Trier

Telefon 0651 97068-0

Telefax 0651 97068-140

Karl-Marx-Haus@fes.de

www.fes.de/karl-marx-haus

Regional- und Landesbüros

BADEN-WÜRTTEMBERG

**Fritz-Erler-Forum
Baden-Württemberg**
Anja Dargatz
Werastraße 24
70182 Stuttgart
Telefon 0711 248394-40
Telefax 0711 248394-50
info.stuttgart@fes.de
www.fes.de/fritz-erler-forum

BAYERN

BayernForum
Anna-Lena Koschig
Herzog-Wilhelm-Straße 1/1. OG
80331 München
Telefon 089 515552-40
Telefax 089 515552-44
bayernforum@fes.de
www.bayernforum.de

Regionalbüro Regensburg

Harald Zintl
Lilienthalstraße 8
93049 Regensburg
Telefon 0941 7947-59
Telefax 0941 7956-13
regensburg@fes.de
www.fes-regensburg.de

BERLIN

**Forum Berlin
Arbeitsbereich Berlin Politik**
Felix Eikenberg
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
Telefon 030 26935-7308
Telefax 030 26935-9240
forumberlin@fes.de
www.fes-forumberlin.de

BRANDENBURG

**Landesbüro
Brandenburg**
Eugen Meckel
Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
Telefon 0331 2925-55
Telefax 0331 2803-356
potsdam@fes.de
www.fes.de/Potsdam

BREMEN, HAMBURG, SCHLESWIG-HOLSTEIN

**Julius-Leber-Forum
Büro für die Bundesländer
Bremen, Hamburg,
Schleswig-Holstein**
Dr. Dietmar Molthagen
Rathausmarkt 5
20095 Hamburg
Telefon 040 325874-0
Telefax 040 325874-30
hamburg@fes.de
www.julius-leber-forum.de

HESSEN

Landesbüro Hessen
Dr. Martin Gräfe
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 341415-0
Telefax 0611 341415-29
landesbuero.hessen@fes.de
www.fes.de/hessen

MECKLENBURG-VORPOMMERN

**Landesbüro
Mecklenburg-Vorpommern**
Frederic Werner
Arsenalstraße 8
19053 Schwerin
Telefon 0385 5125-96
Telefax 0385 5125-95
schwerin@fes.de
www.fes-mv.de

NIEDERSACHSEN

Landesbüro Niedersachsen
Urban Überschär
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Telefon 0511 357708-30
Telefax 0511 357708-40
niedersachsen@fes.de
www.fes.de/niedersachsen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Landesbüro NRW

Petra Wilke
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon 0228 883-7202
Telefax 0228 883-9208
landesbuero-nrw@fes.de
www.fes.de/landesbuero-nrw

Landesbüro NRW (Büro Düsseldorf)

Schwanenmarkt 15
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 436375-63
Telefax: 0211 436381-48

RHEINLAND-PFALZ

Regionalbüro

Rheinland-Pfalz/Saarland

Brigitte Juchems
Große Bleiche 18-20
55116 Mainz
Telefon 06131 96067-0
Telefax 06131 96067-66
mainz@fes.de
www.fes.de/mainz

SACHSEN

Landesbüro Sachsen

Matthias Eisel
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 960-2160
Telefax 0341 960-5091
sachsen@fes.de
www.fes.de/sachsen

Außenstelle Dresden

Christoph Wielepp
Obergraben 17a
01097 Dresden
Telefon 0351 80468-03
Telefax 0351 80468-05
sachsen@fes.de
www.fes.de/sachsen

SACHSEN-ANHALT

Landesbüro Sachsen-Anhalt

Dr. Ringo Wagner
Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg
Telefon 0391 56876-0
Telefax 0391 56876-15
info.magdeburg@fes.de
www.fes.de/magdeburg

THÜRINGEN

Landesbüro Thüringen

Dr. Irina Mohr
Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon 0361 5980-20
Telefax 0361 5980-210
info.erfurt@fes.de
www.fes-thueringen.de

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Referat Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
www.fes.de

Textredaktion

Anja Papenfuß
Referat Kommunikation und Grundsatzfragen

Bildredaktion

Jutta Lantz
Referat Kommunikation und Grundsatzfragen

Herstellung

Katja Ulanowski
Referat Kommunikation und Grundsatzfragen

Korrektorat

Dirk Michel

Übersetzung

Julia Föll

Gestaltung

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
www.leitwerk.com

Druck und Verarbeitung

Brandt GmbH, Bonn

Papier

RecyStar®Polar von Papyrus, Recyclingpapier

Printed in Germany 2019

ISSN 0940-0702

Geschichte *History*

WWW.FES.DE/DE/STIFTUNG/GESCHICHTE/

1925

Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren.
The Social Democrat Friedrich Ebert, the first democratically elected president of the first German Republic, dies on February 28th at the age of 54.

1925

Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geiste, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen.
On March 2nd the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is founded. Its purpose is, in the spirit of Friedrich Ebert, to further the political education of all Germans, regardless of their class, toward democracy, to support financially talented young students, and to promote a better understanding between Germany and other countries.

1933

Verbot durch die Nationalsozialisten.
Prohibited by the National Socialists.

1946

Wiederbegründung der Friedrich-Ebert-Stiftung.
The FES is refounded.

1956

Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung.
The FES's first adult political education center with boarding facilities is opened.

1963

Aufbau der durch das BMZ geförderten Entwicklungszusammenarbeit.
The development cooperation program is launched, financed by the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development.

1969

Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn.
The Archive of Social Democracy and the FES Library are opened in Bonn.

1990

Aufbau der Vertretungen in den neuen Bundesländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas.
FES offices in the new federal states and in the countries of Middle and Eastern Europe are established.

1999

Eröffnung eines Konferenz- und Tagungszentrums in Berlin.
A new conference center is opened in Berlin.

Heute

ist die Friedrich-Ebert-Stiftung als die älteste politische Stiftung Deutschlands eine private, gemeinnützige, kulturelle Institution, die den Ideen und Grundwerten der Sozialen Demokratie verpflichtet ist.
Today the Friedrich-Ebert-Stiftung – the first political foundation in Germany – is a private, non-profit cultural institution committed to the ideals and values of Social Democracy.

